10C/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

FLÜCHTLINGSKRISE

Asylpolitik in der Sackgasse?

Seite 56

WINTERDIENST

Der Winter kommt – und leise rieselt das Salz.

Seite 74

62. GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

Im Schatten der Flüchtlingskrise

Am 62. Österreichischen Gemeindetag sollten die Weichen für den kommenden Finanzausgleich gestellt werden. Tatsächlich hat die Flüchtlingskrise die Debatten dominiert.

Seite 8

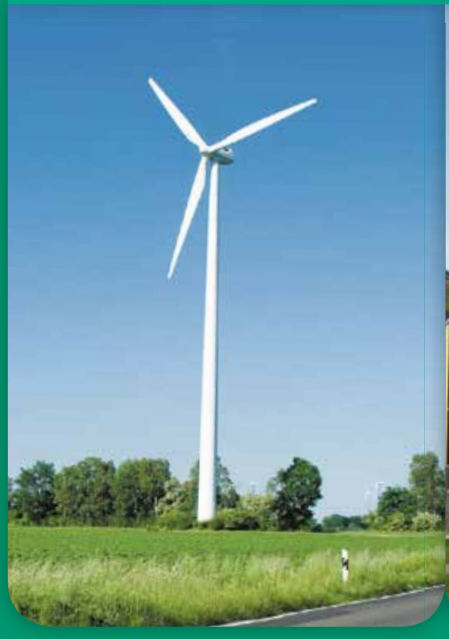
Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032902 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

UNSERE PROJEKTBERATUNG FÜR ÖSTERREICHS INFRASTRUKTUR.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft. Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria sorgen mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung dafür, dass Ihr Vorhaben nachhaltig erfolgreich wird – ob im Segment **soziale Infrastruktur, Energie** und **Umwelt** oder **Verkehr**. Von der Strukturierung über die ideale Finanzplanung bis hin zum Projektmanagement stehen wir **Städten, Gemeinden** und **Unternehmen** verlässlich zur Seite.

ENERGIE & UMWELT



SOZIALE INFRASTRUKTUR

VERKEHR

KOMMUNAL KREDIT

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS

www.kommunalkredit.at

KOMMENTAR

OHNE GEMEINDEN **GEHT ES NICHT**

Eigentlich sollten es die Partner auf Bundes- und Landesebene längst wissen: Ohne Gemeinden und ohne Praxis vor Ort geht es nicht.

„NICHT GEGEN, SONDERN **NUR MIT DEN GEMEINDEN** WIRD ES GELINGEN, DIE GROSSE HERAUSFORDERUNG ZU BEWÄLTIGEN.“

Das ist auch der vielzitierte Spruch bei den Sonntagsreden. Und doch wird immer wieder versucht, an den Gemeinden vorbei zu regieren, zu zeigen, dass man letztlich am längeren Ast sitze und die lästigen und manchmal aufmüpfigen Gemeindevertreter zur Räson bringen könne. Jüngstes Beispiel dafür liefert die derzeit alles beherrschende Asylproblematik. Da schlossen Bund und die Bundesländer vor über zehn Jahren eine Vereinbarung über die Unterbringung von Flüchtlingen. Eingehalten wurde sie meistens nicht, weshalb ein unbeschreibliches Chaos ausbrach. Nach der gegenseitigen Schuldzuweisung kam man darauf, dass nur mit den Gemeinden das Ziel einer menschenwürdigen Unterbringung erreicht werden könne. Zunächst zeigte man mit erhobenem Zeigefinger auf die bösen Gemeinden, die noch keine Flüchtlingsquartiere haben, dann erfand man ein Durchgriffsrecht, mit dem der Bund ohne Zustimmung der Gemeinde und ohne Bau- und Raumordnungsrecht Quartiere schaffen kann. Und gleichzeitig wurde klammheimlich in das Verfassungsgesetz ein Passus eingebaut, mit dem jede Gemeinde gezwungen wird, nach einer vom Bund bestimmten Quote Quartiere zur Verfügung zu stellen. Egal, ob sie es kann oder ob dies sinnvoll und möglich sei. Und wer diese Quartiere finanzieren soll, blieb offen.

Die Gemeinden sind sich ihrer sozialen und humanitären Verantwortung bewusst; sie haben in den vergangenen Monaten mehr als deutlich bewiesen, dass sie bereit sind zu helfen, und gezeigt, wie Betreuung und Integration vor allem in kleinen Einheiten funktioniert. Es gibt hunderte positive Beispiele, wie Flüchtlinge vorbildlich betreut werden, wie Freiwillige Tag und Nacht und Einsatzorganisationen bis zur Erschöpfung helfen. Herzlichen Dank dafür!

Aber jetzt die Gemeinden zu zwingen, dass sie die Flüchtlingskompetenz von Bund und Ländern übernehmen und Quartiere bereitstellen müssen, egal ob sie genutzt werden oder nicht, geht zu weit, ist ein untragbarer Anschlag auf die Gemeindeautonomie und wird nichts zur Lösung beitragen.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Auf der bisher größten Kommunalmesse zeigten die rund 200 Aussteller ein Spektrum an Produkten und Dienstleistungen, das so vielfältig war wie die Aufgaben, vor denen die Gemeinden stehen. Spannend waren die Podiumsdiskussionen beim KOMMUNAL Zukunftsforum, bei denen brisante Themen wie etwa die Gesundheitsreform oder die Notwendigkeit des Breitband-Ausbaus erörtert wurden. Ein Thema dominierte allerdings die Gespräche sowohl auf den Podien als auch bei den Messeständen: Wie gehen wir mit dem Flüchtlingsstrom um? Diese Frage stand auch im Mittelpunkt der Festveranstaltung des Gemeindetages. Bundespräsident Fischer und Vizekanzler Mitterlehner zeigten sich überzeugt, dass die Situation bewältigbar ist, wenn wirklich alle an einem Strang ziehen. Unbestreitbar ist aber, dass die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, gewaltig sind. Und es wurde auch wieder deutlich, dass die Asylkrise ohne die Gemeinden nicht zu bewältigen ist. Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister berichten, dass sie gerne bereit wären, Flüchtlinge aufzunehmen, aber an bürokratischen Schikanen oder überzogenen Mindeststandards scheitern. Vielleicht bringt der neue Flüchtlingskoordinator Christian Konrad hier eine realistischere Sicht der Dinge ein. Im Sinne alle Betroffenen wäre es zu hoffen …

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/08

62. Österreichischer Gemeindetag

Die „Gemeindefinanzen“ und die anstehenden Finanzausgleichsverhandlungen sowie die Flüchtlingskrise waren die Themen von Österreichs größtem kommunalpolitischen Event.

/16

KOMMUNALMESSE 2015

Unter dem Motto „Lebenswerte Gemeinden gestalten“ trafen Politik und Wirtschaft zusammen.

INHALT

/73

Leise rieselt das Salz

Der Winter steht vor der Tür – wo gibt es Einsparungspotenziale?

/110

Dolmetsch per Video

So funktioniert das neue Online-Service zur Kommunikation.

FOTOS / Messe/Gemeindetag: Roland Schuller, Jörg Christandl/shutterstock; bilderbox.com; TITEL/Roland Schuller

KOMMUNAL 10C/2015

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

Drei Minister und mehr als 200 Stände 18
Die „Bilder einer Ausstellung" zeigen jede Menge Besucher und Prominenz auf der KOMMUNALMESSE 2015

Der IMPULS 2015 geht an Dellach im Gailtal 26
In einer furiosen Gala wurden das Kärntner Dellach und die anderen Siegergemeinden ausgezeichnet

POLITIK & RECHT

Asylpolitik in der Sackgasse 56
Das Thema Asyl ist die größte Herausforderung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg

Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit 65
Ganztägige Schulangebote sind für die Gemeinden eine große Aufgabe

Pflegekosten völlig unklar 66
Der Gemeindebund löst wegen der unklaren Folgekosten erneut den Konsultationsmechnismus aus

GESTALTEN & ARBEITEN

Studie: Investitionen in Gemeinden 90
Die Schulden wurden gesenkt, die Investitionen gesteigert

Ein Dachjuwel im Venusgarten 106
Wie Dachausbauten Platzprobleme lösen helfen

LAND & LEUTE

Bürgermeisterinnentreff 116
Noch mehr Frauenpower für Österreichs Gemeinden

Sicherheit 118
Die Tücken des Herbsts im Straßenverkehr

Porträt Peter Stauber 120
Der neue Kärntner Gemeindebund-Präsident im KOMMUNAL-Interview

Aus den Bundesländern 122

Personalia & Termine 126

Zu guter Letzt 130

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

BAUERNFEIND GmbH	105
Bundesministerium für Inneres	70
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	28
Compuritas GmbH	42
EWW AG	104
Franz HAUER GmbH & CoKG	79
GRIS Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau	88
hollu Systemhygiene GmbH	79
Hoval Ges.m.b.H.	86
Lindner Traktorenwerke	32
Münze Österreich	24
Neuhauser Verkehrstechnik GmbH	88
Österreichische Apothekerkammer	38
Österreichische Post AG	99
Philips GmbH	46
RASTI GmbH	89
Siemens AG Österreich	31
SIMACEK FACILITY GmbH CONTENTO	101
VIEW Promotion GmbH	102
Wacker Neuson	87
WISAG Service Holding Austria GmbH	100

LEITARTIKEL

WAS MIR WIRKLICH **ANGST MACHT**

In letzter Zeit mehren sich Wortmeldungen, die Angst machen. Nicht mehr „nur“ auf Facebook, sondern auch in Interviews wird offen gehetzt.

Ich habe schon einiges erlebt und gesehen. Ich war auch schon in Weltgegenden, die nicht so sicher sind – wirklich gefährlich war es aber nicht, und Angst hatte ich deswegen auch keine. Aber was sich zur Zeit auf Facebook und anderen Plattformen abspielt, ist zutiefst verstörend! Anders kann man diese Hetzerei nicht mehr bezeichnen. Da wird beispielsweise das Bild einer jungen Frau mit Kind geteilt, die auf einem Plakat verkündet, sie gehe jetzt in Hungerstreik, weil sie auch wie die „Asylanten“ 2000 Euro Taschengeld haben will. Andere Postings ziehen folgenden Vergleich: Illegaler Grenzübertritt in den Iran: so und soviel Jahre Haft; nach Afghanistan: auch eine Haftstrafe; in China verschwindet man im Lager; in Pakistan steht der Tod auf illegalen Grenzübertritt ... nur in Österreich bekomme man dafür eine Sozialversicherungsnummer, Taschengeld, Gratiswohnungen und -essen sowie Jobs.

Dass das Schwachsinn ist, ist nur die eine Seite der Medaille. Viel, viel schlimmer ist, dass es Österreicherinnen und Österreicher gibt, die das für bare Münze nehmen. Wollen wir uns ernsthaft mit Regimen auf eine Stufe stellen, in denen es Arbeitslager gibt, in denen die Todesstrafe reiche Ernte hält? Wo es Blutrache und Ehrenmorde gibt und wo Frauen als bessere Arbeitstiere und Gebärmaschinen herhalten müssen.

Ein gewisser Teil von Österreicherinnen und Österreichern glaubt auch das mit den 2000 Euro zu Beispiel immer noch – und schon recken Gier und Neid ihr hässliches Haupt. Dann sind Flüchtlinge und Schutzsuchende auf einmal keine Menschen mehr, das sind Konkurrenten, die man am Besten nicht zu uns kommen lässt.

> **Kommt diese Sprache denn niemandem mehr bekannt vor?**
> In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat es in Deutschland und auch bei uns genau so begonnen.

Es gibt ja auch zumindest Teile einer Partei, die auf dieser Welle ganz nach oben schwimmen will. In deren Sprachgebrauch sind dann die freiwilligen Helfer, die Kleidung und Essen verteilen, auf einmal „Invasions-Kollaborateure“, also der „miese Teil der Bevölkerung“, die „den Anderen“ helfen und die – unausgesprochen – auf die eigenen „Volksgenossen“ vergessen.

Kommt das denn niemandem mehr bekannt vor? In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat es in Deutschland und auch bei uns genau so begonnen. Ein paar Jahre später hatten wir dann Lager, in denen „die Anderen“ weggesperrt wurden. Später hatten wir Lager, in denen „die Anderen“ umgebracht wurden. Heuer hatten wir den 70. Jahrestag, an dem wir von diesem Spuk befreit wurden. Es hat uns und die Welt Millionen von Toten gekostet.

Ja, diese Sprache hatten wir schon mal. Dieses Verächtlichmachen und Schlechtreden von Menschen diente damals schon und auch heute wieder zwei Zwecken: In den Köpfen zu verankern, dass „die Anderen“ weg müssen und das sich Mitleid nur auf bestimmte Gruppen von Menschen zu konzentrieren habe – die „Eigenen“. Und das es o.k. ist, wenn die Anderen „weg kommen“ – egal wie.

Das ist es, was mir wirklich Angst macht.

MAG. HANS BRAUN ist Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

KOMMENTAR

CHRISTIAN RUPP ÜBER DEN DIGITALEN WANDEL

Breitband ist eine Grundvoraussetzung

Die Revolution vollziehe sich schneller, als viele Akteure in Politik und Wirtschaft es wahrhaben wollen!“, war das Antrittsstatement von EU-Kommissar Oettinger.

Die digitale Wirtschaft wächst siebenmal so schnell wie die übrige Wirtschaft, aber ohne europaweite Maßnahmen drohen bis 2020 mehr als 800.000 IKT-Arbeitsplätze unbesetzt zu bleiben.

Die digitale Welt hat unser Leben, Kommunikation, Arbeit und Wirtschaft bereits verändert und ist Realität. Daher hat jeder Bürger das Recht auf elektronische Kommunikation/Zustellung von und mit den Behörden. Die Effizienz verpflichtet ebenso die zwingende elektronischen Kommunikation zwischen den Behörden.

Die Digitalisierung ist die Garantie für Wachstum, Beschäftigung, Lebensqualität, Demokratie, attraktiver Wirtschaftsstandort usw. Gleichzeitig müssen wir unsere kritische digitale Infrastruktur schützen und niemanden zurücklassen. Die Digitalisierung werden wir nur gemeinsam schaffen und somit auch die Potenziale heben.

Daher haben Staatssekretärin Sonja Steßl und Staatssekretär Harald Mahrer im Auftrag der Bundesregierung die „digitale Roadmap“ gestartet, um einen Fahrplan zu erarbeiten, welche Maßnahmen in den diversen Handlungsfeldern zu setzen sind, um den digitalen Wirtschaftsstandort Österreich zu festigen.

Der flächendeckende Breitbandausbau ist eine Grundvoraussetzung, aber eine Industrie 4.0 benötigt auch eine Verwaltung 4.0 sowie eSkills. Das Internet der Dinge (IoT) braucht ganz neue gesetzliche Rahmenbedingungen. Dies hat auch der Bundesrat erkannt, und Präsident Kneifel will mit der Initiative Digitaler Wandel und der Plattform „besserentscheiden.at“ herausfinden, was politisch oder rechtlich geändert werden muss, damit wir den digitalen Wandel nutzen können.

christian.rupp@bka.gv.at
Christian Rupp, ist Sprecher der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt

BauProfi QUESTER mein Bester

BauProfi QUESTER
Ihr Spezialist für Tiefbau

- Fachberatung durch speziell geschulte MitarbeiterInnen
- Qualitätsbewusstsein
- Hochwertige Materialien
- Baustellenbetreuung
- Bearbeitung von Ausschreibungen
- Umfangreiches Lagersortiment
- Logistik österreichweit
- Umweltbewusste Produkte

24 Filialen +
1 Fliesenzentrallager
in Österreich

www.quester.at

/questerbaustoffhandel

RÜCKBLICK
KOMMUNALMESSE
& GEMEINDETAG 2015

RUND UM DEN GEMEINDETAG
Ehrung und eine 8:2-Packung
Seite 14

KOMMUNALMESSE
Leistungsschau für Gemeinden: Drei Minister, 200 Stände und 14.000 m²
Seite 20

IMPULS 2015
And the winner is „Dellach im Gailtal“
Seite 26

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner bahnen sich den Weg durch die versammelten Delegierten des 62. Österreichischen Gemeindetages.

62. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG

ASYL UND FINANZEN DOMINIERTEN GEMEINDETAG 2015

„Nicht wir können uns die Themen aussuchen, sondern die Themen suchen uns“, betonte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer am Beginn der Hauptveranstaltung des 62. Österreichischen Gemeindetages. Und tatsächlich: Niemand hätte wohl vor einigen Monaten mit der Flüchtlings- und Asylproblematik als eines der Hauptthemen der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs gerechnet.

TEXT/Herbert Waldhauser

Zweiter Schwerpunkt des Gemeindetages 2015 waren natürlich die Finanzausgleichsverhandlungen. Wobei das Motto des Gemeindetages die Zielrichtung vorgab: Nur finanziell gesunde Gemeinden können eine lebenswerte Zukunft sichern.

Es unterstreicht den Stellenwert der Gemeinden, dass Präsident Mödlhammer in der Halle D der Wiener Messe wieder zahlreiche Ehrengäste begrüßen konnte, an der Spitze Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der in seiner Amtszeit keinen einzigen Österreichischen Gemeindetag ausgelassen hat und nunmehr zum letzten Mal in seiner Funktion als Staatsoberhaupt gekommen ist, sowie – als Festredner – Vizekanzler Bundesminister Reinhold Mitterlehner. Für die zahlreich erschienenen Vertreter der Landesregierungen und Landtage hieß Mödlhammer die Landeshauptmannstellvertreter Dr. Gabi Schauning (Kärnten) und Mag. Wolfgang Sobotka (Niederösterreich) sowie den Präsidenten des Vorarlberger Landtages, Harald Sonderegger, willkommen. Für den verhinderten Präsidenten Bürgermeister Dr. Michael Häupl vertrat der Leobner Bürgermeister und Präsident des steirischen Städtebundes, Kurt Wallner, den Österreichischen Städtebund. Ebenfalls unter den Ehrengästen: Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Christian Meidlinger. Herzlich begrüßte der Gemeindebund-Präsident weiters seinen Vorgänger Mag. Franz Romeder sowie Delegationen aus Deutschland, Südtirol und Tschechien.

.

Kleine Einheiten für die Flüchtlinge: „Es sind nicht die Gemeinden und nicht die Bürgermeister, die menschliche Lösungen verhindern“, erklärte der Präsident des Gemeindebundes, Helmut Mödlhammer, zur Flüchtlingsproblematik. Der Gemeindebund sei immer für einen konstruktiven Ansatz und gegen populistische Töne eingetreten. So werde das Durchgriffsrecht des Bundes als befristete Notmaßnahme in einer Notsituation akzeptiert, nicht aber eine Zwangsmaßnahme wie die Bereitstellungspflicht der Gemeinden: „Es geht nicht an, dass in einer so wichtigen Frage über die Bürgermeister einfach drübergefahren wird!“

Der Gemeindebund habe bereits vor einem Jahr einen umfassenden Vorschlag eingebracht, der vor allem auf der Betreuung in kleinen Einheiten basiert. Es gebe hunderte Beispiele, wie kleine Einrichtungen, die von Gemeinden, Vereinen oder Privaten angeboten werden, hervorragend funktionieren. Sie widerlegen auch das Argument, Großeinrichtungen seien leichter zu organisieren. Mödlhammer: „Wenn in einem Dorf ein oder zwei Flüchtlingsfamilien leben, läuft die Zivilgesellschaft zur Hochform auf.“ Dennoch würden immer wieder Quartiere von den Behörden abgelehnt. Hier tobe sich eine bürokratische Überreglementierung aus, die den Gemeinden auch in anderen Bereichen zu schaffen mache.

„Menschen, die eine solche lebensgefährliche Odyssee auf sich nehmen, werden **sich durch Zäune nicht aufhalten lassen.**“

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

Sicher seien Fehler gemacht worden, auch von Gemeinden. Aber, so Mödlhammer, „gegenseitige Schuldzuweisungen helfen ebenso wenig wie das populistische Spiel mit Ängsten und Vorurteilen oder auf der anderen Seite der naive Glaube, unser kleines Land könnte seine Tore für alle und jeden öffnen. Nicht gegeneinander, nur miteinander können wir die Herausforderung bewältigen.“

Ein gerechter Finanzausgleich: Nach den Wahlen in Oberösterreich und Wien müssten die Finanzausgleichsverhandlungen mit Hochdruck weitergeführt werden, forderte der Gemeindebund-Präsident. Als einzige Gebietskörperschaft, die zum dritten Mal den Stabilitätspakt eingehalten, ja sogar übererfüllt hat, könnten die

„DIE GEMEINDEN SIND KEINE ‚LIEBEN KLEINEN', SIE VERLANGEN ZU RECHT, ALS **GLEICHWERTIGE PARTNER** BEHANDELT ZU WERDEN."

Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der sich die Wartezeit mit der Lektüre der tagesaktuellen Ausgabe von KOMMUNAL vertrieb.

FOTOS/so nicht anders angegeben, alle Foto KOMMUNAL/Schuller

Gemeinden selbstbewusst in diese Gespräche gehen. Ziel müsse ein fairer, ein gerechter Finanzausgleich sein, „der den Menschen in allen Regionen, in den kleinen Dörfern ebenso wie in den Ballungszentren, die gleichen Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen ermöglicht".

Daraus leitete er zwei Grundforderungen ab: Der längst nicht mehr zeitgemäße abgestufte Bevölkerungsschlüssel müsse abgeschafft oder zumindestens weiter abgeflacht werden, und es sei ein ausreichen dotierter Sondertopf für Infrastrukturmaßnahmen in benachteiligten Regionen einzurichten. Den vielen Versprechungen und Bekenntnissen zur Erhaltung des ländlichen Raumes müssten endlich Taten folgen.

„Hände weg von den Gemeindesteuern!" Die Einnahmen aus der Kommunal- und aus der Grundsteuer müssten weiterhin in die Gemeindekassen fließen, forderte Präsident Mödlhammer. Notwendig sei eine klare und einfache Neuregelung der Einheitswerte als Grundlage für die Bemessung, Der Gemeindebund habe längst ein entsprechendes Modell entwickelt.

Nur ein aufgabenorientierter Finanzausgleich könne ein fairer und gerechter sein. Der Gemeindebund fordere seit Jahrzehnten eine Aufgabenreform, also eine Beseitigung des „Kompe-

„Hände weg von den Gemeindesteuern!" Die Einnahmen aus der Kommunal- und aus der Grundsteuer müssten weiterhin in die Gemeindekassen fließen, forderte Präsident Mödlhammer. Notwendig sei eine klare und einfache Neuregelung der Einheitswerte als Grundlage für die Bemessung, der Gemeindebund habe längst ein entsprechendes Modell entwickelt.

tenzendschungels“, der sich beispielsweise, aber nicht nur, im Schulbereich findet. Damit könnte sehr viel Sand aus dem Getriebe genommen und sehr viel Geld eingespart werden.

Keine „lieben Kleinen“: Hand in Hand damit müsste endlich eine Entflechtung der Geldströme erfolgen. Wenn die Gemeinden eine Aufgabe zu erfüllen haben, sollten sie auch die benötigten finanziellen Mittel erhalten – und zwar ohne Umwege über die Länder. Diese Meinung habe erfreulicherweise auch Finanzminister Hans Jörg Schelling vertreten, aber leider gebe es auch andere Signale, nämlich von einigen Ländervertretern. Diese seien anscheinend nicht bereit, die Rolle des guten Onkels aufzugeben, der das Taschengeld an die lieben Kleinen verteilt. Die Gemeinden, so Mödlhammer, seien aber keine „lieben Kleinen“: „Sie verlangen zu Recht, als gleichwertige Partner behandelt zu werden.“

Dringend forderte der Präsident des Gemeindebundes einen Abbau der Bürokratie und warnte davor, den Gemeinden ständig neue Belastungen aufzubürden. Und wenn dabei oft eine „Anschubfinanzierung“ versprochen werde, bedeute das doch nur, dass die Kommunen nach zwei oder drei Jahren allein mit den Kosten da stehen: „Das ist kein Zuckerl, das ist eine Mogelpackung!“

Präsident Mödlhammer warnte schließlich vor einem falsch verstandenen Perfektionismus: „Wir haben in Österreich Gott sei Dank im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Bildung und im Sicherheitsbereich einen sehr hohen Standard erreicht, auch im internationalen Vergleich. Die entscheidende Frage ist nicht, ob und wie wir den Standard noch ein wenig hinaufschrauben können, sondern die entscheidende Frage ist, ob und wie wir uns diesen hohen Standard auch in Zukunft leisten können!“

Ohne funktionierende Gemeinden könne es keine funktionierenden Länder und keine funktionierende Republik geben. Nur gemeinsam seien die großen Herausforderungen zu bewältigen, schloss Präsident Mödlhammer.

Nagelprobe für Europa: Als Vertreter des Österreichischen Städtebundes setzte sich der Leobner Bürgermeister Kurt Wallner mit der Flüchtlingsproblematik auseinander und dankte allen, die in dieser schwierigen Situation angepackt haben: „Die Bedeutung der Zivilgesellschaft wird uns täglich vor Augen geführt.“ Schon bei der Gründung des damaligen „deutsch-österreichischen Städtebundes“ vor hundert Jahren, im September 1915, sei es um die Bewältigung gewaltiger Probleme in Kriegs- und Krisenzeiten gegangen.

„Das Image eines Landes in der Welt wird auch dadurch geprägt, wie es mit der Flüchtlingsproblematik umgeht.“ Wie die anderen Redner des Gemeindetages nahm auch Vizekanzler Bundesminister Reinhold Mitterlehner Stellung zur Flüchtlingsfrage.

> **„Lasst die Gemeinden arbeiten!** Bremst die überbordende Bürokratie ein und hört auf, den Kommunen ständig neue Belastungen aufzubürden.“
>
> **Helmut Mödlhammer,** Gemeindebund-Präsident

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindebund.at und **www.kommunal.at**

Die Bürgermeister seien in der derzeitigen Situation besonders gefordert, vor allem aber stellen die Flüchtlinge eine gesamteuropäische Herausforderung dar, eine „Nagelprobe für Europa“. Schließlich habe die EU 2012 den Friedensnobelpreis erhalten, Nun, drei Jahre später, komme es wieder besonders darauf an, Solidarität zu zeigen.

Mit Herz und Vernunft: Bundespräsident Dr. Heinz Fischer appellierte, die Flüchtlingsdiskussion zu versachlichen, also die Dimension weder zu unter- noch zu überschätzen. Es sollten nicht Ängste verstärkt, sondern mit Herz und Vernunft an die Dinge herangegangen werden. Beeindruckt habe ihn ein Projekt jüngerer Teilnehmer am Forum Alpbach, ein „Fragebogen 2035“. Darin wird gefragt: Was haben Sie vor 20 Jahren über das Flüchtlingselend gewusst, was haben Sie damals, 2015, getan bzw. unterlassen? Sich in der Gegenwart vorzustellen, wie wir künftig unser Verhalten beurteilen werden, ein solcher veränderter Blickwinkel zwinge dazu, nachzudenken und Position zu beziehen.

„Wenn wir uns verpflichtet fühlen, Menschen zu helfen, die flüchten müssen, werden wir das

„Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel entsprach den Verhältnissen in der Nachkriegszeit. **Wir sind aufgerufen, einen neuen Schlüssel zu finden.“**

Reinhold Mitterlehner, Vizekanzler und Wirtschaftsminister

auch zustande bringen“, erklärte der Bundespräsident. Entscheidend sei, dass es dabei gerecht zugeht – in Europa, in Österreich und in den einzelnen Gemeinden. Dazu gehöre auch, Vereinbarungen einzuhalten. Wenn derzeit vier Bundesländer die Quoten nicht erfüllen, geschehe das letztlich zu Lasten der übrigen fünf. In diesem Licht seien auch die vorgesehenen Maßnahmen des Bundes zu sehen – sie würden nur dort schlagend, wo Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

„Wetteifern wir nicht um die Perfektion des Florianiprinzips, sondern wetteifern wir um die besten und vernünftigsten Lösungen“, forderte der Bundespräsident und schloss mit einem Dank an alle, die in dieser schwierigen Situation geholfen haben und helfen.

Für einen neuen Verteilungsschlüssel: Er kenne und verstehe die Anliegen der Kommunen, betonte Vizekanzler Bundesminister Reinhold Mitterlehner, sei er doch sechs Jahre Gemeinderat gewesen und zehre noch heute von diesen Erfahrungen. Als Wirtschaftsminister sei er den Gemeinden dankbar für ihren bedeutenden Beitrag als Investoren und Arbeitgeber zur Bewältigung der Krise.

Das Image eines Landes in der Welt werde auch dadurch geprägt, wie es mit den Flüchtlingen umgeht. „Wir sind eine offene Gesellschaft und haben davon profitiert, man muss aber auch den Mut haben, zu sagen, es ist nicht für alle Platz“. Ohne Einbindung der Gemeinden sei eine Lösung der Asylkrise nicht möglich. Wie Präsident Mödlhammer sprach sich der Vizekanzler für möglichst viele kleine Betreuungseinrichtungen aus, wies aber dessen Kritik an einer Bereitstellungspflicht der Gemeinden zurück. Eine 1,5-Prozent-Quote pro Kommune sei keine „Requirierung“, sondern ein Beitrag zu gemeinsamen Lösungen.

Im Jahr 2050, betonte Mitterlehner, werden 70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher in Städten leben. Es gelte zu verhindern, dass auf der anderen Seite entleerte Regionen und Gemeinden entstehen. Der Breitband-Ausbau, der die Schaffung von Tele-Arbeitsplätzen außerhalb der Städte erleichtert und für den der Bund bis 2020 1 Milliarde Euro bereitstellt, sei hier eine der wichtigsten Maßnahmen. Angesichts der demografischen Entwicklung komme auch einer wirksamen Förderung familienfreundlicher Gemeinden größte Bedeutung zu.

Zu den Finanzausgleichsverhandlungen stellte der Vizekanzler fest, der abgestufte Bevölkerungsschlüssel sei eine Konsequenz der Verhältnisse in der Nachkriegszeit, als in den Städten gewaltige Schäden zu beseitigen waren. Heute sollte ein neuer, zeitgemäßer Schlüssel gefunden werden. Die Idee, die Abgabenautonomie wieder zum Leben zu erwecken, sei richtig.

Mit dem Appell „Nur wir gemeinsam werden die Probleme lösen können“ beendete Vizekanzler Mitterlehner seine Festrede.

Dank und Einladung: Bevor der Gemeindetag mit der Europahymne ausklang, dankte Präsident Helmut Mödlhammer allen, die vor, auf und hinter der Bühne zum Gelingen der größten kommunalpolitischen Veranstaltung der Republik beigetragen haben, an der Spitze den Rednern des Tages und dem Team des Österreichischen Gemeindebundes. Er schloss mit einer Einladung: „Ich freue mich auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr beim 63. Österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt!“

HERBERT WALDHAUSER IST FREIER JOURNALIST UND KONSULENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

FOTOS/Kommunal, Roland Schuller, Gemeindebund/Jörg Christandl

EHRUNGEN ...

Der 62. Gemeindetag führte am Mittwoch eine schöne Tradition weiter, nämlich die Ehrung verdienter Mitglieder. Heuer verlieh der Österreichische Gemeindebund das Ehrenzeichen und die Ehrenmitgliedschaft des Gemeindebundes an die Kärntner Ferdinand Vouk und Valentin Happe, an den Niederösterreicher Fritz Knotzer, den Vorarlberger Erwin Mohr sowie den Tiroler Helmut Ludwig.

Darüber hinaus durfte der Bundesvorstand des Gemeindebundes dem Chef der Kommunalkredit Austria, Alois Steinbichler, in Vertretung des Bundespräsidenten das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik überreichen.
Mehr Infos auf www.gemeindebund.at und auf www.kommunal.at

FOTOS / GEMEINDEBUND/Jürg Christandl

8:2 - POST LIEFERTE PACKUNG

Alle Gegenwehr nützte nichts. Eine böse Packung erhielt die österreichische Bürgermeister-Nationalmannschaft beim freundschaftlichen Match gegen eine Auswahl der Post AG (1). 8 : 2 hieß der Endstand, den „die Postler" den „Ortschefs" aufbrummten.

Dabei hatte der Nachmittag nach dem 62. Österreichischen Gemeindetag gut und entspannt begonnen. Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer führt den Ankick gemeinsam mit Dipl-Ing. Walter Hitziger, Vorstand der Post AG, aus (2). Schnell stellte sich aber heraus, dass kein noch so gekonntes Tackling (3) nutzte. Beide Bürgermeister-Goalies mussten je viermal nach hinten greifen (4) und den Ball aus dem Netz holen. Größter Wermutstropfen des Matches: Kein einziger Fan unterstützte die Bürgermeister-Mannschaft – nach drei Tagen Gemeindetags- und KOMMUNALMESSE-Stress vielleicht auch zu viel verlangt. Mehr Fotos auf **www.kommunal.at**

FOTOS/POST/fotoschwechat.com

Österreichs Gemeinden brauchen zuverlässige Partner. Damals wie heute.

Die großen Themen der Gesellschaft werden damals wie heute vom technologischen Fortschritt getragen. Die Unternehmen der EnergieAllianz Austria, Österreichs führendem Energievertrieb für Strom und Erdgas, begleiten: 3 Landeshauptstädte, 5 Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden, sowie 656 Gemeinden – durch die Herausforderungen der Energiewende. Mit verantwortungsvoller Preispolitik, speziellen Energieberatungen sowie 100% Ökostrom aus Österreich sind wir ein zuverlässiger Partner für unsere Kunden aus der öffentlichen Verwaltung. Die EAA vereint das unternehmerische Know-How und die über 100-jährige Erfahrung unserer Gesellschafter: ENERGIE BURGENLAND; EVN; WIEN ENERGIE

ENERGIE ALLIANZ AUSTRIA

Info: 01 90410-0 oder office@energieallianz.at
www.energieallianz.com

energie BURGENLAND

EVN

WIEN ENERGIE

KOMMUNALMESSE 2015

LEBENSWERTE GEMEINDEN GESTALTEN

„Unsere Aufgabe als Politiker und Verantwortliche in der Wirtschaft ist es, Menschen miteinander zu verbinden – durch Straßen, Schienen und jetzt auch durch das Internet.“ Das sagte Infrastrukturminister Alois Stöger bei der Eröffnung der KOMMUNALMESSE 2015.

Stöger gab damit eine Vorschau auf das KOMMUNAL Zukunftsforum, das sich in drei Podiumdiskussionen mit den Standortfaktoren „Infrastruktur und Technologie“, „Bürgernähe und Servicequalität“ sowie „Gesundheit“ befasste. „In der täglichen Arbeit in der Gemeinde fehlt es oft an der Zeit, einen Schritt zurück zu tun, um einen besseren Blick auf die Herausforderungen der Zukunft zu machen. Diese Zeit wollen wir uns beim Zukunftsforum nehmen“, sagte Kommunalverlag-Chef Michael Zimper. Martin Heimhilcher, Spartenobmann der Wirtschaftskammer, ging auf die steigende Bedeutung von Ein-Personen-Unternehmen ein. Diese sind in Wien mittlerweile die größte Mitgliedergruppe in der Wirtschaftskammer. Aber auch auf dem Land nimmt die Bedeutung dieser Kleinstunternehmen ständig zu. Gerade im ländlichen Raum, wo es oft an Arbeitsplätzen mangelt, sind immer mehr Menschen gezwungen, sich ihren Job selbst zu schaffen. „Diese jungen und innovativen Unternehmen müssen wir unterstützen“, so Heimhilcher.

1 Martin Heimhilcher (WKÖ), Infrastrukturminister Alois Stöger und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer mit Kommunalverlags-Chef Michael Zimper bei der Eröffnung.

2 Burgenlands Landesrätin Astrid Eisenkopf informierte sich bei Handler-Bau über das Raumlösungssystem Kubo.

3 Sichtlich angetan vom Stand von Kommunal-Bedarf: Minister Stöger und Landesrätin Eisenkopf.

FOTOS/Kommunal, Roland Schuller

4 Auch Ski-Star Thomas Sykora war für die Firma Vero unter den Ausstellern.

5 Apothekerkammer-Chef Max Wellan begrüßt Alois Stöger.

6 Die Kommunal-Akademie NÖ freute sich über den Besuch von Alois Stöger.

7 Innenministerin Johanna Mikl-Leitner nutzte die Gelegenheit, sich über mobile Unterbringungsmöglichkeiten beispielsweise für Flüchtlinge, zu informieren

8 Neugierig inspiziert Finanzminister Hans Jörg Schelling das Angebot der Salinen Österreich.

MESSERUNDGANG

DREI MINISTER UND 200 STÄNDE

Infrastrukturminister Alois Stöger eröffnete am Mittwoch die KOMMUNALMESSE 2015 und führte den ersten Rundgang an – ihm folgten dann am Donnerstag Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Finanzminister Hans Jörg Schelling.

1 **Erste Station von Infrastrukturminister Stöger auf seinem Rundgang war der Riesenstand des Infrastrukturministeriums. Hier mit Burgenlands Landesräting Astrid Eisenkopf (3. v. l.) und Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindetages (3. v. r.).**

2 **Ernste Gespräche warteten auf Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Hier mit den Gemeindebund-Vizes Rupert Dworak und Alfred Riedl sowie Gemeindebund-Präsident helmut Mödlhammer.**

3 **Interessante Vorträge gab es bei den Open-Space-Foren. Hier informiert Johannes Duschek über den richtigen Brückenbau.**

4 **Reger Besuch wurde am Stand von Simon Voss, Gebäudemanagement und kommunale Einrichtungen, verzeichnet.**

5 **Alte Bekannte aus Oberöstereich: Hans Grassegger, Urgestein der E-Werke Wels, zeigt Alois Stöger „seinen" Messestand. Rechts Michael Zimper, Chef des Kommunal-Verlags.**

6 **Trotz knapper Zeit ließ es sich Finanzminister Schelling nicht nehmen, einen Sprung auf die Messe zu kommen.**

11

7

7 **IT-Wirtschaft und E-Government waren Themen am Stand von Kapsch Businesscom AG.**

8 **Ein Pflichtbesuch war der Stand des Elektromobilitätsdienstleisters Smatrix.**

9 **Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl nutzte die Gelegenheit für ein Gesundheits-Workout beim Uniqa-Stand.**

8

9

10

10 **Perfekte Haltung zeigte Helmut Mödlhammer beim Eisstockschießen am Stand von Kommunalbedarf.**

11 **Helmut Mödlhammer begrüßt Christoph Leitl auf der KOMMUNALMESSE.**

12 **Meistens leider kein Kuschelhund: Der Diensthund der Wiener Polizeihundestaffel und Minister Stöger begrüßten sich vorbildlich.**

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke und Fotos online auf **www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/** oder über die Website **www.kommunal.at**

12

KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM
Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle G

ZUKUNFTSFORUM 1

Keine Industrie 4.0 **ohne Breitband**

BEIM THEMA INFRASTRUKTUR UND TECHNOLOGIE DREHTE SICH ALLES UM DIGITALISIERUNG.

WKÖ-Fachverbands-Obmann Gerald Gollenz, Trendforscher Harry Gatterer, Infrastrukturminister Alois Stöger und Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer diskutierten über die Standortfaktoren „Infrastruktur & Technologie“.

Vier völlig verschiedene Diskutanten und vier völlig verschiedene Blickwinkel kamen beim ersten Zukunftsforum zu einem erstaunlich übereinstimmenden Resümee: Der Zugang zu High-Speed-Internet ist essentiell, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, Abwanderung vorzubeugen, und im Privaten den Menschen den Lebensstandard zu bieten, den ihnen die Technologie heute ermöglicht. Besonders Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, aber auch der Trendforscher und Geschäftsführer des Zukunftsinstituts Harry Gatterer betonten dabei, auch die menschliche Komponente nicht zu vernachlässigen. „Breitband ist für uns eine Lebens- und Überlebensfrage“ stellte Mödlhammer klar, pochte aber auch darauf, dass „die Gesellschaft nicht durch Technologie funktioniert, sondern durch Menschlichkeit!“ ... Um die Bedeutung von Breitbandversorgung auch in entlegenen und dünn besiedelten Regionen speziell für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigeit waren sich alle Diskutanten einig. ...
Bundesminister Alois Stöger, verantwortlich für Infrastruktur ud Technologie, verwies auf die Breitbandmilliarde und unterstrich, dass das Bundesministerium 50 Prozent der Investitionskosten übernimmt.

Beitrag redaktionell gekürzt – einen ausführlicheren Bericht finden Sie auf www.kommual.at

1 **Begrüßung auf der KOMMUNALMESSE: Gemeindebund-General Walter Leiss, Kommunalverlags-Chef Michael Zimper und Reed-Messe-Wien-Manager Benedikt Binder-Krieglstein.**

2 **Allein aufgrund der aktuellen Flüchtlingslage war der Stand von Containex einer der frequentiertesten.**

3 **Alois Stöger informiert sich bei der „Sprechenden Straße“.**

4 **Niederösterreicher unter sich am Niederösterreich-Stand: Rupert Dworak, Johanna Mikl-Leitner und Alfred Riedl.**

5 **Christoph Leitl im Gespräch mit gemdat-NÖ-Chef und Partner von k5, Franz Mandl.**

6 **Wenn der ORF fragt, findet auch Innenministerin Mikl-Leitner Zeit für ein Interview.**

7 **Einen genauen Blick warf Infrastrukturminister Stöger auf die Angebote der Post.**

8 **Bestens gelaunt erschien Kärntens Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig auf der KOMMUNAL-MESSE.**

9 **Beim Stand von Hawle erkundigte sich der gelernte Maschinenschlosser Alois Stöger genauer über den Stand der Technik.**

10 **Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl und zwei der charmanten KOMMUNAL-Mädels.**

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke
und Fotos online auf
www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/
oder über die Website
www.kommunal.at

KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM
Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle G

ZUKUNFTSFORUM 2

Satte Rabatte für Online-Amtswege

BUNDESRATSPRÄSIDENT GOTTFRIED KNEIFEL LIESS BEIM FORUM 2 ZUM THEMA „BÜRGERNÄHE UND TECHNOLOGIE“ MIT EINER ÜBERRASCHENDEN IDEE AUFHORCHEN.

Franz-Reinhard Habbel (DStGB), Franz Haugensteiner (FLGÖ), Christian Schneider (Stadt Waidhofen), Ulrike Huemer (Stadt Wien), Bundesratspräsident Gottfried Kneifel

Wenn Bürger Verwaltungsakte elektronisch erledigen, sollten sie nur die Hälfte der Abgaben oder Steuern, die anfallen, bezahlen – so Kneifels Vorschlag, der gleichzeitig eingestand, dass dies wegen des Rechts auf Gleichbehandlung nicht einfach umzusetzen wäre. Aber schließlich würden bei elektronischen Eingaben auch geringere Kosten anfallen, z. B. wenn Anträge für die Arbeiternehmerveranlagung via Internet eingebracht werden. Dass die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend auf elektronischem Weg erfolgen wird, ist offensichtlich. Sie ist nicht nur schneller, sondern in vielen Fällen auch effizienter. ...

Einen anderen Aspekt brachte Franz-Reinhard Habbel vom Deutschen Städte- und Gemeindetag im Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe ein. „Die meisten Flüchtlinge haben ein Smartphone. Das eröffnet neue Wege, wie man von Seiten der Gemeinde mit ihnen kommunizieren kann.“

Aber auch wenn die elektronische Kommunikation wichtiger wird, wird das Gemeindeamt eine wichtige Anlaufstelle bleiben. „Der persönliche Kontakt ist den Menschen nach wie vor wichtig“, so der Stadtamtsdirektor von Waidhofen an der Ybbs, Christian Schneider, aus seiner Erfahrung.

Beim Stichwort „Bürgernähe“ war man sich einig, dass Gesetze, aber auch Texte der Verwaltung oft zu kompliziert formuliert sind. Gerade die Kommunikation über soziale Medien brauche eine andere Sprache. Das sei durchaus im Sinne der Bediensteten in den Gemeinden, meinte Franz Haugensteiner, Obmann des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten, denn „90 Prozent der Kommunen haben keinen ausgebildeten Juristen in der Verwaltung“.

Beitrag redaktionell gekürzt – einen ausführlicheren Bericht finden Sie auf www.kommual.at

1

2

ks
STEUERBERATUNG
UNTERNEHMENS-
BERATUNG
BFP
Ihre Partner für alles Kommunale.
www.austin-bfp.at
www.ks-beratung.at

1 **Bürgermeister Bernhard Sadivnik aus Globasnik in Kärnten, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Christoph Leitl und Helmut Mödlhammer.**

2 **Am Stand der Apothekerkammer bewies Helmut Mödlhammer unter den wachsamen Augen von Apotherkerkammer-Chef Max Wellan (2.v.l.) und Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl blendende Gesundheitswerte.**

3 **Die Verkehrstechnik am Stand von Neuhauser interessierte Verkehrsminister Stöger besonders.**

4 **NÖ-Kommunal-Akademieleiter Harald Bachhofer, Ministerin a. D. Karin Gastinger und FLGÖ-Bundesobmann Franz Haugensteiner am Stand der Hypo NÖ.**

KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM
Mittwoch, 9. September 2015, Messe Wien, Halle G

STANDORTFAKTOR GESUNDHEIT“

Neuausrichtung der Primärversorgung

DIE SPITZEN DER GESUNDHEITSINSTITUTIONEN IN ÖSTERREICH SIND SICH EINIG ÜBER DEN NOTWENDIGEN WANDEL, ABER UNEINS ÜBER DESSEN AUSGESTALTUNG.

Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes, Peter McDonald, Vorsitzender des Verbandsvorstands der SVA, Clemens Martin Auer, Sektionsleiter im Bundesministerium für Gesundheit, Karl Forstner, 1. Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Präsident der Salzburger Ärztekammer, Max Wellan, Präsident der Apothekerkammer und Gerald Bachinger, NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft, Sprecher der PatientenanwältInnen, diskutierten das Thema „Gesundheit“.

Beim Zukunftsforum „Standortfaktor Gesundheit“ forderten die Spitzen des österreichischen Gesundheitswesens einen Wandel der Primärversorgung in Österreich. Bachinger richtete einen Appell an die Bürgermeister Österreichs, sie mögen eine Resolution verabschieden, die die Umstetzung des bereits im Juni beschlossenen „Konzepts zur multiprofessionellen und interdisziplinären Primärversorgung in Österreich“ zum Ziel hat. Dieses sei inhaltlich hervorragend, laufe aber Gefahr, niemals umgesetzt zu werden.
Die Einzelordination am Land ist kein guter Business Case mehr, so Sektionsleiter im BM für Gesundheit, Clemens Auer. Nicht jede Ortschaft benötige einen eigenen Arzt. Er könne sich die reine Einzelordination in 20 Jahren nicht mehr vorstellen. Stattdessen werde es Versorgungszentren geben. Auer ist der Meinung, dass die Hausärzte nicht erkennen, dass die Kunden an ihnen vorbeilaufen und zu anderen Dienstleistern gehen. Auch deshalb, da man bei Ambulanzen vierundzwanzig Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche jemanden antreffe. Ein Wandel in der Ärztelandschaft könnte sich zudem schneller vollziehen, da knapp die Hälfte aller praktischen Ärzte in Österreich schon über funfundfünfzig Jahre alt ist.

Beitrag redaktionell gekürzt – einen ausführlicheren Bericht finden Sie auf www.kommual.at.

1 **Reger Betrieb herrschte beim Stand der Erste Bank Sparkassen.**

2 **Zeit für entspannten Smalltalk fand sich beim Stand von ADEG, dem größten Nahversorger in Österreichs Gemeinden.**

3 **Charmanter Empfang bei der Kommunalkredit. Österreichs Kommunal-Finanzierer Nummer 1 hatte einen der höchstfrequentierten Stände der KOMMUNALMESSE 2015.**

4 **Besonders lange hielt sich Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei „ihrem“ Stand auf. Die Polizei präsentierte auf der KOMMUNALMESSE die Angebote für die Gemeinden.**

MÜNZE ÖSTERREICH: KUNSTHANDWERK MIT TRADITION

Medaillen für Ihre Gemeinde

Eine individuell angefertigte Medaille verleiht Ihrem Anlass einen besonderen Wert. Ob für ein Jubiläum, einen Kongress, eine Ausstellung oder einen Wettbewerb – sie ist ein einzigartiges Stück Handwerkskunst, das dazu beiträgt, aus Ihrem Anlass eine bleibende Erinnerung zu machen.
Auf Basis Ihrer Ideen und Vorstellungen erstellen wir ein Design und fertigen in traditioneller Handwerkskunst und mit höchster Präzision die Medaille. Vervollständigt wird das Erinnerungsstück durch eine repräsentative Verpackung, wie z. B. in einem Kunststoffrahmen oder Etui mit Echtheitszertifikat der Münze Österreich.

KONTAKT
Münze Österreich AG, Mag. Sabine Deopito
Am Heumarkt 1, 1030 Wien, Tel. 01/71715 – 181
medaillen@muenzeoesterreich.at
www.muenzeoesterreich.at/medaillen

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

2

3

4

KOMMUNALMANAGEMENT

DIE NEUE GENERATION IM KOMMUNALMANAGEMENT

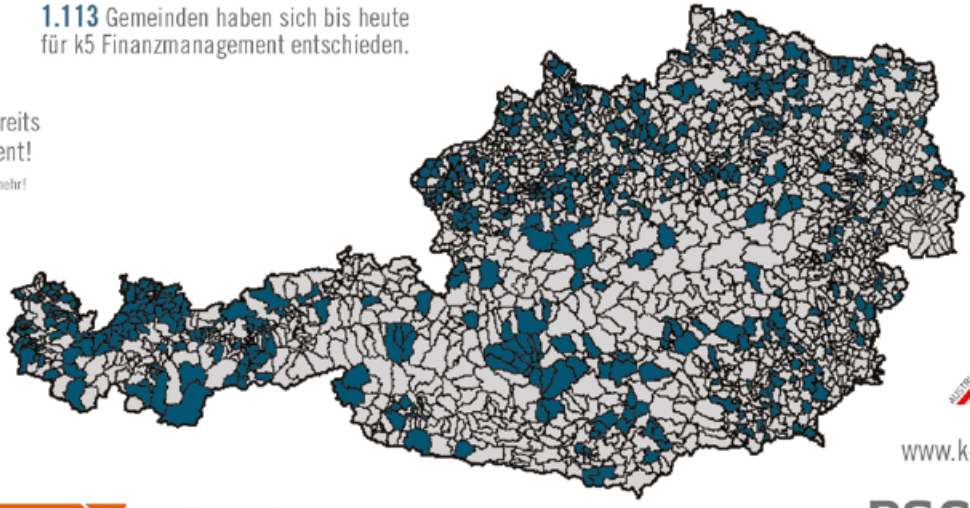
- k5 - Finanzmanagement (Kameralistik, kommunale Doppik)
- k5 - E-Gov - Elektronische Verwaltung
- k5 - Zentrale Registeranbindung
- k5 - Verfahren
- k5 - Bauhof- & Wirtschaftshofverwaltung
- k5 - Gästemeldewesen

1.113 Gemeinden haben sich bis heute für k5 Finanzmanagement entschieden.

545 Gemeinden arbeiten bereits erfolgreich mit k5 Finanzmanagement!

...und täglich werden es mehr!

5 Partner, 9 Länder, 1 Lösung für österreichische Gemeinden.



www.k-5.at

gemdat GEMDAT kufgem Gemeindeinformatik Vorarlberger Gemeindehaus PSC Public Software & Consulting

IMPULS

AND THE WINNER IS **DELLACH IM GAILTAL**

In einer furiosen Gala fand am Mittwoch-Abend die Verleihung des IMPULS-Innovationspreises 2015 statt. Gesamtsieger wurde Dellach im Gailtal.

Zu großer Form lief Moderator Udo Wenders auf, der „Mann, der seine Frisur offen trug". Aufgrund der ähnlichen Frisur von Kommunalverlags-Chef Michael Zimper fand er in diesem, unter regelrechten Lachstürmen, seinen „Bruder für einen Abend". Die Einleitung hielt Markus Ecker von Raiffeisen, der den Gemeinden als Ganzes Rosen streute: „Die Gemeinden haben eine Wahnsinns-Innovationskraft, wie wir bei Raiffeisen aus vielen Finanzierungsgesprächen wissen. Deswegen unterstützen wir auch den IMPULS." Michael Zimper ergänzte: „Wir suchen keine Ideen, wir suchen umgesetzte Projekte." Zimper dankte auch dem BMLFUW, das sich vor allem für die Klima-Kategorie engagiert hatte. Aus weit über 100 Einreichungen wurden 12 Projekte in die nähere Auswahl gezogen.

Die Sieger nach Kategorien sind:

- Verwaltung: Gewonnen hat **Graz** mit dem Projekt **„Venuzle"**.
- Klima: Sieger wurde **Hinterstoder** mit dem Projekt **„Hinterstoder sanft mobil".**
- In der Kategorie Soziales Engagement wurde **Dellach im Gailtal** mit dem Projekt **Alsole**. Der Sozialverein Alsole wurde 2006 von einer Handvoll Idealisten im Kärntner Dellach gegründet. Der Grundgedanke war und ist, ein alle Generationen umfassendes soziales Netzwerk zu schaffen, um damit die verschiedenen Anliegen in der Gemeinde abzudecken.
- In der Kategorie Baukultur trug die Gemeinde **Zwischenwasser** mit dem **Kindergarten Muntlix** den Sieg davon.

Alle Projekte werden ausführlich auf www.kommunal.at vorgestellt.

IMPULS
DER GEMEINDEINNOVATIONSPREIS 2015

KOMMUNALMESSE Oktoberfest

1 **Große Freude bei der Delegation aus Dellach im Gailtal.**

2 **Gespannte Erwartung herrschte bei den Besuchern des Oktoberfestes, die die IMPULS-Prämierung live mitverfolgten.**

3 **Für das BMLFUW überreichte Sekt.-Chef Helmut Hojeski die Preise der Kategorie „Klima".**

4 **Ein gekonnter Bieranstich von Günther Toth, Partner der KS-Steuerberatungskanzlei.**

5 **Manfred Matzka und die Preisträger der Kategorie „Verwaltung“.**

6 **Dompfarrer Toni Faber hielt eine berührende Rede über den Wert sozialen Engagements.**

7 **Sabine Seidler, Rektorin der TU Wien, überreichte an die Delegation aus der Gemeinde Zwischenwasser die Auszeichnung als IMPULS-Gewinner.**

ANSAGEN UND STILBLÜTEN

DAS WORT HAT ...

„Bruader, samma jetzt **per Du**?“

Udo Wenders unter schallendem Gelächter zu Michael Zimper, **der schlagfertig antwortete:**

„No, i glaub‘ scho!

„IMPULSe und soziales Engagement wollen wir unterstützen!

Deshalb bekommt die Gemeinde Dellach von uns als Draufgabe noch 100 Karten für das Länderspiel Österreich – Liechtenstein.“

Markus Ecker vonRaiffeisenernteteferdiesespontaneAnkündigung einen echt Kärntner Begeisterungssturm

„Gemeinden sind es mittlerweile gewohnt, **mit mobilen Devices** zu arbeiten – und sie wollen es auch.“

Manfred Matzka, der IT-Hofrat im Bundeskanzleramt schlechthin, präsentierte die Gewinner der IMPULS-Kategorie „Verwaltung“

„Es ist eine wahre Freude, Initiativen zu prämieren, die sich um **ein soziales Miteinander** kümmern.“

Dompfarrer Toni Faber fand in seiner Präsentation der Kategorie „Soziales Engagement“ berührende Worte

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Hightech am Land: Moderne Maschinen und Gebäude sind wesentlicher Motor für die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

FOTO: BMLFUW/Martina Siebenhandl

INFRASTRUKTUR

GUT INS LAND INVESTIERT

Ein drei Milliarden Euro schweres Infrastrukturpaket schafft Arbeitsplätze und kurbelt die heimische Wirtschaft an.

Nachhaltige Entwicklung braucht gezielte Investitionen. Ein drei Milliarden Euro schweres Infrastrukturpaket sorgt für wirksame Investitionen in die österreichische Landwirtschaft, schützt Lebensräume und schafft Green Jobs. Die Investoren: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), A1 und Post AG.

Nachhaltige Entwicklung am Land: Das BMLFUW stellt mit seinem Programm für die Ländliche Entwicklung und den Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren sowie den Projekten zur gezielten Umweltförderung jährlich rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe verbessert und ihre Umwelt- und Ressourceneffizienz erhöht. In 77 Leader-Regionen stehen die regionalen Strategien vor allem unter dem Motto Innovation und Vernetzung. In 104 Klima- und Energiemodellregionen werden breit angelegte Energie- und Mobilitätsprojekte umgesetzt.

Zugänglich und gut vernetzt: Eine wichtige Rolle für die Infrastruktur am Land spielt die Post. Sie stellt die tägliche Zustellung von Briefen und Paketen sicher und garantiert darüber hinaus als Partner des „klimaaktiv mobil"-Programms des BMLFUW eine CO_2-neutrale Lieferung.
Und weil eine verlässliche und leistungsfähige Internetverbindung für das wirtschaftliche Überleben von Betrieben unerlässlich ist – und auch eine Frage von Lebensqualität für die Bevölkerung –, hat A1 ein großes Ausbauprogramm gestartet. Beim Ausbau wird auf moderne Glasfasertechnologie, 4G/LTE im Mobilfunk und eine Beschleunigung des bestehenden Kupfernetzes gesetzt.

Starke Impulse setzen: Das Infrastrukturpaket sichert die Produktion gesunder Lebensmittel und unterstützt die regionale Wirtschaft. Das ist auch für den Tourismus von großer Bedeutung: Bäuerinnen und Bauern pflegen rund zwei Millionen Hektar Kulturlandschaft – ein wesentlicher Grund, warum so viele Gäste nach Österreich kommen.

Investitionen in die Infrastruktur am Land kurbeln die Wirtschaft in ganz Österreich an:

- **1,5 Mrd. Euro** werden vom BMLFUW jährlich bereitgestellt. Über **30.000 Arbeitsplätze** jährlich sollen damit inner- und außerhalb der Landwirtschaft abgesichert werden (WIFO).
- **Knapp eine Mrd. Euro** wendet die Post für den „Zukunftsraum Land" auf.
- **Eine halbe Mrd. Euro** lässt sich A1 den geförderten Breitbandausbau kosten. Das BMLFUW stellt bis 2020 über 53 Mio. Euro dafür zur Verfügung.
- **Wirtschaftsmotor:** Durch Land- und Forstwirtschaft werden jährlich Güter im Wert von rund fünf Mrd. Euro nachgefragt (z. B. Bauten und Maschinen).

FOTO: Erich Voggenberger

Vitale ländliche Räume brauchen eine moderne Infrastruktur.

Nähere Informationen unter:
bmlfuw.gv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Raiffeisen
Meine Bank

Raiffeisen gratuliert der Gemeinde Dellach im Gailtal zum Gewinn des IMPULS Gemeinde-innovationspreises!

Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region

Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.

www.raiffeisen.at

ACTION DAY

SPIELZEUG FÜR GROSSE BUBEN

Beim Action Day nutzten die Aussteller einen der größten Vorteile, die eine Messe bietet: Die Besucher konnten nicht nur die Menschen hinter den Produkten kennenlernen, sondern auch die Produkte selbst aktiv erfahren.

Klotzen statt kleckern war das Motto des diesjährigen Action Days, und so sah man die Augen so mancher – überwiegend männlicher – Besucher glänzen, als sie sich hinter die Steuer etlicher PS-starker Maschinen klemmten und unterdrückte Allmachtsfantasien in überdiemensional bereiften Kraftmaschinen ebenso ausleben konnten, wie sie missionarische Weltverbresserungsdränge in Straßenreinigungsmaschinen der nächsten Generation zu stillen versuchten.

Unangefochtenes Highlight, glaubt man den erfolgreichen Absolventen, war der Geschicklichkeitsparcours, bei dem man mit einem Catarpillar aus dem Hause Zeppelin Tennisbälle von verschiedensten Hindernissen bugsieren musste. So mancher lang geheger Sandkastentraum wurde auf diese Weise bei der Kommunalmesse endlich erfüllt. Ganz im Ernst: Die Gelegenheit, diverse Maschinen des kommunalen Fuhrparks einmal live in Aktion zu erleben, miteinander vergleichen zu können und selbst in Gebrauch zu nehmen, kam bei den Messebesuchern irrsinnig gut an. Und dem Vernehmen nach freute sich auch die Messe Wien über einen perfekt gekärcherten Außenbereich. Erstmals wurde die angemietete Fläche sauberer zurückgegeben als übernommen.

Wenn das kein Prädikat für die Firmen RKM, Reformwerke, Nekam, Bakom, Zeppelin und Kärcher ist, was dann?

2

Impressionen von den Action Days auf der KOMMUNAL-MESSE in Wien. Die Firmen RKM, Reformwerke, Zeppelin, Kärcher, Bakom und Nekam ermöglichten den Besuchern, nach Herzenslust die Geräte zu testen. Unter anderem gab es sogar Geschicklichkeitsspiele mit kleinen Baggern und Tennisbällen.

SIEMENS ADVANTAGE™ NAVIGATOR

ENERGIEMANAGEMENT FÜR GEBÄUDE

Mit Advantage™ Navigator von Siemens erhalten Gemeinden Einblick in die langfristige Leistungsfähigkeit ihrer Gebäude. Die Überwachung der Gebäudesystemleistung, des Energiebedarfs sowie der Energieversorgung wird effektiver und effizienter.

Die Plattform ist cloudbasiert, benutzerspezifisch und an die Gegebenheiten von Gebäuden anpassbar, unabhängig davon, ob man ein einzelnes Gebäude, einen Gebäudekomplex oder Liegenschaften überwachen will.

Mit dem Advantage Navigator werden große Mengen an Gebäudedaten gesammelt und analysiert. Das System zeichnet sich durch das leistungsstarke Berichtswesen und die Analysefähigkeit aus. Die erhaltenen Informationen können als Grundlage dienen, um einerseits die Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen zu optimieren und andererseits fundierte Entscheidungen zu treffen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

In seinem jüngsten Benchmark-Bericht zur Bewertung von Energiemanagementsoftware für Gebäude stufte das unabhängige Marktforschungsunternehmen Verdantix die Advantage-Navigator-Plattform von Siemens als führend in einem hart umkämpften Marktsegment ein.

KONTAKT
Siemens AG Österreich
Building Technologies Division
Siemensstraße 90
1210 Wien
Tel.: 051707-32290
building-technologies.at@siemens.com
www.siemens.at/bt

siemens.com/bt/navigator

LINDNER-KOMMUNALAKTION

DREI JAHRE GARANTIE UND SERVICE GRATIS

Der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner startet eine besonders attraktive Aktion für Gemeinden und Städte: Für alle kommunalen Lintrac-, Unitrac- und Geotrac-Modelle, die bis 15. Dezember 2015 bestellt werden, gewährt Lindner drei Jahre bzw. 1800 Betriebsstunden Garantie und bietet den Service laut Wartungsplan inklusive Servicepaketen und Arbeitszeit gratis an. Der Service wird mindestens einmal jährlich in einer zertifizierten Lindner-Fachwerkstätte oder beim Lindner-Servicepartner durchgeführt. Nicht enthalten sind Öle, Betriebsmittel sowie Verschleißteile.

KONTAKT
Lindners Kommunalaktion gilt für alle neuen Lintrac-, Unitrac- und Geotrac-Modelle, die bis **15. Dezember 2015** bestellt werden. Weitere Details zur Aktion gibt's auf **www.lindner-traktoren.at**

Unitrac-Serie: Vielseitige Transporter: Gemeinden in ganz Europa setzen auf die Unitrac-Transporter, die als vielseitige Geräteträger punkten. Technische Highlights der Serie sind die 4-Rad-Lenkung, die Einzelradfederung mit Niveauregelung sowie die Komfortkabine, die ohne Werkzeug seitlich um 50 Grad gekippt werden kann.

Geotrac 134ep: Im Traktorenbereich bietet Lindner mit dem Geotrac 134ep das optimale Modell für Kommunalprofis.

Der 134ep leistet 144 PS, das Getriebe gibt es bis zu 50 km/h. Die gefederte Kabine und die Frontachse punkten im anspruchsvollen Winterdienst mit langen Einsatzzeiten.

Lintrac: Stufenlos und wendig: Der Lintrac ist ein Standardtraktor mit Vierradlenkung, der dank LDrive-Bedienung besonders einfach zu bedienen ist. Beim Lintrac hat Lindner die jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung der Unitrac-Transporter genutzt. Das Ergebnis ist seine Wendigkeit, die hintere Achse lenkt bis zu 20 Grad ein.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

*Aktion gilt von 15. Juni bis 15. Dezember 2015 für alle Neubestellungen von Fahrzeugen in Kommunalaustattung (RAL 2011/Kommunalpaket) und ist nicht mit anderen Verkaufsaktionen kombinierbar. Siehe Aktionsblatt für genauere Informationen.

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol, lindner-traktoren.at

Lindner
Der echte Österreicher

1 **Männer-Spielzeug: Staatssekretär Mahrer und Wiens VP-Obmann Manfred Juraczka testeten die Profi-Geräte von Husquarna.**

2 **Beim Stand des Leuchtenexperten Philips ging den Besuchern im wahrsten Sinn des Wortes „ein Licht auf“.**

3 **Fitness-Geräte für Alt und Jung präsentierte Freegym GmbH.**

4 **Einen eigenen Info-Stand, der auch zahlreiche Besucher anlockte, hatte die „Initiative Pro Steildach“ – hier kommen Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer und Bundespräsident Heinz Fischer zu Besuch.**

5 **Die Ausstattung kommunaler und öffentlicher Einrichtungen, Fahrradinfrastruktur, Außenmöblierung stand bei Innovametall auf dem Programm.**

6 **Um IT-Wirtschaft und E-Government und generell Verwaltung, Hardware, Software, Schulung, Verwaltungsreform ging es auf dem Stand von CommUnity.**

7 **Viele Beratungsgespräche führte die Bank Austria-Kommunalmannschaft um Stefan Figl.**

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke und Fotos online auf **www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/** oder über die Website **www.kommunal.at**

JUBILÄUM: „500. GEMEINDE MIT K5

Neumarkt in der Steiermark geehrt

EINE SPONTANE EHRUNG ERGAB SICH AM MITTWOCH NACH DER VERLEIHUNG DES IMPULS-PREISES. DAS STEIRISCHE NEUMARKT WURDE ALS 500. K5-GEMEINDE AUSGEZEICHNET.

Bürgermeister Josef Maier (3. v. rechts) und sein Team nehmen als 500. k5-Gemeinde eine Skulptur entgegen. Im Bild auch die beiden Geschäftsführer der PSC, Konstantin Struckl und Raimund Koch (2. und 4. v. rechts).

Die kommunale Softwarelösung k5 Kommunalmanagement schreibt weiter Erfolgsgeschichte. Seit zwei Jahren ist k5 (eine Entwicklung der Partner gemdat Niederösterreich, gemdat Oberösterreich, Gemeindeinformatik, Kufgem-EDV und PSC Software & Consulting) in den Gemeinden erfolgreich im Einsatz.

Im Rahmen der Kommunalmesse 2015 wurde anlässlich der Impuls-Preisverleihung auch der 500. k5-Anwender, die Gemeinde Neumarkt in der Steiermark, vor den Vorhang geholt. Bürgermeister Josef Maier nahm die für diesen Anlass geschaffene Skulptur des Weizer Bildhauers Albert Schmuck entgegen. Überreicht wurde der Award unter anderem durch den Geschäftsführer der PSC, Konstantin Struckl, der Bürgermeister Josef Maier zu dem tollen Projekt gratulierte. Bgm. Maier: „Eine der größten Herausforderungen war bei sieben zu fusionierenden Verwaltungen die Umsetzung eines neuen IT-Konzeptes. Der Österreich-Standard k5 gibt uns die entsprechende Zukunfts- und Investitionssicherheit“.

Auch auf der Kommunalmesse war das Feedback der Anwender äußerst positiv. Das Softwarekonzept, das die Bedürfnisse des Anwenders konsequent in den Mittelpunkt stellt, ist voll aufgegangen, wie die beeindruckenden Zahlen belegen: Rund 1130 Gemeinden, Städte und Gemeindeverbände haben sich bereits für k5 Kommunalmanagement entschieden und mehr als 580 k5-Kunden arbeiten bereits heute im Echtbetrieb.

1 **Die meiste Zeit herrschte ziemliches Gedränge am Stand der Strabag AG.**

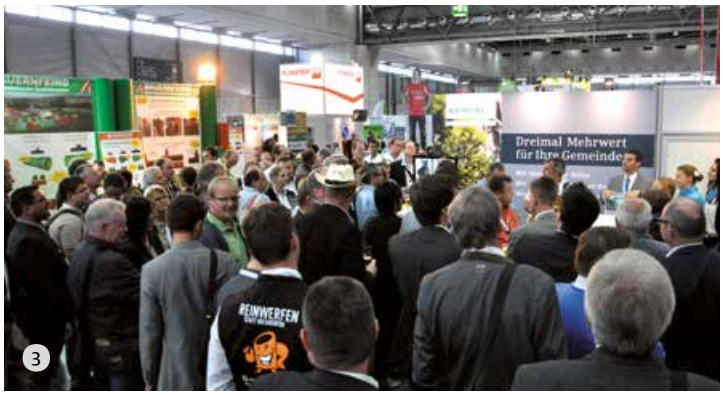
2 **Den Zeppelin-Rüttler durfte HBP Heinz Fischer leider nicht probieren, aber die Funktionsweise ließ er sich erklären.**

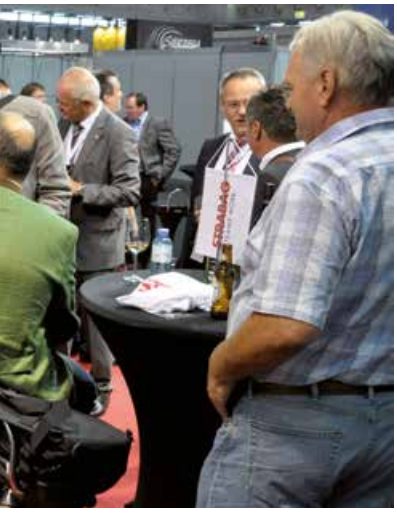
3 **Preisziehung: Auch ohne einen iPad drängten sich die Delegierten bei Siemens.**

4 **Die Brückenbauer von D2 – Duschek & Duschek – hielten nicht nur gelungene Vorträge beim Open Space, ihr Messestand lockte auch jede Menge Besucher an.**

5 **Interssiert erkundete Heinz Fischer beim ARA-Stand die Mitbringsel.**

6 **Einer der Renner der KOMMUNALMESSE 2015 war der Indoor-Sauger von Stangl. Der leise Dauerläufer und -sauger zog so manchen begehrliche Blick eines Praktikers aus einer Gemeinde auf sich.**





BIG

Gemeinsam mit unseren Kunden schaffen wir, die Bundesimmobiliengesellschaft, optimale Wirkungs-, Arbeits- und Lebensräume.

Durch unser holistisches Denken und Handeln sorgen wir für eine effiziente Bewirtschaftung und Betreuung bis hin zur Verwertung unserer Immobilien - und das in ganz Österreich.

www.big.at

Entgeltliche Einschaltung

FACHTAGUNG

EINE AUFGABENREFORM **TUT NOT**

Zuerst hieß es, er kommt nicht. Umso größer war die Überraschung, als Finanzminister Hans Jörg Schelling am Ende der Fachtagung dann doch erschien.

Viele hatten es wohl für eine billige Ausrede gehalten, als bekannt wurde, dass der Finanzminister sich wegen der Vorbereitung auf den heute stattfindenden Asylgipfel entschuldigen ließ. Dass er dann, als die Fachtagung schon fast zu Ende war, plötzlich doch im Saal stand, wurde allseits als Zeichen der Wertschätzung der Gemeinden angesehen. Moderator Peter Filzmaier nutzte die Gelegenheit und verlängerte die Veranstaltung.

Inhaltlich brachte Schelling die selben Forderungen wie auch schon im Interview in der September-Ausgabe von KOMMUNAL: Wichtig sei es, dass Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in eine Hand kommen. Und diejenige politische Ebene, die eine Aufgabe übernimmt, solle auch die dafür notwendigen finanziellen Mittel bekommen – also nicht über den Umweg von Transferzahlungen. Möglichkeiten, die bestehen, sollten auch wahrgenommen werden müssen. Es sollte nicht möglich sein, dass eine Gemeinde beispielsweise auf die Grundsteuer verzichtet, aber im Finanzausgleich dafür Geld verlangt.

Die Frage nach der Aufgabenreform war auch schon zu Beginn der Veranstaltung gestellt worden. Filzmaier hatte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit einer Aussage, die ebenfalls aus dem September-Heft von KOMMUNAL stammt, konfrontiert. „Die Ausgabenreform ist de facto abgesagt“, heißt es dort. Und: Es sei zu befürchten, dass alles noch komplizierter werde als bisher. Mödlhammer stellte klar, dass eine Neuaufteilung der Kompetenzen enorme Einsparungen bringen würde. Aufgaben sollten von jener Ebene gelöst werden, die das am besten könne. Als Beispiel nannte er die Kinderbetreuung. Derzeit seien die neun Länder, fünf Ministerien und die 2100 Gemeinden zuständig. „Die Gemeinden hätten die Kompetenz, das zu managen“, meinte der Gemeindebund-Chef.

> **DIEJENIGE EBENE,** DIE EINE AUFGABE ÜBERNIMMT, SOLL AUCH DIE DAFÜR NOTWENDIGEN MITTEL BEKOMMEN.“
>
> Finanzminister
> **Hans Jörg Schelling**

Ministerialrat Anton Matzinger vom Finanzministerium, der eigentlich Schelling vertreten sollte, stellte klar, dass an einer Aufgabenreform gearbeitet werde, warnte aber vor zu großen Erwartungen. „Eine FAG-Reform kann nicht eine Staatsreform ersetzen.“

Bei der Diskussion über die Sinnhaftigkeit eines Steuerwettbewerbs stellte sich die Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig auf die Seite derer, die einen derartigen Wettbewerb ablehnen. „Das würde die Sache nur noch komplizierter machen, ohne dass sich im Ergebnis viel ändern würde“, meinte sie. In einem vereinten Europa solle es eher eine Angleichung der Steuern geben. Moderator Filzmaier vermutete, dass Schaunig vor allem aus ihrer Sicht als Finanzreferentin des Landes Kärnten sprach, weil man sich dort einen Steuerwettbewerb einfach nicht leisten könne.

Ganz anders sah die Angelegenheit Ministerialrat Matzinger. „Experten sehen die mangelnde Steuerautonomie der Länder als Effizienzbremse“, sagte er. In der Schweiz, wo es wesentlich mehr Autonomie gibt, denke niemand daran, das System zu ändern. Natürlich wolle man kei-

Titel der Fachtagung war „Gerechte Verteilung der Mittel, kommunales Rechnungswesen und die Auswirkungen der Steuerreform". Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, die Kärntner Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig, Univ.-Prof Gottfried Haber und Manfred Matzinger vom Finanzministerium (der bis zum Eintreffen von Minister Schelling diesen vertrat) diskutierten unter der Moderation von Peter Filzmaier.

Unmittelbar nach der Regierungsklausur war Hans Jörg Schelling ins Auto gestiegen und zur Fachtagung gekommen – und bewies damit einen Mut, den etliche Regierungsmitglieder nicht aufgebracht hatten.

ne zweite Steuerverwaltung, aber „wir wollen, dass die Länder mehr entscheiden können, wie viel sie einnehmen".

Finanzexperte Gottfried Haber von der Donau-Universität Krems nahm eine Vermittlerposition ein: Er sprach sich im Wesentlichen für mehr Autonomie aus, meinte aber, dass sich nicht alle Steuern dafür eignen würden. Die Grundsteuer eigne sich allerdings gut, eine Steuerautonomie zu verwirklichen.

In der Frage der Haushaltsrechtsreform wehrte sich Mödlhammer dagegen, dass den Gemeinden oft vorgeworfen wird, Schulden zu verstecken. „Das stimmt nicht", sagte er. „Wir wollen klare Regelungen. Man soll sehen, wie viele Schulden eine Gemeinde hat." Auch Gaby Schaunig meinte: „Wir brauchen neue Spielregeln, um mehr Transparenz zu erreichen." Eines sei aber zu beachten: „Was betriebswirtschaftlich nötig ist, kann volkswirtschaftlich falsch sein." Ein Staat, ein Land oder eine Gemeinde könne nicht wie ein Unternehmen agieren.

Gemeindebund-Chef Mödlhammer forderte auch eine Bremse für die Gesetzesmaschinerie. „Wir brauchen nicht jede Woche ein neues Gesetz!" rief er in den Raum und erntete damit den Applaus des Publikums. Den Gemeinden werde ständig durch neue Vorschriften Prügel zwischen die Beine geworfen. Als Beispiel nannte er die von mancher Seite geforderte Akademisierung von Pflegepersonal oder Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen. Experte Haber meinte, dass es in einem Land von der Größe Österreichs in vielen Bereichen sinnvoll sei, wenn es Vorgaben auf Bundesebene gibt. Es solle aber die Möglichkeit geben, Mindeststandards zu übertreffen – etwa bei der Mindestschülerzahl in Schulklassen. „Eine Gemeinde soll durchaus die Möglichkeit haben, Schwerpunkte zu setzen und für eine Sache mehr auszugeben und dafür bei einer anderen zu sparen."

STARKE LEISTUNG

APOTHEKEN SICHERN NAHVERSORGUNG

Eine Apotheke ist ein wesentlicher Pfeiler in der Gesundheitsversorgung und wertet jede Gemeinde auf. Sie stärkt die Infrastruktur im Ort und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen drohende Abwanderung. Öffentliche Apotheken werden persönlich von Apothekerinnen und Apothekern betrieben, die vor Ort Arbeitsplätze, Frequenz und noch dazu mehr Gesundheit bringen.

Eine Apotheke ist ein Gewinn für jede Gemeinde.

In Österreich gibt es 1350 öffentliche Apotheken, die alle privatwirtschaftlich als unabhängige Betriebe von einer Apothekerin oder einem Apotheker geführt werden. Durch die stetige Zunahme der Zahl der Apotheken wird die Arzneimittelversorgung der Österreicherinnen und Österreich ständig verbessert. In einer Apotheke arbeiten durchschnittlich 12 Personen, 11 davon sind Frauen. Insgesamt haben mehr als 16.000 Personen in den österreichischen Apotheken einen sicheren und hochqualifizierten Arbeitsplatz. Ein durchschnittlicher Apothekenbetrieb zahlt der Gemeinde Kommunalsteuer in Höhe von 6000 – 7000 Euro/Jahr. „Zum Glück haben wir eine Apotheke im Ort" sagen deshalb viele Bürgermeister.

Präsident Mag. pharm. Max Wellan sind die Wünsche der Gemeinden ein großes Anliegen.

In den letzten zehn Jahren wurden in 64 Gemeinden in Österreich Apotheken neu eröffnet, wo es vorher noch gar keine Apotheke gab. Das ist nicht weiter verwunderlich, ist eine Apotheke doch ein Gewinn für jede Gemeinde. Bei vielen Bürgerbefragungen wird eine öffentliche Apotheke als größter Wunsch der Bevölkerung genannt. Es braucht jedoch gewisse Rahmenbedingungen, damit sich eine Apotheke vor Ort niederlassen darf. Der Betrieb einer neuen öffentlichen Apotheke bedarf einer behördlichen Bewilligung – nämlich der Verleihung der „Konzession". Die Konzession ist bei der Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Gebiet der Standort der Apotheke geplant ist, zu beantragen. Ausschlaggebend dafür sind die persönliche Eignung des Apothekers (Studium, Berufsberechtigung etc.), lokale Gegebenheiten und rechtliche Bedingungen.

Aufklärung und Information über Arzneimittel

Eine öffentliche Apotheke ist eine Aufwertung für eine Gemeinde. Die Apothekerinnen und Apotheker beraten ihre Kunden gewissenhaft bei der Wahl der Medikamente, der richtigen Einnahme und Dosierung, wie auch bei Wechselwirkungen. Diese wichtigen Beratungsleistungen werden von den Kunden immer stärker in Anspruch genommen. Denn die Apotheke steht für beste Qualität und vermittelt ein Gefühl der Sicherheit bei der Einnahme von Medikamenten.

ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERKAMMER

MEHR INFOS
Österreichische Apothekerkammer
www.apothekerkammer.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMENTAR

RUDI MAISRIML: SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR BARRIEREFREIHEIT

Tourismus **für alle?**

Viele Gemeinden verfügen über äußerst attraktive Angebote für Touristen aus dem In- und Ausland: im Sommer wie im Winter, sportlich, gemütlich, naturnah oder kulturbeflissen. Doch das Thema „Tourismus für alle“ – also barrierefreier Tourismus – kommt hierzulande erst zaghaft ins Blickfeld. Menschen werden immer älter, und bereits jetzt ist Hälfte der Zielgruppe älter als 65 Jahre – Tendenz steigend. Mobilitätseinschränkungen, Sinnesbehinderungen oder kognitive Behinderungen, wie sie bei älteren Menschen zunehmend auftreten, sind nicht zwangsläufig ein Hindernis beim Reisen und Urlauben. Dies haben inzwischen viele Tourismusexperten erkannt und setzen gezielt auf barrierefreie Konzepte. Wichtig für die Zielgruppe „Menschen mit Behinderungen“ sind Vernetzungen von barrierefreien Angeboten und Infrastruktur. Vielleicht haben Sie ja bereits jetzt in Ihrer Gemeinde das eine oder andere barrierefreie Angebot, das sich mit anderen touristischen Highlights kombinieren ließe. Dadurch entstehen barrierefreie Regionen, die ihren Gästen mit Behinderungen ein vielfältiges Urlaubsangebot zur Verfügung stellen. Menschen mit Behinderungen haben übrigens keine „besonderen Bedürfnisse“. Zwar benötigen sie ein Mindestmaß an Barrierefreiheit, ansonsten sind sie Gäste wie alle anderen, mit ebensolchen Ansprüchen an Erholung in Natur, Sport und Kultur.
Aktuelle Studien zum barrierefreien Tourismus betonen dennoch Besonderheiten: Menschen mit Behinderungen informieren sich sehr eingehend über das Urlaubsziel; sie planen genauer. Und haben sie sich für eine Destination entschieden, bleiben sie oft länger. Außerdem sind meist auch mehr Begleitpersonen beteiligt; oft ist hier gleich die ganze Familie mit an Bord.

rudi.maisriml@oeziv.org
Rudi Maisriml ist Experte für Barrierefreiheit beim ÖZIV – Interessensvertretung für Menschen mit Behinderung

EUROPA
FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ wollen das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und die Vertretung der Europäischen Kommission BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Wissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln – damit die EU auch in den österreichischen Gemeinden (be)greifbarer wird.

Servicepaket für Europa-GemeinderätInnen
- EU-Helpline im Außenministerium
- E-Mail-Newsletter mit kompakten Informationen und Fakten zu aktuellen EU-Fragen
- Bildungs- und Informationsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel
- maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung
- jährliches Netzwerktreffen der Europa-GemeinderätInnen

Europäische Kommission

Nehmen Sie diese Serviceleistungen in Anspruch und beteiligen Sie sich an dieser Initiative!

KONTAKT: Tel.: +43 (0)50 11 50–3997 | E-Mail: abti3@bmeia.gv.at
www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete

EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

1 Bundespräsident Heinz Fischer stand natürlich im Mittelpunkt des Medieninteresses. Dennoch zeigte er sich auch heuer wieder – auf seiner letzten Messe als Präsident – als einer der eifrigsten Messebesucher. Hier einige seiner Stationen:

2 Auf dem Stand des Verkehrszeichenanbieters Neuhauser.

3 Die Europa-Gemeinderats-Initiative von Gemeindebund und BMieA war ein Pflichtbesuch.

4 Die Profi-Linie von Hawle „Kontinentale“ lockte Heinz Fischer ebenfalls an.

5 Das Angebot der Planungs- und EDV-Spezialisten von ÖKOM interessierte unseren Staatschef.

6 Ein Selfie am Siemens-Stand.

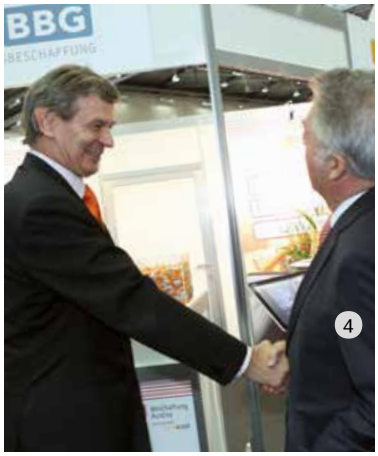
7 Wie immer war der Stand der E-Werke Wels einer der zentralen Anlaufpunkte dieser Messe. Kein Wunder, dass es auch den Bundespräsdidenten hier her zog.

8 Für ein Fotoposing mit den Charmanten KOMMUNAL-Mädels beim Caterpillar-Stand fand der Bundespräsident auch noch Zeit.

„ICH WOLLTE SCHON IMMER **IN DER ZIB 2** DIE ROLLE DES INTERVIEWERS ÜBERNEHMEN.“

„**ICH AUCH**.“

Dialog bei der Fachtagung zwischen Peter Filzmaier und Finanzminister Schelling.



1 **Nahversorgung auch für den Bundespräsidenten am Stand der Apothekerkammer.**

2 **Ein „MUSS“ für viele Bürgermeister: Die Autorennbahn der Hypo NÖ zog so manchen magnetisch an.**

3 **In Zeiten wie diesen ist eine gute Versicherung unabdingbar – wie der Andrang am Stand der Wiener Städtischen zeigte.**

4 **Ein Besuch bei der Bundesbeschaffungsagentur BBG stand für UHBP natürlich auch auf dem Programm.**

5 **Das Informationsangebot von Raiffeisen Leasing wurde gerne angenommen.**

COMPURITAS

LEISTBARE LÖSUNGEN FÜR NACHHALTIGE GEMEINDEN

Professionelle Businesscomputer für Gemeinden und Schulen zu leistbaren Preisen beschaffen und dabei auch noch die Umwelt schonen? Mit Compuritas geht das!

Das simple Wörtchen „re-use" steht für die professionelle Aufbereitung von Alltagsprodukten, die bereits einmal in Gebrauch waren und eine „zweite Nutzung" erhalten. Im Falle des Compuritas Hardware-Vergabeprogramms geschieht dies mit hochwertigen PC-Systemen und Notebooks, wie sie ansonsten meist nur in österreichischen Großunternehmen verfügbar sind. Diese Businessgeräte werden von Compuritas nach deren steuerlicher Abschreibung übernommen, in den betriebseigenen Werkstätten generalüberholt und infolge zu Topkonditionen wieder in Verkehr gebracht.

Ausgezeichnete Arbeit: Dieses innovative Konzept hat der Grazer Firma bereits zahlreiche Preise eingebracht, darunter der österreichische Klimaschutzpreis, Trigos und ÖGUT-Umweltpreis. Abseits der öffentlichen Anerkennung hat sich Compuritas einen sehr guten Ruf als verlässlicher EDV-Partner für öffentliche Institutionen, Schulen und Vereine aufgebaut. Dabei spielen nicht nur bis zu 60-prozentige Kostensenkungen bei der EDV-Beschaffung eine Rolle, das steirische Unternehmen überzeugt auch durch seinen hohen Grad an Verlässlichkeit und technische Beratung auf menschlicher Ebene.

Nachhaltigkeit mit Mehrwert für Mensch und Umwelt: Durch das Hardware-Vergabeprogramm wird die Nutzungsdauer von EDV-Geräten um 50–100 Prozent verlängert. Im Vergleich zum Kauf von neuer Hardware bewirkt das eine produktionsbedingte Einsparung von bis zu 550 kg CO_2, 15 kg Chemikalien, 160 kg fossilen Brennstoffen und 900 Litern Wasser – pro Gerät! Der ökologische Nutzen ist somit enorm und zählt neben der Vision zur Schaffung eines leistbaren Zugangs zu Alltagstechnologie für alle Gesellschaftsgruppen zu unseren Hauptzielen.

Businesshardware mit Nachhaltigkeitsfaktor. So können Sie profitieren:

- ausschließlich hochwertige PC-Systeme und Notebooks
- bis zu 60% Kosteneinsparung bei Hardwarekauf
- spezielle Rabatte für Schulen und Vereine!

FOTO/COPYRIGHT Peter Lechner/HBF

Compuritas – seit der Kommunalmesse 2015 auch mit „präsidialem Segen".

MEHR INFOS
Compuritas GmbH
Annenstraße 49
8020 Graz
Tel. +43(0)316/890309
info@compuritas.at

www.compuritas.at
http://shop.compuritas.at

- 24 Monate Garantieleistung (optional auf 36 Monate)
- Gerätereparatur und -service in betriebseigenen Werkstätten
- technische Beratung auf menschlicher Ebene

Achtung: Bis Ende 2015 erhalten Gemeinden in ganz Österreich einen **Kommunalrabatt von fünf Prozent** auf alle re-use-Geräte!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

COMM UNITY

GeOrg – Herzstück einer modernen Verwaltung.

Der Städte- und Gemeinde-Organisator erleichtert das Management und steigert die Wirksamkeit der Verwaltung.

Städte und Gemeinden haben ein enormes Aufgabengebiet, welches sich laufend vergrößert. GeOrg hilft den Verwaltungen ihre Agenden leichter und besser zu bewältigen.

Nach Bund und Ländern folgen nun auch Städte und Gemeinden und nutzen die weltweit führende Wirtschaftssoftware SAP, in der Weiterentwicklung als GeOrg. Alle vorhandenen Register wie ZMR, LMR, Unternehmensregister oder FinanzOnline sind in GeOrg integriert – ebenso die Verschmelzung von Kameralistik und Doppik für Gemeinden. Der Städte- und Gemeinde-Organisator sorgt für mehr Effizienz, weil er den Fokus auf die wichtigsten und dringendsten Themen lenkt und somit hilft, die Ressourcen optimal zu nutzen. ***www.gemeindeorganisator.at***

Comm-Unity – die Zukunft gemeinsam gestalten!

GEORG

STÄDTE- UND GEMEINDE-
MANAGEMENT

HERZSTÜCK EINER
MODERNEN VERWALTUNG

BENUTZERFREUNDLICHE UND EFFIZIENTE STEUERUNGSINSTRUMENTE

SICHERE DATEN VON HÖCHSTER QUALITÄT

COMM-UNITY EDV GMBH PROF.-RUDOLF-ZILLI-STRASSE 4 8502 LANNACH T +43 3136 800 - 0 OFFICE@COMM-UNITY.AT WWW.COMM-UNITY.AT

KOMMUNALMESSE

BILDER EINER **AUSSTELLUNG**

Delegierte aus ganz Österreich informierten sich an den ersten beiden Tagen der KOMMUNALMESSE über die Angebote der Wirtschaft für Österreichs Gemeinden.

1 **Das schöne Wetter des Donnerstags lockte viele Besucher auf das Freigelände. Besonders die Reinigungsexperten von Kärcher waren ein Besuchermagnet.**

2 **Sonnenschein stand auch beim Photovoltaik-Anbieter S&H Connect im Mittelpunkt.**

3 **Die Errichtung und Sanierung kommunaler Bauten, Mauerentfeuchtung und Infrarotwandtrocknung hat sich die Firma Haustrocken.com auf ihre Fahnen geschrieben.**

4 **Alles über das Thema Reinigung und Hygiene gab es beim Stand von hollu zu erfahren.**

5 **Im Zeppelin-Geschicklichkeitstest mit den Baggern machten manche Frauen den Männern ernste Konkurrenz.**

6 **Stangl präsentierte nicht nur Outdoor-Maschinen, auch Reinigungsgeräte für Indoor machten Furore.**

7 **Jede Menge verschiedenster Angebote gab es bei GW St. Pölten integrative Betriebe GmbH.**

8 **Kommunale Beleuchtung und Weihnachtsbeleuchtung gab es beim Stand der Firma Posch zu bestaunen.**

9 **Auch heuer wieder hatten die Delegierten Gelegenheit, mit schmetternden Schlägen ihre eigene Gedenkmünze zu prägen.**

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke und Fotos online auf **www.flickr.com/photos/134119981@N02/albums/** oder über die Website **www.kommunal.at**

10 **Der Stand von Porr Bau hatte keine Schilder nötig. Viele Delegierte kamen vorbei, um sich Infos zu holen.**

11 **Die Krankentransporter vom Grünen Kreuz stellten ihr Leistungsspektrum vor.**

12 **Die Experten von Kigago hielten nicht nur spannende Vorträge, auf ihrem Stand informierten sie noch detaillierter über ihr Angebot.**

AUF DER KOMMUNALMESSE

PHILIPS PRÄSENTIERTE SICH ALS VERNETZTER LICHTPARTNER

Auf der Kommunalmesse 2015 zeigte Philips Lighting, welchen Mehrwert intelligente Beleuchtungs- und Lichtregelsysteme Gemeinden und Städten bieten können.

„Mit diesen innovativen Beleuchtungslösungen ist es uns gelungen, viele Interessenten aus den Gemeinden auf der Messe anzusprechen. Wir nutzen die Kommunalmesse gerne als Plattform für den kommunikativen Austausch mit den kommunalen Entscheidungsträgern. Denn wir sind überzeugt, dass in den intelligenten Beleuchtungslösungen für Städte und Gemeinden die Zukunft liegt. Und ein intensiver Dialog zwischen Hersteller und Anwender gibt uns die Möglichkeit, unsere Lösungen noch besser an Kundenbedürfnisse anzupassen", so Norbert Kolowrat, Vertriebsleiter Philips Lighting Österreich.

FOTO: Petra Spiola

Norbert Kolowrat, Vertriebsleiter Philips Lighting

Der Philips-Messestand auf der Kommunalmesse 2015.

Philips CityTouch Telemanagementsystem

„Lebensräume schaffen – Zukunft gestalten" war das Motto der heurigen Kommunalmesse. Passend dazu präsentierte Philips das intelligente Telemanagementsystem CityTouch. Das einzigartige System bietet ein intelligentes und flexibles Lichtmanagement, das es Städten erlaubt, ihre Beleuchtung an alle wechselnden Bedingungen und Situationen, wie Jahreszeiten, Wetter oder Verkehrsaufkommen, anzupassen. Über eine zentrale Online-Schnittstelle ermöglicht CityTouch die komplette Straßenbeleuchtung einer Stadt zu erfassen und zu steuern.

Standardleuchte Wien

Auch die neue Standardleuchte für Wien, für die die MA 33 die Standard-Schnittstelle entwickelte, begeisterte die Messebesucher. Diese standardisierte Philips-Leuchte ermöglicht es der Stadt, Wien zukünftig in punkto Beleuchtung ein einheitliches Stadtbild zu verleihen.

Seit Jänner 2015 ist bereits ein großer Bereich des Stadtteils Seestadt Aspern mit diesen LED-Leuchten ausgestattet. Bis Ende des Jahres werden in diesem Gebiet gesamt circa 900 dieser Leuchten verbaut. Die Leuchte ist so konstruiert, dass eine präzise Lichtlenkung möglich ist, der Streulichtanteil auf ein Minimum reduziert wird und das Leuchtmittel in ihrem Gehäuse unkompliziert und schnell gewechselt werden kann. Das vereinfacht die Instandhaltung und senkt die Kosten. Als neue Standardleuchte kommt sie künftig mit drei verschiedenen Kopfgrößen in ganz Wien zum Einsatz.

Standardleuchte Wien für ein einheitliches Stadtbild .

KONTAKT
Philips Austria GmbH
Kranichberggasse 4
1120 Wien
Tel. 01/60101-1286
philips.licht.austria@philips.com

PHILIPS

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

PFLEGER VISION
see and solve

Modernste Blickmessungen – Ergebnisse in Echtzeit

Der Einsatz von Blickanalysen ermöglicht die sicherheitstechnische, wahrnehmungsphysiologische und psychologische Bestandsprüfung für diverse Einsatzbereiche:

- **Verkehrssicherheit** für Fußgänger, Radfahrer und Road-Safety Inspections, bevor sich Unfälle ereignen.
- **Leitsysteme und Wegweisung** für Orientierung, Verständlichkeit und Lesbarkeit
- **Evaluierung** für Usability von Einsatzzentralen, Schaltzentralen und Leitstellen.
- **u.v.a.m.**

High-Tech aus Österreich - Verschaffen Sie sich den Durchblick!

pflegervision ist die modernste Eye-Tracking-Brille zur mobilen Analyse des Blickverhaltens in Echtzeit im realen Umfeld. Dieses hochpräzise Messsystem umfasst eine leichte Designerbrille aus hochwertigem Kunst-stoff mit 3 integrierten Kameras sowie die komplette Hard- und Software zur selbstständigen wissenschaftlichen Auswertung.

Die Testperson wird nicht eingeschränkt, das Blickverhalten wird nicht beeinflusst. So wird es möglich, die Blickbewegungen genau aufzuzeichnen und zu wissen, was eine Person sieht oder nicht sieht. Sogar die bisher schwer messbaren peripheren Bereiche des Blickfeldes werden mit dem integrierten Weitwinkelobjektiv erfasst. pflegervision liefert daher wichtige Kennzahlen für die Sicherheitsarbeit.

Mit dem gezielten Einsatz von pflegervision werden wichtige Messungen der Wahrnehmung, Gefahrenerkennung und Reaktion sichtbar. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analysen können direkt in die Maßnahmensetzung eingebunden werden und gewährleisten neueste Sicherheits-standards.

- Extreme Genauigkeit und unverfälschte Blickmessung in Kombination mit einfacher Handhabung
- 15 Jahre wissenschaftliche Erfahrung und Know-How
- Hohe Qualität und nachhaltige Produktion - Made in Austria
- Ergebnisse in Echtzeit

pflegervision - see and solve
www.pflegervision.com

powered by
VIEW POINT SYSTEM

KOMMENTAR

HÄNDE WEG VON DEN **GEMEINDEABGABEN**

Vor dem Sommer fanden die ersten Runden zum neuen Finanzausgleich statt – mit einer Diskussion zur Stärkung der Abgabenautonomie der Länder.

Immer wieder kam dabei das Argument, die Länder würden nur das Geld des Bundes ausgeben und sich vor einer eigenen Einnahmeverantwortung drücken. Richtig ist, dass die Länder kaum über eigene Abgabenertragshoheit verfügen. Sie sehen das Thema unterschiedlich. Manche treten dafür ein, andere lehnen sie ab. Finanzstarke erhoffen sich dadurch Mehreinnahmen, finanzschwächere befürchten Nachteile. Auch die Experten (Workshop des Fiskalrates) sehen eine Stärkung der Abgabenautonomie durchaus kritisch. Nur wenige Abgaben (Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, da sie einen entsprechenden Ertrag bieten müssten) eignen sich überhaupt dafür, ein zusätzlicher administrativer Aufwand muss jedenfalls vermieden werden und Ausgleichsmechanismen müssen geschaffen werden.

Für die Gemeinden haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die Situation anders ist. Die Gemeinden erhalten rund 6,3 Milliarden Euro kassenmäßige Ertragsanteile. Sie verfügen über ausschließliche Gemeindeabgaben mit der Kommunalsteuer und der Grundsteuer als die wichtigsten. Sie machen rund drei Milliarden Euro aus. Rechnet man die Gebühren, die auch von den Gemeinden eingehoben werden – in manchen Ländern werden diese Aufwendungen über Steuern finanziert – dazu, so beträgt der Anteil der durch die Gemeinden selbst eingehobenen Abgaben weit mehr als 50 Prozent.

Über den Sommer wurde vom Finanzministerium im Rahmen der Arbeitsgruppen untersucht, welche Abgaben sich für eine Abgabenautonomie der Länder eignen und welche nicht. Überraschenderweise finden sich im Katalog der für mehr Abgabenautonomie der Länder geeigneten Abgaben die Grund- und die Kommunalsteuer, während Einkommen- und Körperschaftssteuer erst geprüft werden müssten.

> „WELCHEN SINN MACHT ES, DIE ABGABEN-AUTONOMIE DER LÄNDER AUF KOSTEN **DER GEMEINDEN** ZU STÄRKEN?“

Selbst der grundsätzlichen Eignung muss von vornherein aufs schärfste widersprochen werden. Welchen Sinn macht es, die Abgabenautonomie der Länder auf Kosten der Gemeinden zu stärken? Als nächstes wird dann wieder den Gemeinden vorgeworfen, dass sie ihre Abgaben nicht ausschöpfen und nur vom Bund oder den Ländern leben. Wenn schon an die Kommunal- und Grundsteuer gedacht wird, soll dabei die Abgabenautonomie der Gemeinden gestärkt werden. Die Forderungen nach Reduzierung der Ausnahmen von der Kommunalsteuer und eine Reform der Grundsteuer wurden längst erhoben. Sie sollten nur vom Bund endlich umgesetzt werden. Bei der Grundsteuer gehört auch das Bewertungsgesetz reformiert, dann wären die Gemeinden auch bereit, die Bewertung selbst vorzunehmen. Die Ermächtigung, durch den Bund für die Länder eine zeitliche Grundsteuerbefreiung vorzusehen, gehört ebenso beseitigt wie einige Ausnahmen im Grundsteuergesetz. Damit kann auch nicht mehr der Vorwurf erhoben werden, die Gemeinden würden die Grundsteuer nicht einheben.

Sollte das Vorhaben „Stärkung der Abgabenautonomie der Länder“ weiter verfolgt werden, so darf dies nicht zu Lasten der Gemeinden erfolgen. Die Abgabenautonomie der Gemeinden gehört gestärkt und nicht geschwächt. Entsprechende Vorschläge wurden schon unterbreitet. Leider finden sie sich nicht in den Arbeitspapieren.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

WER IST TONI SCHRUF?

ALS BESTER PARTNER DER SEMMERING-REGION ORGANISIERTE ER DIE ERSTEN SKIRENNEN MITTELEUROPAS.

SCHON MEHR ALS 1400 GEMEINDEN VERTRAUEN AUF DIE BAWAG P.S.K.

Vertrauen Sie auf Ihren besten Partner für Ihre Gemeinde.

Wer Großes vorhat, kann sich auf die Business Solution PartnerInnen der BAWAG P.S.K. verlassen. Mehr als 1400 Gemeinden vertrauen auf unsere Kompetenz und Erfahrung. Auch für die Weiterentwicklung Ihrer Gemeinde finden wir gemeinsam den besten Weg. Näheres dazu erfahren Sie unter www.bawagpsk.com/firmenkunden

Mitten im Leben. Mitten im Business.

BAWAG PSK

Bild: © Winter!Sport!Museum! Mürzzuschlag/picturedesk.com

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Winterliche Vielfalt

Die diesmalige Ausgabe von KOMMUNAL widmet sich dem Themenbereich „Winter“. Insbesondere der Wintertourismus ist ein Schlüsselbereich für die österreichische Wirtschaft und damit auch für die Gemeinden von großer Bedeutung. Österreich gilt seit jeher als beliebtes winterliches Reiseziel für Gäste aus aller Welt und gerade die Kommunen sind Garanten dafür, unser Land als vielfältige Erholungsdestination zu profilieren.

Dabei reicht es aber nicht, medienwirksame Events zu veranstalten oder schneeweiße Flyer zu verteilen. Auf kommunaler Ebene sind die BürgermeisterInnen schon viel früher gefordert, um ihre Heimatgemeinden winterfit zu machen. Mit antizyklischen Investitionsplanungen sind etwa Räumfahrzeuge und Streusalz rechtzeitig in Einsatz zu bringen oder Eisbruch- und Lawinenschutzmaßnahmen zu treffen.

Und wenn es drauf ankommt, sind natürlich auch die BürgerInnen gefordert. Mehr als die Hälfte aller befragten BürgermeisterInnen stimmt in der aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend-Umfrage der Aussage zu, dass sich die Bürger an winterlichen Hilfseinsätzen und Veranstaltungen aktiv und freiwillig beteiligen – dies ist ob der vielerorts beklagten Verdrossenheit ein beachtlicher Wert. Vorausschauende Winterplanung beinhaltet also auch, besonders auf die Bedürfnisse der Anrainer Rücksicht zu nehmen.

> „Der Winter ist die Zeit **der Planung** und der **gemeinsamen Aktivitäten.**“

Für die Entscheidungsträger ist der Winter zudem die Zeit für Konsolidierung und Perspektivenerarbeitung. Erfahrungsgemäß stehen dabei viele Planungsschritte im Raum: Gebäude sollen saniert werden, die Feuerwehren benötigen geeignete Ausrüstungsgegenstände und zudem müssen Schutzmaßnahmen, wie etwa Wildbachverbauung, umgesetzt werden.

So gesehen stellt sich der Winter gleichermaßen als Zeit der Planung und der gemeinsamen Aktivitäten dar, zum Wohle unserer Gemeinden und der Besucher.

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK FINANZCHECK

GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Herausforderung für den Finanzausgleich

Vor einigen Wochen legte die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) ihre Regionalprognosen zur Bevölkerungsentwicklung bis 2030 vor. Wie die unten stehende bundesländerweise Darstellung dieser Prognose zeigt, wächst die Einwohnerzahl (mit Ausnahme Kärntens) auch weiterhin. Dieses Wachstum wird jedoch fast ausschließlich durch Zuwanderung erreicht, und der Trend der Alterung der Bevölkerung hält an. Allen Bundesländern voran wird Wien mit über 17 Prozent bis 2030 wachsen, neben Wien werden nur Tirol und Vorarlberg über dem Österreich-Durchschnitt von 8,3 Prozent liegen.

Regional gesehen, werden 34 der aktuell 114 österreichischen Bezirke bis 2030 Einwohner verlieren. In Kärnten sind dies 7 von 10 Bezirken, mit Ausnahme von Klagenfurt, Villach und Klagenfurt-Land. Auch 9 von 13 steirischen Bezirken werden Einwohner verlieren, hier führt hauptsächlich der prognostizierte Zuwachs der Stadt Graz von fast 16 Prozent dazu, dass die Steiermark weiterhin wächst. Die prozentuell größten Verlierer sind die Bezirke Leoben, Liezen und Wien-Innere Stadt mit einem Minus von rund 8 Prozent. Die größten Gewinner sind Wien-Favoriten und Wien-Donaustadt mit rund plus 22 Prozent, gefolgt von Wien-Simmering und Wien-Umgebung mit rund 19 bzw. 17 Prozent.

Die höchst unterschiedliche regionale Entwicklung der Einwohnerzahlen ebenso wie die sozio-demografischen Trends führen zu großen Herausforderungen für die Finanzierung kommunaler Aufgaben. Die Gemeinden, die im Gegensatz zu Bund und Ländern in sehr hohem Ausmaß Pflichtaufgaben erbringen, werden künftig noch stärker darauf dringen müssen, dass die Gesetzgeber mehr Kostenbewusstsein an den Tag legen und insgesamt, dass freiwillige Leistungen zurückgefahren werden müssen.

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 2014 BIS 2030

	EW 2014	EW 2030	%
Bgld.	287.416	301.381	4,86%
Ktn.	555.881	552.697	-0,57%
NÖ	1.625.485	1.738.547	6,96%
OÖ	1.425.422	1.509.598	5,91%
Sbg.	534.270	569.333	6,56%
Stmk.	1.215.246	1.255.091	3,28%
Tirol	722.038	796.275	10,28%
Vbg.	375.282	414.088	10,34%
Wien	1.766.746	2.077.300	17,58%
Österreich	8.507.786	9.214.310	8,30%

QUELLE: ÖROK Regionalprognosen 2015

RECHNUNGSHOF UND BMF UNEINIG

Nationalrat soll über VRV 2015 entscheiden

Das Tauziehen um das neue Haushaltsrecht für Länder und Gemeinden ist um eine Facette reicher. Nachdem sich der Rechnungshof in den seit Herbst 2013 laufenden Verhandlungen zur neuen Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) nach wie vor wenig kooperativ zeigt, indem er u. a. den Regelungsumfang der VRV exzessiv auslegt und weiterhin darauf beharrt, den 9 Ländern und vor allem den 2100 Gemeinden weitestgehend das umfangreiche Bundeshaushaltsrecht ohne Rücksicht auf die Kosten und Umsetzungsprobleme und Steuerungsverluste aufzubürden, soll nunmehr die Legislative über die Verordnung des Finanzministers entscheiden. Finanzminister (dieser kann eine VRV nur im Einvernehmen mit dem RH ändern/erlassen) und Rechnungshofpräsident haben sich darauf verständigt, dass im Budgetausschuss des Nationalrates eine (Schieds-)Entscheidung fallen soll. Nachdem die Debatte am 15. September vertagt wurde, ist mit einer Entscheidung nicht vor Ende Oktober zu rechnen.

Bereits im Rahmen eines Rechtsgutachtens sollte noch vor dem Sommer Klarheit über die Kompetenzfrage (VRV oder 15a-Vereinbarung) gewonnen werden, doch selbst dieses Gutachten namhafter Verfassungs- bzw. Finanzexperten fiel nicht eindeutig aus und wurde daher auch nicht als Schiedsspruch anerkannt.

Ob den Mitgliedern des Budgetausschusses auch noch andere Entscheidungen abverlangt werden, etwa was das Inkrafttreten für die Gemeinden oder die Umsetzung des Gemeindebund-Vorschlags betrifft, ist schwer abzuschätzen. Auch stand zuletzt ein Ausschalten der bisherigen Mitspracherechte von Ländern und Gemeinden beim Haushaltsrecht durch eine Änderung der Finanzverfassung im Raum. Unabhängig von den (verfassungs)rechtlichen und politischen Bedenken an einer solchen Vorgehensweise wurde von kommunaler Seite an die Mitglieder des Budgetausschusses im Nationalrat appelliert, sich für eine praxisgerechte Lösung auf Gemeindeebene auszusprechen, wie sie der Österreichische Gemeindebund mit seinem Überleitungsmodell vorgeschlagen hat, das nicht nur die Vorteile der alten und der neuen VRV kombiniert, sondern auch die Umstellungsprobleme und -kosten drastisch vermindert, weil die vorhandenen Rechenwerke nicht einfach über Bord geworfen werden.

KONRAD GSCHWANDTNER, BAKK. BA
ist Fachreferent in der Abteilung Recht und Internationales des Gemeindebundes
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

Ich bin's, dein Fernseher. Heute will ich den österreichischen Gemeinden DANKE sagen und ein paar Fragen beantworten.

GIS
GEBÜHREN INFO SERVICE

Eine Gemeinde fragt:
Warum haben wir einen GIS-Aufsteller im Gemeindeamt?
Fernseher: Das Gemeindeamt ist bei allen Fragen rund um die An- und Abmeldung DIE Anlaufstelle für den Bürger. Das macht jedes Gemeindeamt zum Know-How-Träger darüber, wer gerade wo eingezogen ist, beziehungsweise wohin er seinen Wohnsitz verlegt hat. Der Aufsteller im Gemeindeamt erspart der Bürgerin und dem Bürger also einen Weg und somit Zeit.

Wie bekommt die Gemeinde aktuelle Formulare oder Kuverts?
Fernseher: Es gibt eine eigene E-Mailadresse die nur für diesen Zweck eingerichtet wurde.
Sie lautet: **gis.info@gis.at.** Sie bekommen die Formulare und Kuverts rasch und für das Gemeindeamt selbstverständlich kostenfrei zugesendet.

Soll die Gemeinde die Formulare entgegennehmen?
Fernseher: Nein, mit den Rückversandkuverts können Anträge, Formulare und Einzugsermächtigungen bequem von der Bürgerin und dem Bürger an die GIS gesendet werden.

Wo bekommt man mehr Informationen zur Gebührenpflicht?
Die GIS bietet auf ihrer Homepage **www.gis.at** und unter der Service-Hotline **0810 00 10 80** alle Informationen rund um die Rundfunkgebühren an.

Für die hervorragende Zusammenarbeit mit mehr als 2300 Gemeinden, Bezirksämtern, Sozialstellen und Bürgerdiensten in ganz Österreich, als Service an Ihren Bürgerinnen und Bürgern bedankt sich

Ihr GIS Team

KOMMENTAR

PROF. DR. GERHARD POSCHACHER ÜBER FORSTWIRTSCHAFT & NATURSCHUTZ

Neues Handbuch informiert die Gemeinden

Das Gebietsnetzwerk NATURA 2000 ist der wichtigste Beitrag in der EU, um den Rückgang biologischer Vielfalt zu stoppen und das Naturerbe in Gemeinden, Städten und Regionen für kommende Generationen zu erhalten. Österreich ist wasserreich, waldreich und auch rinderreich. Die Forstwirtschaft trägt sehr viel zum Naturschutz bei. Zahlreiche Flächen betreffen rechtlichen Grundlagen, die in Österreich nach dem EU-Beitritt 1995 anzuwenden waren, aber bis heute nicht ausreichend beachtet wurden. Im Mai 2013 leitete deshalb die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik ein.

Die Fläche der österreichischen NATURA 2000-Gebiete beträgt 15 Prozent des Staatsareals und liegt unterhalb des EU-Durchschnitts. Derzeit bestehen die Naturschutzflächen zu 42 Prozent aus Wäldern. Die Ausweisung dieser Europa-Schutzgebiete erfolgt durch die zuständigen Bundesländer. Die Vogelschutzrichtlinie und jene zur Erhaltung natürlicher Lebensräume sowie wild lebender Tiere haben zum Ziel, die biologische Vielfalt an Genenarten und Lebensräume zu erhalten und sind das Kernstück der Europäischen Naturschutz- und Biodiversitätspolitik.

In Österreich fällt der Naturschutz in Gesetzgebung und Vollziehung in die Zuständigkeit der Länder, was immer wieder zu Irritationen zwischen dem Bund und den Gebietskörperschaften führt.
Die Vorgaben des Naturschutzes werden nämlich nicht immer ausreichend in den entsprechenden Gesetzen (Jagd, Fischerei, Raumordnung) verankert. Die Forstwirtschaft ist hingegen Bundessache, der Naturschutz hat im Forstgesetz Relevanz. Das Gebietsnetzwerk NATURA 2000 umfasst 2015 rund 27.300 Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 1,039.000 km^2, das sind 18 Prozent des Landareals und vier Prozent der Meeresfläche in der EU.

Das Kuratorium Wald hat für alle Interessierten und insbesondere auch für die Gemeinden das informative „Handbuch NATURA 2000 und Wald“ herausgegeben. Detaillierte Informationen sind unter **kuratorium@wald.or.at** zu erhalten.

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

Volkszählung & Finanzausgleich: **Wie sich 1990 und 2015 ähneln**

Ds ausklingende Jahr 1990 stand für Österreichs Gemeinde unter ähnlichen Vorzeichen wie das ausklingende Jahr 2015: der Finanzausgleich und die damit zusammenhängende finanzielle Ausstattung der Gemeinden.

1990 kam noch dazu, dass vor den FAG-Verhandlungen eine Volkszählung abzuwickeln war. Die Gemeinden mussten sich der Herkulesaufgabe unterziehen und die Anzahl aller Bürgerinnen und Bürger mittels Formular erheben und das dann an die Statistik Austria zu melden. „Die Gemeinden kommen besonders zum Handkuß“, schrieb der damalige Generalsekretär Robert Hink in einem Kommentar. Denn damit die eigentliche Volkszählung möglichst ohne Pannen über die Bühne geht, hatten die Gemeinden im Herbst eine „Probezählung“ durchzuführen. Aber dass das auch wirklich so sein würde, dafür gab’s keine Gewähr, hier galt – so Hink – „das Prinzip Hoffnung“. Aber wenigstens die Belastung Volkszählung“ ist von den Schultern der Gemeinden genommen.

Alles beim Alten ist es hingegen bei der Debatte um den abgestuften Bevölkerungsschlüssel geblieben – und das ist nicht im positiven Sinn gemeint. Für 1991 erwartete der Gemeindebund deswegen „eine verfassungsrechtliche Klärung bezüglich der Ungerechtigkeiten im Finanzausgleich“, wie es General Hink in vorsichtigem Juristendeutsch formulierte. Aber „mit der VfGH-Erkenntnis sollte sich die Entscheidung in dieser Frage wieder auf die politische Ebene verlagern“.

Heute wie auch schon damals gilt aber zu diesem Thema: Seit (spätestens) Ende der Sechziger-Jahre alle Kriegsschäden beseitigt wurden, hat im Grund auch „der Abgestufte“ jegliche Berechtigung verloren. Im Gegenteil bräuchten heute die kleinen und mittleren Gemeinden des ländlichen Raums einen „Abgestuften“ – aber diesmal zu ihren Gunsten!

ANGESAGT

DAS WORT HATTEN ....

THEMA ASYL & FLÜCHTLINGE

Andreas Hauer, Vorstand des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre an der Universität Linz, äußerte laut der Parlamentskorrespondenz 957 vom 16. September in der Debatte des Verfassungsausschusses zum Durchgriffsrecht des Bundes beim Thema Flüchtlingsquartier massive Bedenken, vor allem, was den Eingriff in Nachbarrechte betrifft. Er empfahl, eine Volksabstimmung über das Gesetz durchzuführen, da seiner Meinung nach nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Verfassungsgerichtshof die Bestimmungen mit der Begründung aufhebt, dass eine Gesamtänderung der Bundesverfassung vorliegt.

„**Ich sehe keine** verfassungsrechtliche Probleme."

Gerhard Hesse,
Leiter des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes, in derselben Debatte

„Wir müssen sicherstellen, dass BürgermeisterInnen **nicht zu Rechtsbrechern werden,** wenn es ihnen nicht gelingt, die im Gesetz verankerte Flüchtlingsquote zu erfüllen."

Helmut Mödlhammer,
Präsident des Östereichischen Gemeindebundes, nimmt im Verfassungsausschuss Stellung. Und er fordert, dass es zu keinen finanziellen Mehrbelastungen für die Gemeinden kommt.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Agence France-Presse **verklagt Bürgermeister** wegen Foto

Wegen eines manipulierten Flüchtlingsfotos hat die französische Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) laut einem Bericht in „Der Standard" einen rechtsextremen Bürgermeister in Südfrankreich verklagt. Die AFP und einer ihrer Fotografen verlangen jeweils 30.000 Euro von der zwischen Montpellier und Narbonne gelegenen Stadt Beziers und ihrem Bürgermeister Robert Menard, wie die AFP-Leitung in Paris mitteilte. Der Vorwurf lautet auf Fälschung. Im Gemeindeblatt von Beziers war ein AFP-Foto abgedruckt worden, das Flüchtlinge in Mazedonien vor einem Zug zeigt. Die hinzugefügte Überschrift lautet: „Sie kommen! Das Thema der Asylbewerber in Beziers". Das Foto wurde laut AFP dahingehend verfälscht, dass Worte mit Bezug zu Beziers eingefügt wurden. Auf einem Zugfenster stand „Beziers 3.865 Kilometer", auf einem zweiten „Kostenlose Schulen, Unterkünfte und Geldleistungen für alle!" AFP hat einen „Missbrauch" und eine „Verfälschung" des Fotos aus Mazedonien kritisiert und rechtliche Schritte angekündigt. Menard, einst Präsident der Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen (ROG), argumentierte dagegen: Es sei Routine, Fotos zu bearbeiten.

BUKAREST: BÜRGERMEISTER WEGEN KORRUPTIONSVERDACHT ABGESETZT

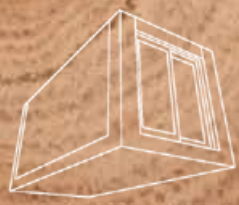
Der Bürgermeister der rumänischen Hauptstadt Bukarest, Sorin Oprescu, ist am 15. September seines Amtes enthoben worden. Er wird beschuldigt, Schmiergeld für bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge genommen zu haben. Einer der beiden Vizebürgermeister soll interimistisch zu Oprescus Nachfolger bestimmt werden.

Flüchtlinge in Außenlager des ehem. KZ Buchenwald untergebracht

Ein Außenlager des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald wird nach einem Bericht im Standard vom 14. September inzwischen von Flüchtlingen bewohnt. Die Stadt Schwerte (NRW) hat demnach mit der Unterbringung von Zufluchtsuchenden in einer Wachbaracke des ehemaligen Lagers begonnen. Dieser Schritt war bereits im Jänner ungeachtet heftiger Kritik in Betracht gezogen. Schwertes Bürgermeister Heinrich Böckelühr verteidigte damals die Entscheidung als „sachgemäß". Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte an die Stadt appelliert, den Plan fallen zu lassen.

PLATZ SCHAFFEN.

wood:room compact



wood:room compact verwandelt heimische Hölzer in qualitativ hochwertige Beherbergungsstätten, kommunale Einrichtungen, Zubauten von Schulen, Kindergärten, Büros und Einfamilienhäuser. Schnell und einfach aufgestellt, entsteht auf diese Art neuer Raum.

HOLZBAUTEN DER HANDLERGRUPPE

ART-HANDLER, SCHLEIFMÜHLGASSE 9/8, 1040 WIEN, ART-HANDLER@CHELLO.AT
HANDLER HOLDING GMBH, WERNER-VON-SIEMENS-STR. 8, 7343 NEUTAL, +43 2646 227 8420
ART-HANDLER.AT • HANDLERHOLZBAU.AT

POLITIK & RECHT

KINDERGARTEN
Pflicht oder doch Kür für zweites Gratisjahr?
Seite 64

THEMA PFLEGE
Gemeinden lösen Konsultations-mechanismus aus
Seite 66

FRANKREICH
Spardruck auf Kommunen löst Proteste aus
Seite 68

ASYLPOLITIK IN DER SACKGASSE?

Das Asylthema beherrscht die aktuelle politische Debatte in Österreich und in vielen anderen Ländern Europas – die Transitländer wie Griechenland, Italien und Spanien ebenso wie die begehrten Zielländer Deutschland, Schweden und Österreich. Ob die jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene tatsächlich in Richtung einer nachhaltigen Lösung der Problematik gehen, ist noch nicht absehbar.

TEXT/Walter Leiss

Das Thema Asyl nimmt eine vorhersehbare Entwicklung, der man auf europäischer und nationaler Ebene zu wenig Augenmerk geschenkt hat. Zu sehr war man offenbar mit der Finanzkrise und den Problemen Griechenlands beschäftigt. Langsam kommt allerdings Bewegung in die Sache. Ein Sondergipfel zur Flüchtlingskrise wurde gefordert.

Die Bemühungen der Europäischen Kommission sind im Sand verlaufen, da dies Angelegenheit der Nationalstaaten ist. Zwar gibt es eine Dublin-Verordnung, die die Zuständigkeit zur Prüfung eines Asylantrags – das Land, in der die EU erstmals betreten wurde – vorsieht. Um die Umsetzung und Durchführung und vor allem um die Unterstützung der Länder, die diese Verfahren durchzuführen haben, hat man sich bisher wenig gekümmert. Ebenso wenig ist es gelungen, eine faire Aufteilung der anerkannten Flüchtlinge auf alle Staaten Europas herbeizuführen. Viel zu uneinig sind sich hier die Nationalstaaten. Die Öffnung der Grenzen in Deutschland hat in den letzten Wochen eine Welle in Bewegung gesetzt. Sie wird auch durch die Schließung der Grenzen in Ungarn nicht zu stoppen sein. Neue Wege werden gefunden werden. Zwar ist Deutschland nun das primäre Ziel – Österreich hat durchgeleitet –, aber längerfristig ist das auch für Deutschland nicht verkraftbar, wie die wieder eingeführten Grenzkontrollen zeigen. Der notwendige Aufbau von Auffangzentren an den Außengrenzen und die internationale Unterstützung der Lager rund um Syrien lassen auf sich warten. Und um die Ursachen der Flüchtlingsproblematik zu bekämpfen, wird von der europäischen Ebene bisher auch wenig unternommen. Die geopolitischen Interessenslagen sind zu unterschiedlich. Das ist die europäische Dimension der Asylpolitik.

Daneben hat die Asylfrage eine nationale Dimension. Bereits einige Wahlergebnisse wurden davon beeinflusst. Es mag zutreffen, dass mit dem enormen Anstieg der Asylwerber – obwohl es sich wohl abgezeichnet hat – niemand gerechnet hat. Dass gerade Österreich, Deutschland und Schweden bevorzugte Zielländer sind, liegt wohl nicht allein an der landschaftlichen Schönheit, sondern auch an den Rahmenbedingungen. Solange aber kein effektive Umsetzung des Dublin-Abkommens erfolgt und keine faire Aufteilung der Flüchtlinge auf ganz Europa gelingt besteht, die Notwendigkeit

> „Die Gemeinden verfügen nicht über eine große Anzahl leerstehender geeigneter Gebäude.
>
> **Es gilt Privatquartiere zu finden.** Diese werden auch angeboten.
>
> Allerdings verfügen sie nicht über die rechtlichen Voraussetzungen, die an derartige Quartiere gestellt werden.“

- erstens Asylverfahren rasch abzuwickeln,
- zweitens eine klare Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen zu treffen und
- drittens für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylwerber zu sorgen.

Anerkannte Flüchtlinge müssen in der Folge integriert werden. Für die Gemeinden ergeben sich dabei viele Aufgaben und die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Unterbringungsplätze und Wohnungen müssen bereitgestellt werden, genauso wie in der Folge Kindergarten- und Schulplätze. Der Zugang und die Integration in den Arbeitsmarkt müssen im nächsten Schritt erfolgen. Dass dies in kleineren Einheiten besser gelingen kann als in großen, wurde schon mehrfach dargelegt. Nur so kann die unbedingt erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung erzielt werden. Der Richtwert von 1,5 Prozent der Bevölkerung erscheint akzeptabel. Woran scheitert aber die Unterbringung in kleineren Gemeinden? Und ist der ungeheuerliche Vorwurf der Sabotage durch die Gemeinden gerechtfertigt?

Mitnichten. Auf der einen Seite verfügen die Gemeinden nicht über eine große Anzahl leerstehender geeigneter Gebäude. Hier gilt es Privatquartiere zu finden. Diese werden auch entsprechend angeboten. Allerdings verfügen sie nicht über die rechtlichen Voraussetzungen, die an derartige Quartiere gestellt werden. Nicht nur die raumordnungsrechtlichen und baurechtlichen Bestimmungen, sondern auch die Bautechnik, das Gewerberecht etc. ist vielfach ein Hinderungsgrund. Daneben sind die vorgegebenen Mindeststandards betreffend die Unterbringung in der Grundversorgung in Österreich nicht nur bundesweit nicht einheitlich, sondern vielfach überschießend (*siehe Beitrag Seite 60/61*). Werden Quartiere von der öffentlichen Hand adaptiert, instand gesetzt oder überhaupt neu errichtet, so kommt zusätzlich das Vergaberecht ins Spiel. Die rechtlichen Rahmenbedingungen, mit denen sich übrigens die Wirtschaft und die Bürger laufend herumschlagen müssen, sind nicht geeignet, diese Krisen oder Notsituationen zu bewältigen. Nicht anders kann man allerdings die Situation bezeichnen. Auch der eingesetzte Flüchtlingskoordinator hat dies bereits erkannt. Allein im August sind bisher 26.000 Flüchtlin-

HOFRAT DR. WALTER LEISS IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES **walter.leiss@gemeindebund.gv.at**

FOTOS/Istvan Csak/Shutterstock

Deutschland ist das primäre Ziel der Flüchtlinge – Österreich hat durchgeleitet (Bilder aus Budapest). Aber längerfristig ist das auch für Deutschland nicht verkraftbar, wie die wieder eingeführten Grenzkontrollen zeigen.

„Die geopolitischen Interessenslagen sind zu unterschiedlich. **Das ist die europäische Dimension der Asylpolitik.**“

ge und damit fast doppelt so viele wie im Juli (15.000) nach Serbien gekommen. Sie sind auf dem Weg in die EU. Argumente, wonach bei nichtadäquaten Unterbringungsplätzen eine Haftung im Raum steht, sind nicht zielführend. Wer haftet für die obdachlosen Flüchtlinge im Lager Traiskirchen? In Not- und Krisensituationen ist rasches unbürokratisches Handeln notwendig. Das zeigt auch die Unterbringung in Garagen, die dafür sicherlich nicht die erforderlichen Bewilligungen haben.

Das beabsichtigte Bundesverfassungsgesetz mit einem Durchgriffsrecht für den Bund mag zwar den Druck erhöhen, wird aber keine Lösung bringen. Eigenartig mutet es allerdings an, wenn beabsichtigt wird, den Gemeinden gleich auch die Kompetenz und die Kosten zu übertragen. Und das nicht nur für Flüchtlinge im Sinne der Grundversorgungsvereinbarung, sondern auch darüber hinaus. Jede Gemeinde hat im Bedarfsfall Plätze bereitzustellen. Wenn sie es nicht tut, kann dem Bürgermeister Verfassungsbruch vorgeworfen werden. Der Gemeindebund hat sich dagegen klar und mehrfach ausgesprochen.

Es ist auf der einen Seite fragwürdig, dass es zur Lösung der Asylproblematik einer Verfassungsänderung bedarf, zeigt aber insgesamt auf, dass viel zu viele Lebensbereiche überreguliert sind. Und daran ist nicht der Föderalismus schuld. Nur wenn die europäischen Aufgaben gelöst und die nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden, werden auch die Gemeinden gemeinsam mit der Bevölkerung ihren Beitrag leisten können. Das haben sie schon in vielen Fällen bewiesen

ASYLQUARTIERE

DAS SIND DIE **MINDESTANFORDERUNGEN**

Welche Kriterien Quartiere für Asylwerber erfüllen müssen, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Es gibt aber Mindeststandards, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben.

Mindestanforderungen müssen in ganz Österreich eingehalten werden – gerade bei Quartieren. Darüber hinaus gibt es in den Bundesländern zusätzliche Regelungen, die aber nur positiv abweichend sein können, keinesfalls negativ. Bei der Ausarbeitung der Mindeststandards stand in Vordergrund, dass eine menschenwürdige Unterbringung sichergestellt sein muss. Allgemeingültige Standards, wie Asylwerber untergebracht werden sollen, sind schon allein deswegen nicht machbar, weil es in Bereichen wie Bauordnung, Raumordnung oder Brandschutz sehr unterschiedliche Regelungen gibt.

Unter anderen sind folgende Ausstattungsmerkmale bei organisierten Quartieren zu beachten:

- Der Quartierbetreiber oder eine Vertretung hat tagsüber als Ansprechperson für die Bewohnerinnen und Bewohner und für die Grundversorgungsstelle im Quartier erreichbar zu sein und muss für Notfälle telefonisch rund um die Uhr erreichbar sein.
- Öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen für den täglichen Bedarf sollten gut erreichbar sein.
- Pro Person ist eine Mindestfläche von 8 m^2 zur Verfügung zu stellen. Für jede weitere Person sind 4 m^2 vorgesehen.
- Nach Möglichkeit sind den Bewohnern Gemeinschaftsflächen innerhalb und außerhalb des Objekts anzubieten.
- Jede Wohneinheit ist mit Garderobe, Tisch, jeweils pro Person ein Bett (inkl. Bettwäsche, Polster, Decke), Kasten und Sessel auszustatten.
- Bei der Belegung der Zimmer soll auf ethnische, sprachliche und religiöse Unterschiede sowie Familieneinheiten Bedacht genommen werden.
- Bei gemeinschaftlicher Nutzung von Sanitäranlagen sind diese nach Geschlechtern zu trennen und haben abschließbar zu sein.
- Für je höchstens zehn Personen ist eine Dusche, ein Waschtisch sowie eine WC-Anlage zur Verfügung zu stellen.
- Zur Wäschereinigung müssen Waschmaschinen und Trockenmöglichkeiten in ausreichender Menge/Größe zur Verfügung gestellt werden, sofern nicht kostenlos Jetons für nahegelegene Waschsalons angeboten werden.
- Bei Vollversorgerquartieren ist auf abwechslungsreiche und ausgewogene Mahlzeiten zu achten, wobei das Mittagessen jedenfalls eine warme Mahlzeit sein muss und auf besondere Essensvorschriften (Religion, Unverträglichkeiten) Rücksicht genommen werden muss.
- Bei Selbstversorgung wird je zehn Personen zumindest ein Herd mit vier Kochplatten samt Backrohr, ein Kühlschrank und Gefriermöglichkeit sowie Spülen, Küchenkästen und Geschirr zur Verfügung gestellt.
- Die soziale Betreuung im Rahmen der Leistung Information, Beratung, Betreuung wird von Seiten der Grundversorgungsstelle des jeweiligen Bundeslandes sichergestellt, organisiert und überprüft.

LINKS ZUM THEMA
Eine ausführliche Betrachtung dieses Themas finden Sie auf
www.kommunal.at

WEITERE WICHTIGE FRAGEN RUND UM DAS THEMA ASYL UND FLÜCHTLINGEN SIND:

Darf ein Asylwerber arbeiten?
Im Rahmen festgesetzter Kontingente können Asylwerber (zeitlich auf maximal sechs Wochen beschränkt und nicht verlängerbar) Erntearbeit bzw. (auf sechs Monate befristete verlängerbare) Saisonarbeit ausüben. Bei nachgewiesenem Lehrlingsmangel können Asylwerber unter 25 Jahren eine Lehre absolvieren, wenn für die betreffende Lehrstelle keine andere Arbeitskraft vermittelt werden kann.

Was sind Remunerantentätigkeiten?
Darunter versteht man gemeinnützige Arbeiten, die in Flüchtlingsquartieren, für Gemeinden, Länder oder den Bund zulässig (z.B. Schneeräumung, Straßenreinigung usw.) sind. Diese Tätigkeiten begründen kein Dienstverhältnis, somit ist keine Beschäftigungsbewilligung erforderlich. Weiters liegt keine Pensions-, Kranken-, Unfallversicherungs- und Einkommensteuerpflicht vor. Für diese Tätigkeiten wird ein Anerkennungsbeitrag von üblicherweise rund fünf Euro pro Stunde gewährt.

Wie kann man Asylwerber integrieren?
Manche Asylwerber wissen nicht, wie unser Leben strukturiert ist. Das heißt, man muss ihnen Informationen über unsere Gesellschaft und Kultur geben, vorzugsweise neben Englisch auch in ihrer Muttersprache. Dazu gehören Infos zur Gleichstellung von Männern und Frauen, zu Gewaltfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder den gesetzlichen Grundlagen ebenso wie Informationen zur Mülltrennung zum Beispiel.
Asylwerber sollten auch darüber informiert werden, in welchem Rahmen sie in der Gemeinde arbeiten können. Auch sollten sie erfahren, unter welchen Umständen ihnen die Grundversorgung gestrichen werden kann. Ganz wichtig ist auch, ihnen so früh wie möglich Deutschkurse zu ermöglichen.

Welche Tipps aus der Praxis gibt es noch?
Muslimische Männer können manchmal nicht kochen, es empfiehlt sich, daran zu denken, wenn sich Asylwerber selbst versorgen. Muslimische Männer haben manchmal Vorbehalte dagegen, dass ihnen Frauen etwas „anschaffen". Hier sollte Klarheit über österreichische Gepflogenheiten hergestellt werden.

INTERVIEW

Asylbewerberunterkünfte **in aller Munde**

KOMMUNAL: Die Kommunalmesse mit dem Gemeindetag ist zu Ende. Wie ist Ihr Fazit?
Wolfgang Lang: Als langjähriger Partner der Gemeinden für mobile Raumlösungen stellen wir jedes Mal gerne auf der Kommunalmesse aus. Wir nutzen diese Veranstaltung, um abseits des Tagesgeschäftes viele Gespräche mit den Gemeindevertretern und Bürgermeistern führen zu können. Das ist nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern in den Gemeinden sehr wichtig.

Kommunal sprach mit Wolfgang Lang, Mitglied der CONTAINEX-Geschäftsführung.

Ihr Unternehmen ist ja angesichts des Asylthemas in aller Munde.
Ja, das auf jeden Fall. Die Nachfrage nach unseren Produkten ist zurzeit überaus hoch. Insbesondere in den Ländern Deutschland, Schweiz und Frankreich hat CONTAINEX in jüngster Zeit gemeinsam mit Händlerpartnern und Hilfsorganisationen mehrere Asylbewerber-Unterkünfte aus Containermodulen errichtet. Auch in Österreich wurden in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand zahlreiche Unterkünfte für Asylsuchende aufgebaut. So zum Beispiel in Hörsching, Berg, Mondsee oder Ohlsdorf, wo wir einen Teil der 700 vom BMI georderten Wohncontainer aufgestellt haben.

In diesem Zusammenhang gab es in manchen Medien irritierende Aussagen zu Mengen und Preisen, die vom BMI und uns mittlerweile richtiggestellt wurden.

Wurde dieses Thema von den Gemeindevertretern angesprochen?
Für die Amtsleiter und Bürgermeister, die echte Profis im Beschaffungswesen sind, war die mediale Aufregung kein Thema. Natürlich sind Asylbewerberunterkünfte in aller Munde, aber in der langfristigen Planung der Gemeindevertreter stehen mehr denn je Kindergärten, Schulen und Vereine im Fokus.

In den Medien wird bereits von einer europaweiten „Containerknappung" gesprochen – wie sehen Sie diese Situation?
Derzeit übersteigt in vielen europäischen Ländern die Nachfrage das Angebot. Wir haben uns bereits vor Monaten auf diese Situation vorbereitet und die Kapazitäten in den sechs eigenen europäischen Produktionswerken deutlich erweitert.
Somit sind wir gerade für unseren langjährigen Stammkunden aus dem kommunalen Bereich stets lieferfähig!
Ein „Ausverkauf" wegen der Flüchtlingskrise findet bei Containex jedenfalls nicht statt!

FOTOS: Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

FLÜCHTLINGSSTROM

GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG **SEIT DEM 2. WELTKRIEG**

Seit etwa einem Jahr ist bekannt, dass die Anzahl an Asylwerbern in die Höhe schnellt. Die Asylstatistik spricht da eine deutliche Sprache.

Die Resolution des Gemeindebundes verlangt, dass bei der Verteilung der Asylwerber nicht nur auf die infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Ressourcen Rücksicht genommen wird.

Im August 2014 waren es um 81 Prozent mehr Asylanträge als im August des Vorjahrs, im September 2014 sprang dieser Wert schon auf 145 Prozent.

Nun zur Gegenwart: Im August 2015 wurden bereits 9000 Asylanträge gestellt. Das ist eine Steigerung von 370 Prozent gegenüber dem Vorjahr und fast sieben Mal so viel wie im Jahr 2013. Die Zahlen werden aufgrund der jüngsten Entwicklungen weiter signifikant steigen. Der Flüchtlingsstrom nach Europa sucht sich seinen Weg wie eine Welle, es handelt sich hier um die größte Herausforderung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Österreichische Gemeindebund hat schon im September des Vorjahres über die Knappheit der Unterkünfte für Asylwerber informiert und an die Gemeinden appelliert, freie Quartiere zu melden. Die Resolution des Österreichischen Gemeindetages 2015 macht deutlich, dass es bei der Aufnahme von Asylanten nicht nur um das Wohnen geht, sondern auch um Gesundheit, Arbeit, Betreuung, jedenfalls die gesamte kommunale Daseinsvorsorge. Diese Sorge endet daher nicht, wenn die Menschen zumindest in einer Notunterkunft ein Dach über dem Kopf haben. Wer einmal Asyl gesagt hat, dem steht durch diesen Status auch zu, eine Lebensperspektive in dem neuen Land zu entwickeln. Das setzt aber auch die Bereitschaft zur Integration und die Arbeitswilligkeit voraus. Europa sollte auch das betonen und sich nicht nur als Schlaraffenland präsentieren.

Es gibt also eine vielfältige Betroffenheit unseres Gemeinwesens, wenn es darum geht, Asylwerber zu berherbergen und ihnen bei der Findung dieser Lebensperspektive zu helfen. Der Gemeindebund hat schon im Spätsommer 2014 schwerpunktmäßig die Gemeinden darüber informiert, was auf sie bei der Aufnahme von Asylwerbern zukommt.

> „Das Flüchtlingswesen ist eine Materie, die alle Lebensbereiche umfasst. **Das gilt nicht nur für Gemeinden, sondern auch für den Gesamtstaat**."

Das Flüchtlingswesen ist eine Materie, die alle Lebensbereiche umfasst. Das gilt nicht nur für Gemeinden, sondern auch im Gesamtstaat. Die bereits erwähnte Resolution stellt daher fest, dass „eine innerhalb der Gebietskörperschaften abgestimmte Gesamtstrategie zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise notwendig ist. Nur mit einer solchen (auf dem Grundsatz der Konsultation basierenden) Gesamtstrategie, die insbesondere die Bereiche Betreuung, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohnen mit einschließt, können Staat und Gesellschaft die an sie gestellten Herausforderungen erfolgreich bewältigen". Die einzelnen Punkte der Resolution sind an anderer Stelle abgedruckt.

Kooperation und ein Schulterschluss auch auf Landesebene ist dafür jedenfalls der richtige Weg. Ein Beispiel dafür ist das Informationsportal des Vorarlberger Gemeindeverbandes und dem Land Vorarlberg www.fluechtlingshilfe.at. Es ist auch ein notwendiger und positiver

HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST STV. GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREIOCHISCHEN GEMEINDEBUNDES

nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

FOTO/Markus Mainka/Shutterstock

Schritt, wenn die Bundesregierung einen gut vernetzten und für seine Handschlagqualität bekannten Flüchtlingskoordinator eingesetzt hat. Er ist nicht zu beneiden, denn es ist nicht einfach, wenn sich Rahmenbedingungen stetig ändern. Hier ist überdies ein besonders feines Sensorium dafür notwendig, was unser Gemeinwesen noch bewältigen kann.

Österreich hat sicher eine äußerst hohe Bereitschaft zu helfen; es wird immer wieder die lange Tradition der Hilfe in den Flüchtlingskrisen betont, die unser Land in fernerer und näherer Vergangenheit heimgesucht hatten. Die Hilfsbereitschaft wurde zuletzt auch immer wieder in Medien und durch beherzte Organisatoren in unserer Gesellschaft kultiviert. Man denke nur an „Licht ins Dunkel“ oder „Nachbar in Not“. Die Menschen in Österreich können und wollen daher zweifellos viel Gutes leisten. Positiv gemeinte Aufrufe, dass wir gewisse Dinge schaffen, sind ermutigend. Wir haben gut organisierte Blaulichtorganisationen, eine couragierte Zivilgesellschaft, was in einigen unserer Nachbarländer durchaus nicht der Fall ist. Wichtig ist aber auch bei allem Potenzial: Man darf nicht mehr wollen, als man kann. Sonst läuft man Gefahr, den Eigenstand, die eigene Stabilität und Manövrierfähigkeit zu verlieren, wovon letztlich auch Flüchtlinge nichts haben. Das wäre etwa so, wie wenn der Stabhochspringer sich zu ehrgeizig die Latte zu hoch legt, aber seine Technik nicht mitspielt. Ähnliches gilt auch umgekehrt, der Sportler ist gut trainiert, aber es gibt eine mentale Blockade oder macht nur einen falschen Schritt. Das beste Rettungsboot kann seine Kapazitäten nicht ausschöpfen, wenn es falsch beladen ist. All das gilt es im übertragenen Sinn fein auszuloten.

Was darunter gemeint ist: Die Resolution des Gemeindebundes (nachzulesen unter www.kommunal.at) verlangt, dass bei der Verteilung der Asylwerber nicht nur auf die infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Ressourcen Rücksicht genommen wird. Die derzeitige Herausforderung ist ja nicht nur die vorübergehende Unterbringung einer Welle von Flüchtlingen, sondern eine möglichst rasche Integration jener Menschen, die Asyl suchen. Integration funktioniert wohl dort am besten, wo die hilfesuchenden Menschen in der Gemeinde auch ein Gesicht haben, wo ihre Geschichte bekannt ist, wo man einander mit Respekt begegnen kann. Das Absinken in die Anonymität und daraus entstehende Parallelgesellschaften wären fatal. Ein Grund mehr, warum die lange erhobene Forderung des Gemeindebundes nach überschaubaren Unterbringungseinheiten ein vitaler Faktor für unser Gemeinwesen ist. Wenn unser Land auch langfristig seine Kultur der Hilfsbereitschaft erhalten will, ist daher auch auf das Maß der gesellschaftlichen Ressourcen und auf den innergesellschaftlichen Zusammenhalt abzustellen.

Trotz der leider noch vielfältigen und bürokratischen Hürden, die schon längst entschärft sein müssten, haben sich in den letzten Wochen zahlreiche positive Beispiele auch in den kleinen und ländlichen Gemeinden entwickelt. Hier wird nicht nur ein Dach über dem Kopf geboten, sondern den Menschen auch durch freiwillige Helfer, etwa pensionierte Lehrer/innen, ein Angebot gemacht, um sich recht bald heimisch zu fühlen. Solche und ähnliche Beispiele werden derzeit vom Österreichischen Gemeindebund gesucht, um sie zu dokumentieren und zu präsentieren. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass die Mobilisierung von Hilfe nicht durch Zwang erfolgen kann, sondern eine Frage des Zusammenhalts der Gesellschaft, der Rahmenbedingungen und des positiven Ansporns ist.

LINKS ZUM THEMA

http://kommunal.at/artikel/die-resolution-des-gemeindebundes/

Der Gemeindebund sucht kommunale Best Practice Modelle in der Unterbringung von Flüchtlingen und Integration von Asylanten. Rückmeldungen an **office@gemeindebund.gv.at**

GRATISKINDERGARTEN

PFLICHT ODER DOCH **KÜR?**

Nachdem die Art. 15a B-VG-Vereinbarung über das verpflichtende Gratiskindergartenjahr noch in diesem Jahr ausläuft, muss rasch gehandelt werden. Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ist dabei vorerst vom Tisch.

TEXT / Bernhard Haubenberger

Ganzjähriger Betrieb, ganztägige Betreuung, höchste Qualitätsstandards, akademisch ausgebildetes Personal, verpflichtender und kostenloser Besuch. Die (An-)Forderungen, die an den Kindergarten von heute gestellt werden, ließen sich noch lange fortsetzen.

Der klassische Kindergarten, in dem Kinder für wenige Stunden am Tag schlicht beaufsichtigt wurden, hat längst ausgedient. Heute gilt der Kindergarten als Bildungseinrichtung, Betreuungspläne werden zu Bildungsplänen, aus halbtags wird ganztags, aus einer Einrichtung für Kinder ab drei Jahren wird eine Einrichtung für Kinder von Geburt weg, aus freiwillig wird verpflichtend, aus kostenpflichtig wird beitragsfrei.

Viele hundert Millionen Euro wurden und werden investiert. Mit beispiellosem Erfolg kommt das Geld auch tatsächlich an, wofür es bestimmt ist – für den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots in quantitativer und qualitativer Hinsicht, für die sprachliche Frühförderung, für die Bereitstellung eines kostenlosen Angebots. Alles in allem sind es positive Schritte, die dem Wohl des Kindes dienen, den Eltern Entlastung bringen und zugleich Möglichkeiten eröffnen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

Und doch muss man vorsichtig sein, dass in dieser Geschwindigkeit der Blick für das Wesentliche nicht verloren geht und die Entwicklung nicht die eigentlichen Bedürfnisse und vor allem Möglichkeiten überholt. Denn trotz dieser Initiativen, die in den letzten Jahren gesetzt und auch für die nächsten Jahre fixiert wurden, kommen bereits weitergehende Forderungen, die zwar durchaus ihre Berechtigung haben, jedoch derzeit nicht umsetzbar, weil nicht finanzierbar sind.

Im Zuge des erneuten Auslaufens der Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen werden – dem Regierungsprogramm folgend – bereits Überlegungen angestellt, neben dem letzten Kindergartenjahr auch das vorletzte Kindergartenjahr verpflichtend und kostenlos anzubieten. Zunächst sollen die Eltern jedoch mittels Empfehlungen von der Sinnhaftigkeit des Kindergartenbesuchs ihres vierjährigen Sprösslings überzeugt werden. Darüber hinaus soll der Besuch auch der Vierjährigen kostenlos oder aber zu ermäßigten Tarifen angeboten werden.

In Anbetracht dessen, dass die von Seiten des Bundes bislang bereitgestellten Mittel als teilweise Abdeckung der Beitragsausfälle nicht erhöht werden sollen und aus einem Topf nicht mehr geschöpft werden kann als sich darin befindet, sollte der Schritt – gleich ob kostenlos oder zu ermäßigten Tarifen – wohl überlegt sein.

Viele hundert Millionen Euro wurden und werden investiert. Mit beispiellosem Erfolg kommt das Geld auch tatsächlich an, wofür es bestimmt ist ...

„Umsetzbar sollte nur sein, **was nachhaltig finanzierbar ist**."

SCHULISCHE NACHMITTAGSBETREUUNG

DIE WAHRHEIT IST EINE TOCHTER DER ZEIT

Ganztägige Schulangebote sind für die Gemeinden in mehrfacher Weise eine Herausforderung.

Neben Investitions- und Personalkosten sehen sich Gemeinden zunehmend mit Problemen der Organisation und Administration des Personals für den Freizeitteil konfrontiert.

Vor wenigen Jahren hat der Bund die Weichen in Richtung flächendeckenden Ausbau der ganztägigen Schulangebote gestellt. Diese bestehen aus dem Unterrichtsteil, der Lern- und der Freizeit. Es gibt sie in verschränkter Form und in getrennter Abfolge. Wenn die räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, dann hat der Schulerhalter ab 15 Anmeldungen eine Tagesbetreuung einzurichten, unter bestimmten Voraussetzungen reichen bereits zwölf Anmeldungen.

Was früher als Pilotprojekt ohne Regelung über die Kostentragung begonnen hat, soll nunmehr unter der Finanzierungsverantwortung der Gemeinden österreichweit umgesetzt werden. Zugleich werden die zeitlichen, inhaltlichen und qualitativen Vorgaben angehoben.

Ein neues Schuljahr hat begonnen und mit diesem auch zahlreiche Neuerungen. So ist es das erste Jahr, in dem an ganztägigen Schulen verpflichtend eine tägliche Bewegungseinheit anzubieten ist – was nicht im Turnunterricht geschieht, muss im Freizeitteil nachgeholt werden. Erstmals unterliegt auch der Freizeitteil im Rahmen der ganztägigen Schulangebote der Schulaufsicht. Diese wird ein strenges Auge darauf werfen, ob die – nun auch um den Freizeitteil erweiterten – Betreuungspläne eingehalten werden. Das erforderliche Personal für den Freizeitteil ganztägiger Schulangebote müssen Gemeinden bereitstellen. Und diese stehen, abgesehen von der Finanzierbarkeit, zunehmend vor dem Problem der Administrierbarkeit des erforderlichen Freizeitpersonals.

Abhilfe und eine qualitative Aufwertung sollte der neu geschaffene „Freizeitpädagoge“ bringen. Dieser kann jedoch sinnvollerweise nur in städtischen Regionen eingesetzt werden, in ländlichen Regionen lässt sich weder für die getrennte und schon gar nicht für die verschränkte Form der ganztägigen Schulangebote geeignetes und bereitwilliges Personal finden, das für wenige Stunden am Tag bzw. in der Woche Schüler betreut.

Neben der fehlenden Auslastung erschweren auch Urlaubszeitenregelung, Ersatzpersonal im Urlaubs- und Krankheitsfall zusätzlich die Personaladministration. Ursächlich hierfür ist unter anderem die Zersplitterung im Personalbereich. Dass an einer Schule bis zu drei Dienstgeber alleine nur für das pädagogische Personal zuständig sind, wird auf anderen Ebenen nur ungern gehört. Bis Einsicht darüber besteht, dass die derzeitige Personalsituation in ganztägigen Schulen weder ökonomisch noch zeitgemäß ist, werden vermutlich noch mehrere Schuljahre vergehen.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM GEMEINDEBUND

bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

PFLEGE: KONSULTATIONSMECHANISMUS AUSGELÖST

FOLGEKOSTEN VÖLLIG UNGEKLÄRT

Der Gemeindebund hat in der Frage der Reform der Gesundheits- und Pflegeberufe Verhandlungen im Konsultationsgremium eingefordert.

DER KONSULTATIONS-MECHANISMUS

Die Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus wurde 1998 zur besseren Koordination zwischen den Finanzausgleichspartnern bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen abgeschlossen. Der Inhalt der Vereinbarung:

- **Wechselseitige Informationspflichten** mit der Gelegenheit zur Stellungnahme über alle rechtsetzenden Maßnahmen.
- Das Recht, innerhalb der Begutachtungsfrist **Verhandlungen im Konsultationsgremium** der FAG-Partner zu verlangen.
- **Abgabe einvernehmlicher Empfehlungen** des Konsultationsgremiums an den Gesetzgeber über die Kostentragung.
- **Regelungen der Kostentragung**, insb. automatische Kostenersatzpflichten, wenn die Mindestbegutachtungspflichten nicht eingehalten werden oder das Konsultatiosngremium nicht einberufen bzw. dessen Entscheidungen nicht Rechnung getragen wurde.

Zum Wortlaut im Gesetz siehe BGBl. I Nr. 35/1999 und VfGH-Erkenntnis F1/2013

TEXT / Konrad Gschwandtner

Als Träger der Sozialhilfeverbände ebenso wie der Mehrheit der Pflege- und Altersheime sind die Gemeinden von den nun vom Gesundheitsministerium vorgeschlagenen Änderungen im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz unmittelbar und umfangreich betroffen. In mehrfacher Weise hat der Österreichische Gemeindebund eine Einbindung in die Gespräche zu den vorgeschlagenen Änderungen gefordert, Informationsaustausch und Verhandlungen erfolgten jedoch nur zwischen Bund und Ländern. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, dass der vorliegende Entwurf (das Begutachtungsverfahren endete am 4. September) in erster Linie die Probleme auf Spitalsebene beziehungsweise in größeren Einheiten zu lösen versucht, hingegen die Erfordernisse im extramuralen Bereich und in kleineren Einrichtungen negiert. Allein die Administration des Personals (Dienstpläne, Vertretungen etc.) von hinkünftig drei statt zwei Pflegeberufen (Pflegeassistenz, Pflegefachassistenz und universitär ausgebildetes Personal) mitsamt Spezialisierungen vermag vielleicht in größeren Einheiten machbar sein, in kleineren Einheiten ist sie nur schwer umsetzbar. Auch ist im Spitalsbereich tatsächlich durch die Übertragung ehemals ausdrücklich Ärzten vorbehaltenen Tätigkeiten an Pflegepersonal mit kostendämpfenden Wirkungen zu rechnen, im Pflegebereich hingegen tritt aus Sicht der Träger dieser Einrichtungen der gegenteilige Effekt ein, und es steht zu befürchten, dass durch die Höherqualifizierung und der Übertragung ärztlicher Tätigkeit an das Pflegepersonal die entstehenden Mehrkosten von den Gemeinden zu tragen sind.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass den durch diese bundesgesetzliche Maßnahme und den Folgemaßnahmen der Länder drohenden Belastungen der Gemeinde-Sozialbudgets (wo der Pflegebereich nach wie vor angesiedelt ist) eine auch nur annähernde Entlastung der kommunalen Gesundheitsbudgets gegenübersteht. Vielmehr muss man davon ausgehen, dass selbst die Länder durch die Maßnahmen der GuKG-Novelle 2015 kaum mit Einsparungen im Gesundheitsbereich rechnen, sonst hätten wohl die vom Gesundheitsministerium Ende April bei den Ländern erhobenen finanziellen Implikationen abseits der reinen Ausbildungskosten Einzug in das Vorblatt des Begutachtungsentwurfs gefunden. In der im Bundeshaushaltsgesetz bzw. in der Konsultationsvereinbarung vorgeschriebenen Darstellung der finanziellen Auswirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen auf eine am Finanzausgleich beteiligte andere Gebietskörperschaft findet sich das Wort Gemeinde lediglich einmal, und zwar wenig überraschend dahingehend, dass dem Bund und den Gemeinden keine Änderungen bei den Ausbildungskosten entstehen. Hinsichtlich der Höherqualifizierung und der stärkeren Ausdifferenzierung der Pflegeberufe wird in der „Wirkungsorientierten Folgenabschätzung“ lapidar ausgeführt: „Es ist [...] mit einem effizienteren Einsatz, einer

„DAS AUSLÖSEN DES KONSULTATIONSMECHNISMUS **HEISST NICHT, DASS SICH DIE GEMEINDEN GRUNDSÄTZLICH GEGEN EINE AUFWERTUNG DES PFLEGEBERUFS** AUSSPRECHEN."

höheren Berufszufriedenheit bei aufrechter Versorgungsqualität und letztlich einer besseren Steuerung der erforderlichen Ressourcen der öffentlichen Hand im Rahmen der Gesundheitsversorgung zu rechnen, deren finanzielle Auswirkungen sich nicht beziffern lassen."

Mit keinem Wort werden also die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinden, die in mehrfacher Weise von dieser Novelle betroffen sind (im Wege der Umlagen, als Träger von Sozialverbänden, als Träger von Alten- und Pflegeheimen und zum Teil auch von Krankenanstalten), ausgeführt. Dass sich die finanziellen Auswirkungen schwer „beziffern" lassen, vermag vielleicht zutreffen. Klar ist jedoch, dass diese Novelle im Falle einer Gesetzwerdung massive Kostenfolgen im wohl zweistelligen Prozentbereich für die Gemeinden verursachen würde (Personalkosten, Einschulungskosten, Personalbereitstellungskosten). Abgesehen davon, dass die Kostenfrage bereits im Rahmen der bisherigen Verhandlungen unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände zu klären gewesen wäre, lässt sich mit einem – gemessen am Umfang der Novelle – adäquaten Aufwand sehr wohl eine Kostenfolgenschätzung durchführen.

Da der Begutachtungsentwurf des Gesundheitsministeriums zur Frage der finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden keinerlei Aussagen getroffen hat, stellt die Vorgangsweise des Bundes einen Verstoß gegen die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften sowie gegen das Bundeshaushaltsgesetz dar. Dass der Österreichische Gemeindebund zu diesem geplanten Bundesgesetz nun am 19. 8. 2015 den sogenannten „Konsultationsmechanismus" ausgelöst hat, heißt aber nicht, dass er sich grundsätzlich gegen die Aufwertung der Pflegeberufe oder gegen die Übertragung zusätzlicher Aufgaben an das Pflegepersonal ausspricht, sondern dass er neben nötigen Änderungen hier mehr Kostenbewusstsein (nicht nur für die reinen Maßnahmen, sondern auch die Folgekosten) des Gesetzgebers einfordert und ganz generell ein wesentlich höheres sowie langfristiges finanzielles Engagement des Bundes, aber auch der Länder im Zukunftsbereich Pflege.

Eine Rückmeldung des Gesundheitsministeriums beziehungsweise eine Einladung zu Gesprächen stand zu Redaktionsschluss dieser KOMMUNAL-Ausgabe noch aus. Weitgehend offen ist ebenfalls, wie es landesgesetzlich bei den aus dieser geplanten GuKG-Novelle resultierenden Maßnahmen (Personalschlüssel, Gehaltsschemen etc.) weitergeht. Auch hier bleibt ausreichend Raum für Gespräche mit den jeweiligen kommunalen Interessensvertretungen, doch die Erfahrung zeigt, dass die Gemeindebünde auf Landesebene meist auch ohne das In-Aussicht-Stellen des Konsultationsmechanismus in Reformprozesse eingebunden werden.

Nachdem die Gemeindeebene weder in die Verhandlungen zur aktuellen Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes (GuKG-Novelle 2015) eingebunden war, noch der Begutachtungsentwurf des Gesundheitsministeriums ansatzweise Auskunft über die finanziellen Auswirkungen dieser Reform gibt, hat der Gemeindebund nun den Konsultationsmechanismus ausgelöst.

LINKS ZUM THEMA

www.kommunal.at

Hier finden Sie ein PDF mit dem Wortlaut des Bundesgesetzblattes BGBl. I Nr. 35/1999, in dem diese Vereinbarung am 2. Juli 1998 kundgemacht wurde.

FRANKREICH

KINDERKRIPPE, PFLEGEHEIM? WAS WIRD GESCHLOSSEN?

In der Konfrontation zwischen Budgetkürzungen und der Belastung der französischen Gemeinden wurden jetzt in einer Art Aktionismus die ersten Guillotinen aufgestellt, Symbol der Terrorherrschaft von 1793/94.

TEXT / Daniela Fraiss

Griechenland beherrscht die Schlagzeilen. So sehr, dass mitunter vergessen wird, dass auch andere Länder ihren Bürgern einiges abverlangen. Frankreich ist so ein Fall. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone nähert sich einem öffentlichen Schuldenstand von 98 Prozent, die EU-Kommission gewährte Anfang des Jahres eine Frist bis 2017, um das Haushaltsdefizit auf drei Prozent zu drücken. Aber welche Maßnahmen wurden beschlossen und wie wirken sich diese auf die gut 36.500 französischen Gemeinden aus?

Nun, das der EU-Kommission im April 2014 notifizierte Sparprogramm betrifft die kommunale Ebene massiv und sorgt für eine noch nie dagewesene Konfrontation zwischen dem großen französischen Bürgermeisterverband AMF (Association des Maires de France) und der sozialistischen Regierung unter Premierminister Valls. Im Jahr 2014 trat das Finanzgesetz in Kraft, welches die jährlichen Transfers für die Kommunen um 3,67 Mrd. Euro kürzt. Diese direkten Mittelkürzungen führen nach Berechnungen der AMF zu einem jährlichen Wohlstandsverlust von 4,3 Mrd. Euro, da die kommunale Ebene auch in Frankreich der größte öffentliche Investor ist.

Kommunale Leistungen und sozialer Zusammenhalt in Gefahr? Die AMF warnt davor, dass viele der 36.000 französischen Gemeinden Leistungen zurückfahren oder einstellen müssen, in vielen Bereichen auch Gebührenerhöhungen anstehen werden. Problematisch erscheint dies auch im gesamtwirtschaftlichen Kontext, da viele kommunale Leistungen darauf abzielen, Arbeitnehmern eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen. Zu nennen sind etwa Kinderkrippen, Schulkantinen, Nachmittagsbetreuung, Pflegeheime und mobile Pflegedienste. Insbesondere in ländlichen Gemeinden droht den freiwilligen Angeboten wie Kinderkrippen oder Kantinen jedoch das Aus.

Was dies für den ländlichen Raum bedeutet, kann man sich ausrechnen. Auch sportliche oder kulturelle Angebote sind von Einsparungen betroffen. Entweder durch Kürzung der Vereinsförderung oder durch Unterlassen notwendiger Reparaturen und demzufolge Zusperren von Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbädern oder Mehrzweckhallen.

Der französische Bürgermeisterverband befürchtet, dass durch einen Rückgang bei Freizeitangeboten und ein allfälliges Vereinssterben der ohnehin schon bröckelnde soziale Zusammenhalt gefährdet ist. Vorausschauende Politik sollte die aktuellen Einsparungen mit absehbaren Problemen und deren Kosten in Verbindung setzen und die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Einsparungspotenzial in den Gemeinden? In den Gemeinden selbst wurden bereits viele Maßnahmen gesetzt, um den Effekt fehlender Mittel aus der Zentralkasse abzufedern. Beklagt wird jedoch, dass die Regierung den Kommunen immer wieder neue Aufgaben überträgt sowie Regelungen beschließt, die sich direkt auf die kommunalen Haushalte auswirken. Auf den Kosten bleiben die Gemeinden sitzen; die Mitspracherechte sind gering, einen Konsultationsmechanismus wie hierzulande gibt es nicht.

MAG. DANIELA FRAISS
IST LEITERIN DES BRÜSSELER BÜROS DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
oegemeindebund@skynet.be

Eine zentrale Forderung der AMF richtet sich daher gegen die weitere einseitige Belastung der kommunalen Ebene durch Beschlüsse der Pariser Regierung. Damit tritt der französische Bürgermeisterverband wohl auch der Einschätzung der EU-Kommission entgegen, die in der aktuellen länderspezifischen Empfehlung für Frankreich dezidiert den Anstieg der Verwaltungskosten auf kommunaler Ebene kritisiert und die Reduktion der staatlichen Transfers befürwortet.

Man fragt sich, wie die Kommission zu diesem Schluss kommt. Wurde auch die Zunahme der lokalen Aufgaben berücksichtigt? Gesetze über die Anhebung des Mindestlohns, von denen viele Gemeindebedienstete profitieren, die sich allerdings direkt auf die Gemeindebudgets auswirken? Die erhöhte Nachfrage nach Sozialleistungen, die von den Gemeinden erbracht werden? Die AMF betont jedenfalls, dass die 30-prozentige Kürzung der staatlichen Zuweisungen nicht Subventionen, sondern Ausgleichszahlungen für Steuerausfälle bzw. für die Übertragung zusätzlicher Aufgaben betrifft. In Summe müssen die Gemeinden also mehr leisten, bekommen dafür aber weniger Mittel.

Zusammenlegungen auch in Frankreich? In Anbetracht der angespannten Finanzlage stellt sich die Frage, ob nicht auch in Frankreich Gemeindezusammenlegungen als Mittel der Effizienzsteigerung geplant sind. Vordergründig ist die Zusammenlegung von Regionen beschlossene Sache, bei der Gemeindezusammenlegung wird jedoch auf Freiwilligkeit gesetzt. Finanzielle Anreize gibt es für jene Gemeinden, die sich noch in diesem Jahr mit Nachbarn ihrer Wahl zusammenschließen. Das entsprechende Gesetz trat im Frühjahr 2015 in Kraft, bisher haben 70 Kommunen mit einer Gesamteinwohnerzahl von 64.000 Personen davon Gebrauch gemacht. So entstanden 25 neue Gemeinden.

Frankreich kennt allerdings nicht nur Kommunen, sondern auch über 2000 Gemeindeverbände. Diese erfüllen zahlreiche lokale Aufgaben, sind aber ein reines Verwaltungskonstrukt.

> „Großes Aufsehen erregte die Gemeinde Givors im Süden Lyons, wo Anfang Juni **eine Guillotine als Symbol für die Kürzung der Gemeindefinanzen** aufgestellt wurde."

Ein von der Regierung vorgelegter Reformvorschlag wurde auf Druck der französischen Bürgermeister zwar dahingehend geändert, dass die Mitglieder der Verwaltungsräte weiterhin von den beteiligten Gemeinden ernannt und nicht – wie in der Regierungsvorlage vorgeschlagen – direkt von den Bürgern gewählt werden. Auch das beabsichtigte Einzugsgebiet von mindestens 20.000 Einwohnern konnte nach Intervention der AMF auf 15.000 reduziert werden. Ausnahmen gibt es jedoch nur für dünn besiedelte Regionen und Bergregionen, d. h. politische, wirtschaftliche und geografische Realitäten anderer Art spielen keine Rolle mehr.

Die Verbände werden aber auch ohne die Einführung der Direktwahl gestärkt, die Gemeinden verlieren die Zuständigkeiten für Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Tourismus. Alles in allem Grund genug, wachsam zu bleiben. Dass die Verbände die Gemeinden mittel- bis langfristig „schlucken" werden, steht im Raum.

Aufgrund all dieser Entwicklungen ruft die AMF zu einem nationalen Mobilisationstag am 19. September auf, wo v. a. die Bürger über die Auswirkungen der Sparpolitik informiert werden sollen. Doch viele Gemeinden und Regionalverbände warten nicht bis zum Herbst. Großes Aufsehen erregte die Gemeinde Givors im Süden Lyons, wo Anfang Juni eine Guillotine als Symbol für die Kürzung der Gemeindefinanzen aufgestellt wurde. Und die Bevölkerung wird sich insgesamt unangenehme Fragen stellen müssen. Um mit den Worten eines Bürgermeisters zu sprechen: „Sollen wir eher die Kinderkrippe oder das Pflegeheim schließen?"

Umfrage: 92 Prozent der Kunden in den Bürgerservicestellen waren mit dem Service sehr zufrieden.

BÜRGERSERVICESTELLEN

EINE STELLE FÜR ALLE FÄLLE

In den Bürgerservicestellen der Landespolizeidirektionen werden sämtliche Behördenwege an einer Stelle abgewickelt – vom Antrag bis zur Erledigung.

Vom Auszug aus dem Strafregister bis zur Ausstellung eines Waffenpasses: In den Bürgerservicestellen können die Bürgerinnen und Bürger sämtliche Leistungen einer Landespolizeidirektion an einer einzigen Stelle in Anspruch nehmen. Die Behördenwege werden dadurch für den Bürger verkürzt und erleichtert. Im Zuge der Behördenreform 2011/12 wurden bei den Landespolizeidirektionen und deren Außenstellen (Wr. Neustadt, Schwechat, Steyr, Wels, Leoben und Villach) zentrale und serviceorientierte Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger eingerichtet, die als Bürgerservicestellen den Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner und Auskunftsstellen zur Verfügung stehen. Die Servicestellen sind Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr erreichbar. In diesen Bürgerservicestellen können die Bürger nachstehend angeführte Leistungen einer Landespolizeidirektion an einer einzigen Stelle in Anspruch nehmen. Die Aufgaben: Parteienverkehr; Einhebung unbarer und barer Gebühren bzw. Verwaltungsabgaben; Lenkerberechtigungen-Erstausstellung und Ausdehnung; Ausstellung von Taxilenkerausweisen; Ausstellung von Schülertransportausweisen; Bescheid-Ausstellungen (L17, Übungsfahrt); Führerscheinausstellung (Umtausch, Verlängerung); Ausstellung Verlustanzeige und Unbedenklichkeitsbescheinigung; Wunschkennzeichen-Antrag bearbeiten; Bewilligung Probefahrtkennzeichen; Antragstellung für Veranstaltungen; Ausstellung von Pyrotechnikausweisen; Ausstellung von Sprengmittelbezugsscheinen; Antrag-

STANDORTE BÜRGERSERVICESTELLEN

Landespolizeidirektion Burgenland
7001 Eisenstadt, Neusiedler Straße 84
Tel.: 059133/10/0 Fax: 059133/10/1009
lpd-b@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Kärnten
9020 Klagenfurt, Buchengasse 3
Tel.: 059133/20/0 Fax: 059133/20/1009
lpd-k@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Villach
9500 Villach, Trattengasse 34
Tel.: 059 133-26 5555
pk-k-villach@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Niederösterreich
3100 St. Pölten, Neue Herrengasse 15
Tel.: 059133/30/0 Fax: 059133/30/1009
lpd-n@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Schwechat
2320 Schwechat, Wiener Straße 13
Tel.: 059 133-3290 533
pk-n-schwechat@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Wr. Neustadt
2700 Wiener Neustadt, Burgplatz 2
Tel.: 059 133-3360-542 od. 543 (Vermittlung)
pk-n-wr-neustadt@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Oberösterreich
4020 Linz, Nietzschestraße 33
Tel.: 059133-40 6666
lpd-o@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Steyr
4400 Steyr, Berggasse 2
Tel.: 059133/46/2410
pk-o-steyr@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Wels
4600 Wels, Dragonerstraße 29
Tel.: 059133/47/5555
pk-o-wels@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Salzburg
5020 Salzburg, Alpenstraße 90
Tel.: 059 133-50-6666
lpd-s@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Steiermark
8011 Graz, Parkring 4
Tel.: 059 133-60-6211
lpd-st@polizei.gv.at

Polizeikommissariat Leoben
Bürgerservicestelle
28700 Leoben, Josef-Heißl-Straße 14
Tel.: 059 133-66-0
pk-st-leoben@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Tirol
6020 Innsbruck, Kaiserjägerstraße 8
Tel.: 059133/70/0
Fax: 059133/70/6009
lpd-t@polizei.gv.at

Landespolizeidirektion Wien
Verkehrsamt
1090 Wien, Josef-Holaubek-Platz 1
Tel.: 01-31310

FOTO // Copyright LPD Salzburg/Michael Korber)

stellung für waffenrechtliche Urkunden; kostenpflichtige Auskunftserteilung (Anwälte); Eintragungen in Typenschein; Ausstellung von Strafregisterbescheinigungen; Namens- und Adressänderung; Einbringung von Anträgen.

Angelegenheiten, die auf Grund notwendiger Erhebungen oder zeitintensiver Verwaltungstätigkeiten nicht sofort erledigt werden können, werden im Anschluss in den Fachabteilungen abgearbeitet und anschließend kundenfreundlich wieder von der Bürgerservicestelle erledigt.

Umfrage. Um die Kundenzufriedenheit in den Bürgerservicestellen in Erfahrung zu bringen, fand im April und Mai 2015 eine Umfrage unter Kunden in den Bürgerservicestellen statt. Ziel der Befragung war es festzustellen, wie der Service von den Kunden angenommen wird und ob es Verbesserungsbedarf gibt. „Es haben 3.015 Bürgerinnen und Bürger an der Umfrage teilgenommen", sagt Nicole Kobalter von der Koordinationsstelle im BMI. „Die häufigsten Gründe, warum die Bürgerinnen und Bürger zu den Bürgerservicestellen gekommen sind, sind Strafregister- und Führerscheinangelegenheiten gewesen."

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage konnten unter sechs Aspekten ihren Besuch in den Bürgerservicestellen beurteilen. Die Aspekte „Freundlichkeit und Kompetenz der/des Bediensteten" waren den Bürgerinnen und Bürgern am wichtigsten. Die Umfrage brachte insgesamt ein erfreuliches Ergebnis: 92 Prozent der Befragten gaben an, mit dem Service sehr zufrieden gewesen zu sein. Von den acht Prozent der Unzufriedenen waren zwei Drittel mit der Ausstattung im Wartebereich und mit der Orientierung im Amtsgebäude nicht zufrieden, dem restlichen Drittel missfiel die Wartezeit, die Bearbeitungszeit und die Kompetenz/Freundlichkeit der/des Bediensteten. Die Verbesserungsvorschläge wurden aufgenommen und werden bearbeitet. „Die Umfrage hat ein für uns sehr erfreuliches Ergebnis geliefert, das die gute und professionelle Arbeit widerspiegelt, die in der Sicherheitsverwaltung geleistet wird", sagt der zuständige Abteilungsleiter im BMI, Mag. Manfred Zirnsack.

ASYL-QUARTIERE

Koordinierungsstelle für Flüchtlingsquartiere

In Anbetracht der laufend steigenden Asylanträge kommt es derzeit zu einem Engpass in der Bereitstellung von ausreichend Quartieren für Menschen, die in Österreich Schutz vor Verfolgung suchen. Das Bundesministerium für Inneres hat eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen, um weitere Quartiere zu beschaffen und in weiterer Folge zu belegen. Zur Abwicklung dieser Unterstützungsstruktur wird durch einen im jedem Bundesland vorhandenen Single Point of Contact (SPOC) eine strategische Vernetzung der relevanten regionalen Akteure (Grundversorgungsabteilung BMI, Grundversorgungsstelle des Landes, NGO, LPD und BFA) herbeigeführt, um eng und abgestimmt zusammenarbeiten zu können. Diese ergänzende Struktur stellt eine Unterstützungsstruktur für das Gesamtsystem Grundversorgung dar und soll in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Bundesland erfolgen. Der Vertreter des BMI im SPOC stellt sicher, dass Quartierangebote entgegengenommen werden.

Dazu wurde auf Bundesebene eine Hotline eingerichtet, die dem SPOC in den Ländern verfügbare Quartiere meldet. Diese Quartierangebote werden sodann in einem ersten Schritt an die Grundversorgungsstelle des Landes gemeldet. Bei negativer Rückmeldung wird in einem zweiten Schritt das Quartierangebot an eine NGO zur Anmietung und Bereitstellung von Betreuung vor Ort übermitteln. Durch dieses System soll die Zusammenarbeit aller Beteiligten gestärkt werden, um im gesamten Grundversorgungssystem mit mehr Stärke arbeiten zu können.

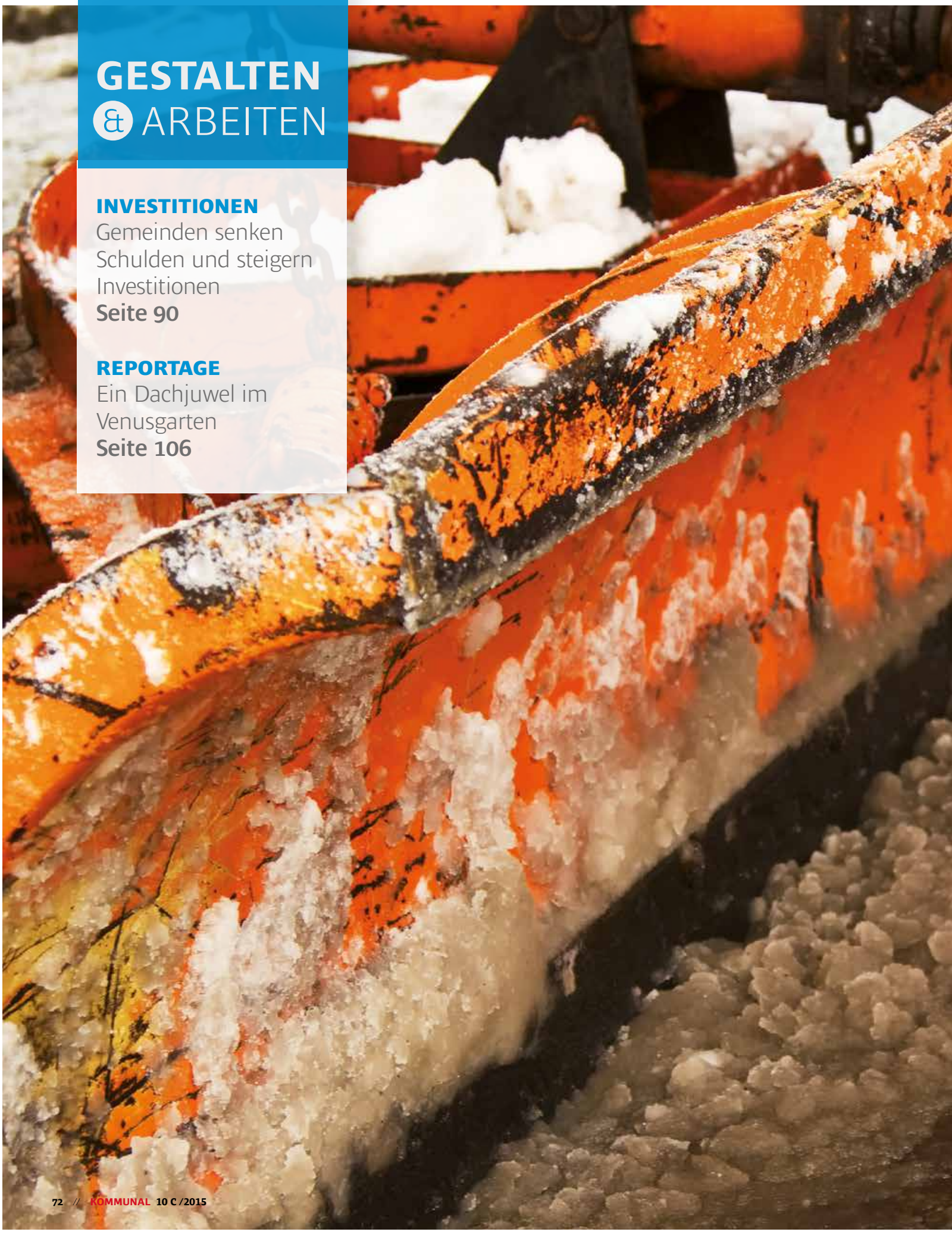
Interessenten können sich kostenlos aus allen Netzen unter 0800-23 00 90 oder per E-Mail unter quartiersuche@bmi.gv.at an das Bundesministerium für Inneres wenden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

GESTALTEN & ARBEITEN

INVESTITIONEN
Gemeinden senken Schulden und steigern Investitionen
Seite 90

REPORTAGE
Ein Dachjuwel im Venusgarten
Seite 106



LEISE RIESELT DAS SALZ

Selbst mit einem guten Winterdienst gewinnt man keine Wahlen. Mit einem schlechten verliert man sie jedoch womöglich. Haushalten ist daher gar nicht so leicht, und Einsparungspotenzial liegt am ehesten darin, auf effizientes Gerät am letzten Stand der Technik zu setzen.

TEXT / Andreas Hussak

Das Thema Winterdienst wird langsam aber sicher wieder aktuell. Leider, werden die meisten sagen. Leider deshalb, weil der Winterdienst ein recht undankbares Aufgabengebiet ist. Blumentopf gewinnt man damit nämlich keinen. Eigentlich kann man, wenn, dann nur verlieren. Denn die Bürger erwarten sich von der Gemeinde, jederzeit mit den widrigsten Witterungsbedingungen zurecht zu kommen. Sie erwarten sich geräumte und sichere Straßen, Parkplätze, Haltestellen und Gehwege. Schließlich zahlen sie ja Steuern und Gemeindeabgaben. Im besten Fall also werden ihre Erwartungen erfüllt. Mehr aber auch nicht. Positiv überraschen kann man selbst mit der besten Schneeräumung nur schwerlich. Eher muss man es von einem negativistischen Standpunkt aus betrachten und sich am Ende eines Winters darüber freuen, wenn nichts schiefgegangen ist. Und damit das gelingt, sind einige Anstrengungen nötig. Sollte hingegen dem Winterdienst zu wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden sein, sei es in personeller, technischer oder ressourcenmäßiger Hinsicht, reicht ein witterungsintensiver Moment um die Gemeinde in einem Schneechaos, in Schockstarre oder gar in Isolation versinken zu lassen. Die Schwierigkeit besteht darin, die Balance zu finden zwischen einerseits permanent für den Intensiveinsatz ausgerüstet und einsatzbereit zu sein, und andererseits die finanziellen Mittel effektiv einzusetzen. Für Gemeinden in höheren Lagen ist dieses Gleichgewicht noch leichter zu finden. Mit einiger Gewissheit dürfen sie davon ausgehen, dass es eine auf Erfahrungswerten basierende Zeitspanne gibt, in der die Schneeräumung, das Ausbringen von Streugut etc. vonnöten sein wird. Unberechenbarer ist es für Gemeinden im Flachland. Wer weiß da schon, ob es im kommenden Winter – wie vielleicht im vergangenen – an drei Tagen leicht angezuckert sein wird oder aber ob es einer der alle paar Jahre stattfindenden Jahrhundertwinter sein wird? Auf letzteren sollte man vorbereitet sein, aber unwirtschaftlich ist die aufrechterhaltene Bereitschaft dafür, wenn der Schnee nicht einmal liegenbleibt.

Wie auch immer, in weiten Teilen Österreichs ist noch in jedem Jahr der Winter gekommen. Mit all seiner Pracht und all den Aufgaben, die in dieser Jahreszeit bewältigt werden müssen. Gerade bei den Kommunen sind die Wintermonate Jahr für Jahr die Herausforderung schlechthin. Daher lohnt sich ein Blick auf die neuesten Geräte für diesen Einsatzbereich. Neben hochmotivierten Mitarbeitern benötigt ja jede Gemeinde auch die zuverlässigsten Maschinen, die Schnee, Eis und Glätte trotzen. Maschinen, die nicht versagen und den Männern und Frauen in den Bauhöfen täglich zuverlässige Dienste leisten. Dabei ist es auch wichtig, dass neben der reinen Zweckerfüllung auch Übersicht und Komfort geboten werden.

> „Neben hochmotivierten Mitarbeitern **benötigt jede Gemeinde zuverlässige Maschinen**, die Schnee, Eis und Glätte trotzen.

Man stelle sich vor es ist Winter, es ist kalt und der Wecker klingelt um drei Uhr in der Früh. Es hat frisch geschneit und es sind zwischen dreißig und sechzig Zentimeter Neuschnee auf einer langen Strecke, aber auch auf Bushaltestellen, öffentlichen Parkplätzen etc. zu beseitigen. Für den Mitarbeiter im Bauhof, dem während der ganzen Arbeitszeit die volle Konzentration des Fahrers abverlangt wird, ist das ein harter Tag. Der Schneefall hält immer noch an und der Fahrer des Bauhofs fährt auf die Strecke. Die Sicht ist schlecht, es ist dunkel und die weiße Wand der Schneeflocken erlaubt kaum eine weite Sicht. Der Schneepflug ist sehr breit und räumt den Schnee zur Seite. Hier zählt jeder Zentimeter, den das Räumgerät näher beim Fahrer ist, um eine möglichst gute Übersicht zu haben. Dann kommt der erste Parkplatz. Er ist ebenfalls zugeschneit und einige Autos sind stehen geblieben. Hier muss der Schneepflugfahrer sein Können unter Beweis stellen.

ANDREAS HUSSAK IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL

Klassischer Winteralltag bei den Mitarbeitern im Bauhof. Einer der zuverlässigsten und beliebtesten Helfer der Bauhofmitarbeiter ist der Unimog. Er bietet mit seiner großen Frontscheibe den besten Blick auf das Anbaugerät vorne, ganz egal ob es ein Schneepflug oder eine Schneefräse ist. Der vollgefederte Mercedes-Benz-Abkömmling mit einer schwingungsgedämpften Kabine bietet dem Fahrer dazu noch den bestmöglichen Sitzkomfort auf einem luftgefederten Sitz. Das schützt vor Ermüdung, erhält die Konzentration und beugt Rückenproblemen vor.

Beim Parkplatzräumen hilft der „easydrive" genannte Fahrantrieb. Der Fahrer wechselt bei der Einfahrt auf den Parkplatz vom Antrieb mit dem Getriebe auf den hydrostatischen Antrieb. Muss oft bei langsamen Geschwindigkeiten zwischen den Fahrzeugen rangiert werden oder ist es eng und jeder Zentimeter zählt, dann hilft die optional erhältliche Hinterachszusatzlenkung. Mit den unterschiedlichen Fahrmodi kann der Schneepflugfahrer mit Allradlenkung oder Hundegang den Parkplatz vom Schnee befreien. Die Feinfühligkeit wird durch das neue Bedienkonzept des Unimog geschaffen. Durch die Bedienung des Joysticks steuert der Fahrer das Vor wärts- bzw. Rückwärtsfahren an und aktiviert mit dem Joystick auch die automatische Schneepflugaushebung. Für den Fahrer werden komplexe Vorgänge automatisiert und somit die Effizienz und Wirtschaftlichkeit von Fahrer und Fahrzeug gesteigert.

Für den Mitarbeiter im Bauhof, dem während der ganzen Arbeitszeit die volle Konzentration des Fahrers abverlangt wird, ist ein Tag mit dem Schneepflug ein harter Arbeitstag.

Geht es wieder auf die Straße, wird vom hydrostatischen auf den Antrieb mit dem Getriebe umgeschaltet. Über das zentrale Bedienfeld wird der Druck, mit dem der Pflug auf die Fahrbahn gedrückt wird, gesteuert. Das Fahrwerkskonzept basiert auf dem robusten Leiterrahmen. Charakteristisch sind die Portalachsen für hohe Bodenfreiheit, permanenter Allradantrieb und Sperren an den Achsen. So ist man mit dem Unimog von 0-90 km/h sicher unterwegs, auch abseits befestigter Wege. Hier punktet er mit der großen Achsverschränkung und der ab Werk erhältlichen Reifendruck-Regelanlage triecontrol plus. Die neue, kraftvolle Premium-Motorbremse verzögert dazu noch verschleißfrei mit einer Leistung von bis zu 300 kW.

Nach dem Schneefall ist immer auch vor dem Schneefall. Es gilt die Strecke frei von Schnee und Eis zu halten. Hier ist das Streuen von Taumitteln die Aufgabe des Winterdienstes. Der Unimog kann hier lang auf der Strecke bleiben. Dies liegt nicht nur an dem geringen Verbrauch, sondern auch der großen Menge an Streumitteln, die das Arbeitstier aufgrund des Konzepts auf seinem Anbauraum hinter dem Fahrerhaus transportieren kann.
Beim Schneefräsen ist die Lenkung Vario Pilot sinnvoll. Der Fahrer kann binnen Sekunden sei- »

Mercedes-Benz hat den legendären Unimog renoviert. Neue Motoren, neue Technik und mehr Komfort stehen auf dem Programm.

nen Arbeitsplatz von links nach rechst verlegen und hat so die beste Sicht auf die Straßenkante, bis zu der er den Schnee wegfräsen soll.

Für die Effizienz ganz entscheidend ist bei den Winterdienst-Geräten immer die Antwort auf die Frage: Kann ich die Geräte auch in der schneefreien Zeit sinnvoll gebrauchen? Beim Unimog als Multifunktionsgerät kann man sie zweifellos mit Ja beantworten. Ebenso ein Ja bekommt der neue Geräteträger agria 5900 Cyclone. Im Winter als Schneepflug, Schneefäse, Streuer und Kehrer einsetzbar, kann er in der warmen Jahreszeit zahlreiche weitere Aufgaben übernehmen. Vom Buschholzhacken, über die Bodenbearbeitung wie Eggen oder Umkehrfräsen bis hin zur Grünflächenbearbeitung, bei der der Cyclone mulchen oder mähen ebenso gut kann, wie er als Bandrechen oder Ballenpresse performt.
Ähnlich vielseitig ist der Fendt Vario 300 S4 verwendbar. Der kompakte Allroundtraktor hat sich schon durch seine Vorgängermodelle (die 300er-Serie gibt es bereits seit 1980) einen hervorragenden Ruf als idealer Winterdienst-Traktor erarbeitet und bewährt sich dank seiner hohen Flexibilität auch während der warmen Jahreszeit bei den verschiedensten Aufgaben.

Natürlich gibt es auch dezitiert nur für den Wintereinsatz geschaffene Gerätschaften. Diese sind im Sommer zwar kaum zu gebrauchen, haben aber dennoch ihre Daseinsberechtigung, da sie in der Regel unersetzbar sind. Wie zum Beispiel die neuen Einkammertellerstreuer D 301 und D 601 von Kugelmann. Beachtenswert sind sie aufgrund ihres geringen Eigengewichts bei gleichzeitig hoher Nutzlast, wegen ihrer korrosionsbeständigen Werkstoffkombination aus Kunststoff und Edelstahl sowie ihrer vielfältigen Ausstattungsmöglichkeiten bis zur vollen Wegabhängigkeit. Ihr präzises Streubild spart Kosten und schont die Umwelt. Dank Schneckenantrieb verfügen sie über eine exakte Dosiergenauigkeit. Noch interessanter werden sie aber noch mehr aufgrund ihres hervorragenden Preis-Leistungs-Verhältnisses.
In die gleiche Kerbe schlägt der Sole-/Kombistreuer Virtus Mini AST von Epoke. Eine reduzierte Umweltbelastung und Kostensenkung durch weniger Materialverbrauch sind neben der schnellen Reaktionszeit nach Ausbringung der Sole die wesentlichen Vorteile seiner neuen Streutechnologie. Der Virtus „Mini“ wird als Aufsatzgerät auf Kleinfahrzeuge aufgebaut und

kann hydraulisch oder über einen Benzinmotor angetrieben werden.

Egal ob nun ein milder oder strenger Winter bevorsteht, gewappnet für den Ernstfall sollte man auf jeden Fall sein. Spekulative Einsparungen an Personal und Technik sind daher fehl am Platz. Dennoch bieten sich Möglichkeiten, auch beim Winterdienst die Kosten zu senken. Sei, es, dass man Gerätschaften nutzt, die auch in anderweitigen Aufgabengebieten ihre Anschaffungskosten amortisieren können, oder sei es, dass man die Effizienz moderner Maschinen nutzt, die hinsichtlich Verbrauch, Verschleiß und Umweltfreundlichkeit auf dem neuesten Stand der Technik sind. Der Markt bietet eine breite Palette an Bewährtem und etliche Innovationen. Ein Vergleich lohnt sich!

www.agria.de
www.epoke.de
www.fendt.com
www.kugelmann.com
www.Unimog.at

Der Solestreuer Virtus Mini AST: Das Streuen mit einer Salzlösung (NaCl) ist die umweltfreundlichste Form der Glatteisbekämpfung, da die Salzmenge bei Solestreuung erheblich reduziert wird. Alle Streuerfunktionen sind vom Fahrerhaus zu bedienen. Die Datenerfassung durch EpoTrack ist möglich.

ÖBB INFRA

Sicherheit

hat Vorrang!

Richtiges Verhalten am Bahnsteig

- Warten Sie stets hinter der Sicherheitslinie!
- Keine Skateboards und andere Sportgeräte auf Bahnhöfen!
- Kinderwagen und Reisegepäck beaufsichtigen!
- Gegenstände immer festhalten! Gedränge, starker Wind oder der Luftzug durchfahrender Züge können diese in Bewegung setzen!

Nähere Infos und Sicherheitsvideos auf oebb.at/Sicherheit

GELUNGENE KOMMUNALMESSE-PREMIERE

hollu mit neuen Reinigungsmaschinen in Wien

Erstmals präsentierte hollu das neue Sortiment an Reinigungsmaschinen & -automaten der Marke FIMAP live vor Publikum: auf der größten Fachmesse für Gemeinden – Die Kommunalmesse – vom 9. bis 11. September 2015 in Wien. „In Zusammenarbeit mit FIMAP können wir die Anforderungen der professionellen Boden- und Unterhaltsreinigung sicher, zuverlässig und höchst effizient erfüllen", betont hollu Geschäftsführer Simon Meinschad. Bei der maschinellen Reinigung handelt es sich um die effizienteste und qualitativ hochwertigste Methode in der täglichen Boden- und Unterhaltsreinigung – perfekt für Klassenzimmern, Aufenthaltsräumen, Aulas, Parkplätzen sowie allen anderen Anwendungsbereichen in öffentlichen

KONTAKT
hollu Systemhygiene GmbH
Salzstraße 6, 6170 Zirl
Telefon: 0800 100 76 10
www.hollu.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WINTERDIENST

NEUER VARIO-SCHNEEPFLUG VON HAUER

Der zweiteilige Schneepflug VS-L ist in den Größen 2,4 m – 3,2 m erhältlich, die Pflugscharen können separat nach vorne und rückwärts geschwenkt werden.

Mit mehr als 40 Jahren Erfahrung in der Entwicklung von Kommunalgeräten, bietet die Firma Hauer höchste Qualität und innovative Technik. Neu im Kommunalprogramm präsentiert Hauer die Vario-Schneepflugserie VS-L. Der zweiteilige Schneepflug ist in den Größen 2,4 m – 3,2 m erhältlich. Der Schneepflug VS-L bietet hohen Komfort in der Schneeräumung und ist sowohl für Gebiete mit kleineren als auch großen Schneemengen geeignet. Bei diesem Vario-Schneepflug können die Pflugscharen separat nach vorne und rückwärts geschwenkt werden. Dadurch ist der VS-L Pflug besonders flexibel einsetzbar. Hochwertige Materialien und qualitätsbewusste Verarbeitung gewährleisten hohe Zuverlässigkeit in der Anwendung und Langlebigkeit. Der Anbau ist mit Kuppelplatte oder alternativ mit 3-Punkt möglich. Mehr Informationen zu den Neuheiten von Hauer unter www.hfl.co.at.

KONTAKT
Franz Hauer GmbH & CoKG
Werksstraße 6
A-3125 Statzendorf
Tel. 02786/7104-0
E-Mail: **info@hfl.co.at**
Web: **www.hfl.co.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

hauer
WINTER aktion
gültig von 01. 10. 2015 - 31. 01. 2016

HS Schneeschild
ab € 3.850,–
inkl. MwSt.

ANBAUVARIANTEN
- 3-Punkt-Anbau
- Anschluss an Gerätedreieck
- Frontladeranbau SWE oder EURO-Haken
bei Frontladeranbau ist ein Pendelausgleich (Zusatzausrüstung!) erforderlich.

Franz Hauer GmbH & CoKG | A-3125 Statzendorf | www.hfl.co.at
technik, die bewegt

Tradition hat einen Namen:
90 Jahre ISEKI.
...und wir feiern mit!

Let's GO ISEKI

Leistungsstarke Allrad-Dieseltraktoren: zuverlässig und unschlagbar im Winterdienst!

Symbolfoto

Modell	Iseki TM 3185
Motor	ISEKI Diesel-Motor
Zylinder	3
Leistung	18 PS / 11,6 kW
Hubraum	761 cm³

Inklusive:

- Schaltgetriebe 6 V / 2 R
- Allrad zuschaltbar
- Servolenkung
- müheloses Rangieren auf schmalen Wegen: nur 1 Meter breit
- beheizte Sicherheitskabine
- Profi-Schneeräumschild
- Aktions-Streuer

ab **€ 16.990,–** zzgl. USt.*

Symbolfoto

Modell	Iseki TXG 237
Motor	ISEKI Diesel-Motor
Zylinder	3
Leistung	27 PS / 19,9 kW
Hubraum	1.123 cm³

Inklusive:

- zuschaltbarer Allradantrieb
- Schmal (nur 1 Meter)
- Leistungsstarke 27 PS
- enormer Lenkeinschlag
- Sicherheitskomfortkabine
- Profi-Schneeräumschild
- Aktions-Streuer

ab **€ 18.990,–** zzgl. USt.*

Symbolfoto

Modell	Iseki TM 3215 H
Motor	ISEKI Diesel-Motor
Zylinder	3
Leistung	24 PS / 18 kW
Hubraum	1.123cm³

Inklusive:

- Hydrostat mit 3 Stufen
- ILS Leichtfahrsystem
- Softanlauf der Zapfwelle
- Durchfahrtsbreite 1,12 Meter
- Sicherheitskomfortkabine
- Profi-Schneeräumschild
- Aktions-Streuer

ab **€ 21.990,–** zzgl. USt.*

* Angebote solange der Vorrat reicht (Stand: August 2015)

ZIMMER

Zimmer Handelsgesellschaft m.b.H., Carlbergergasse 66, 1230 Wien
Tel.:+43/1/86 303 - 0 | office@zimmer.at | www.zimmer.at | www.iseki.at

UNVERZICHTBAR

BRANDSCHUTZ BEI BAUPROJEKTEN

Kommunal hat Alfred Pölzl, Fachexperte für Brandschutzmanagement der ÖQA, zu Brandursachen, mangelndem Risikobewusstsein und wirkungsvollen Brandschutzmaßnahmen, die teilweise bereits im Zuge von Neu- und Umbauten getroffen werden können, befragt.

KOMMUNAL: Wie häufig treten Brände auf und welche Auswirkungen haben diese?
ALFRED PÖLZL: In Österreich brennt es jährlich rund 25.000 Mal. Dadurch entsteht ein Gesamtschaden von 260 Millionen Euro pro Jahr. Die Auswirkungen von Bränden sind verheerend. Innerhalb von 30 Minuten kann ein Brand die gesamte Geschäftsgrundlage eines Unternehmens zerstören. Die Hälfte aller von einem Großbrand betroffenen Unternehmen schafft es nicht mehr zurück auf den Markt. Ganze Existenzen werden mangels effektiver Brandschutzmaßnahmen zerstört. Im schlimmsten Fall kostet ein Brand auch Menschenleben. Aber nur rund zehn Prozent der Unternehmen weisen ein effektives Brandschutzmanagement auf.

Was sind die häufigsten Ursachen für Brände?
Technisch gesehen liegen die Ursachen am häufigsten im Bereich der Elektrotechnik, bei Leitungen und bei Betriebsmitteln. Rund 95 Prozent der Brände werden durch menschliches Fehlverhalten ausgelöst. Sei es durch fehlendes Wissen oder Können und vor allem Fahrlässigkeit. Die Missachtung von Sicherheitsbestimmungen, Unkenntnis von anerkannten Regeln der Technik und fehlende oder fehlerhafte Schnittstellenspezifikationen sind dabei am verbreitetsten. Fehlverhalten beginnt nicht erst kurz vor der Brandentstehung, sondern bereits in den ersten Planungsphasen eines Bauprojektes, indem wichtige Überlegungen zum Brandschutz unterlassen werden.

> **„Rund 95 Prozent der Brände** werden durch menschliches Fehlverhalten ausgelöst."
> **Alfred Pölzl**

Wer ist bei einem Bauvorhaben für den Brandschutz zuständig?
Eine Vielzahl an Personen und Unternehmen sind bei einem Bauvorhaben abzustimmen. Die Kommunikation ist von einer unterschiedlichen Auffassung zur Wichtigkeit von Brandschutz, Zielen und Aufgaben geprägt. Der Architekt ist der Herr der Planung. Für einen effektiven Brandschutz fungiert aber idealerweise ein Brandschutzplaner, bei dem alle Fäden hinsichtlich des Brandschutzes zusammenlaufen. Wird das Thema Brandschutz in der Planungsphase nicht angegangen, kann es zum Stillstand von Bauvorhaben kommen, wie beim Stopp des Projekts Stuttgart 21 aufgrund von Brandschutzproblemen.

Wann sollte ein Brandschutzplaner zu einem Bauprojekt hinzugezogen werden?
Der Brandschutzplaner sollte so früh wie möglich involviert werden. Bereits zu Beginn der Planung kann Rücksicht auf sämtliche brandschutztechnische Maßnahmen und auf kleinere Brandabschnitte genommen werden. Dadurch erspart man sich kostenintensive Nachrüstungen, wie beispielsweise eine Brandmelde- oder Sprinkleranlage. Bei der architektonischen Gestaltung sowie bei allfälligen späteren Umbauten bzw. Adaptierungen ist man flexibler. Der Brandschutz wird später nicht als störend wahrgenommen. Wichtig ist dies besonders bei offenen Stiegenhäusern, der Festlegung von Brandabschnitten sowie einer allfälligen Brand- »

„NACHTRÄGLICH ERGRIFFENE BRANDSCHUTZMASSNAHMEN SIND **UM DEN FAKTOR 1000** HÖHER ZU BEZIFFERN ALS IM VORFELD GEPLANTE.“

Alfred Pölzl über die Nachteile nachträglicher Brandschutzplanung

meldeanlage. Da die brandschutztechnische Planung bereits im Brandschutzkonzept enthalten und budgetiert wird, fallen für eine Planung im Vorfeld keine weiteren Kosten an. Im Gegenteil, eine frühzeitige Planung ermöglicht ein kostengünstigeres Bauen.

Welche Nachteile ergeben sich durch eine spätere Planung?
Erfolgt die Brandschutzplanung erst im Nachhinein, muss man sich an die baulichen Gegebenheiten anpassen. Zu große Brandabschnitte führen dazu, dass die Installation einer Sprinkleranlage unumgänglich wird. Dies ist in der Anschaffung, Wartung und aufgrund der geringen Erneuerungsabstände aufwändig und teuer. Nachträglich ergriffene Brandschutzmaßnahmen sind um den Faktor 1000 höher zu beziffern als im Vorfeld geplante.

Profitieren auch Professionisten durch eine frühzeitige Planung?
Ja, auch für Handwerker, vor allem für Installationen und Haustechnik beauftragte Unternehmen ergeben sich durch eine Planung im Vorfeld Vorteile. Beispielsweise können Öffnungen in Brandwänden vorgesehen werden, um eine höhere Anzahl an Kabeln und Leitungen durchzuführen. Werden die Öffnungen nur in Standardgröße ausgeführt, kann es mitunter zu einer zu hohen Belegungsdichte führen. Dann müssen teure Speziallösungen eingesetzt werden, um normgerecht Leitungen durch Brandwände zu führen.

Warum sind Installationen brandschutztechnisch besonders zu beachten?
Eine Brandwand soll Brände so klein wie möglich halten. Jede Wanddurchführung ist brandschutztechnisch zu behandeln. Abschottungen sind unbedingt erforderlich. Durch unsachgemäße Installationen kann das Feuer durch Installationskanäle Brandwände überbrücken. Kabel können bei schlechter Installation als Zündschnur wirken und so den Brand von einem Brandabschnitt auf einen anderen übertragen. Nicht nur der Brandschaden bis zum Totalausfall erhöht sich, sondern auch versicherungstechnisch ergeben sich Schwierigkeiten. Ein Übergreifen auf einen weiteren Brandabschnitt ist nicht gedeckt, da der Brand bei einem umfassenden Brandschutzsystem schlichtweg nicht übergreifen darf. Der Versicherer kann aus der Leistung aussteigen.

ZUR PERSON

Ing. Dr. Alfred Pölzl, MSc, ist Fachexperte für Brandschutzmanagement der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Qualität (ÖQA) und Autor des Buches „Brandschutzmanagement – Neue Wege im betrieblichen Brandschutz“. Die ÖQA Zertifizierungs-GmbH ist die einzige Stelle Österreichs, die zur Vergabe und Prüfung des Austria Gütezeichens „Brandschutzmanagement“ berechtigt ist.

Wozu dient ein Brandschutzmanagementsystem?
Ein Brandschutzmanagementsystem schützt vor dem wirtschaftlichen Knock-out und Personenschäden. Es ist hilfreich gegen Haftungsansprüchen Dritter und liefert nach einem Ernstfall bei einer gerichtlichen Verteidigung Beweise zur Haftungsminderung. Mit einem Brandschutzgütezeichen zeigt ein Unternehmen, dass der Sicherheitsanspruch über das gesetzliche Mindestmaß hinausgeht. Die im Zertifizierungsprozess eingeführten Steuerungstools und Best Practices helfen dem Unternehmen, ein effektives Brandschutzmanagementsystem aufzusetzen, die Betriebs- und Baukosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität zu steigern.
Gütezeichen können mit den Sternen bei Hotels verglichen werden. Bei einem 4-Sterne-Hotel weiß man, was einen erwartet. Gleiches gilt für Betriebe mit Gütezeichen. Angenommen, ein Kindergarten besitzt das Brandschutz-Gütezeichen. Wenn die eigenen Kinder in diesen Kindergarten gehen, fühlt man sich dann nicht sicherer?

Wer ist im Unternehmen für den Brandschutz verantwortlich?
Zur Gewährleistung der Sicherheit und eines effektiven Brandschutzes ist die oberste Ebene gefragt. Der Brandschutz muss einen hohen Stellenwert einnehmen, im Leitbild verankert und aktiv wahrgenommen werden. Ein Großbrand ist immer ein Versagen des Managements. Zudem ist der Wissenstransfer zwischen Abteilungen unerlässlich, damit Brandschutzmaßnahmen nicht nur Insellösungen bleiben.

FOTO/Vorname Nachname/Bildagentur

Entgeltliche Einschaltung

DU DENKST ECHT, DU HAST NICHTS ZU SAGEN?

STIMMEN STATT VERSTUMMEN!

11.10.2015
WIENWAHL

Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2015
Einfach auch per Wahlkarte. Jetzt informieren unter:
Tel. 01 525 50 | www.wahlen.wien.at | www.wienwillswissen.at

Stadt Wien

PREMIERE

VERLEIHUNG DES **EUROPA-STAATSPREISES 2015**

Die Preisträger des Europa-Staatspreises 2015: Wolfgang Böhm, Rainer Nowak (beide: Die Presse), Daniel Gerer (eu2014.at), Anna Gabriel (Die Presse), Sebastian Kurz, Leo Kaserer, Erwin Zangerl (beide AK Tirol, letzterer: AK-Tirol-Präsident).

Anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums des EU-Beitritts Österreichs wurde heuer erstmals der vom BMEIA initiierte Europa-Staatspreis verliehen.

Mit dem Preis soll außerordentliches Engagement von BürgerInnen und Organisationen für Europabewusstsein und Europaverständnis gewürdigt werden. Die Überreichung des Europa-Staatspreises durch Bundesminister Sebastian Kurz erfolgte am 13. Juni im Rahmen des Europaforums Wachau.

Der Europa-Staatspreis in der Kategorie „Zivilgesellschaft“ erging an das Sozialprojekt „Rückenwind“ der Arbeiterkammer Tirol, welches sozial und bildungsmäßig benachteiligten Jugendlichen die Teilnahme an Auslandsprojekten ermöglicht. Die Auswahl der PreisträgerInnen aus rund 130 Einreichungen aus allen Bundesländern erfolgte durch eine Fachjury. In der Kategorie „Europaberichterstattung“ gewann das EU-Ressort der Tageszeitung „Die Presse“, in der Kategorie „Jugend“ die Jugendkampagne eu2014.at, die von den Jungen Europäischen Föderalisten mit Europe Direct Österreich und der Europäischen Bewegung im Vorfeld der Europawahl ins Leben gerufen wurde. Der Europa-Staatspreis 2016 wird im kommenden Frühjahr ausgeschrieben.

Mehr auf www.bmeia.gv.at

EUROPAWEITER FOTO- UND VIDEO-WETTBEWERB

Die Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung veranstaltet im Rahmen eines von der EU geförderten Projekts einen europaweiten Videoclip- und Fotowettbewerb unter dem Motto „European Rural Benefits & Innovations 2020“. Ziel des Wettbewerbes ist es, die enorme Vielfalt und die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der ländlichen Regionen Europas sowie die Innovationskraft ihrer Bevölkerung in Szene zu setzen. Die besten Clips und Fotos werden nicht nur mit attraktiven Preisen belohnt, sondern in Form einer Multimediapräsentation einem breiten Publikum in ganz Europa zugänglich gemacht.

Infos & Kontakt:
Europ. ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung
Doris Hofbauer,
hofbauer@landentwicklung.org

TAUSENDSASSA

Wir sind flächendeckend für effiziente Prozesse im Einsatz.

Wenn Sie Komplettlösungen, kompetente Beratung und qualifizierten Service suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Wir bieten Ihnen alles aus einer Hand. Und das vor Ort.

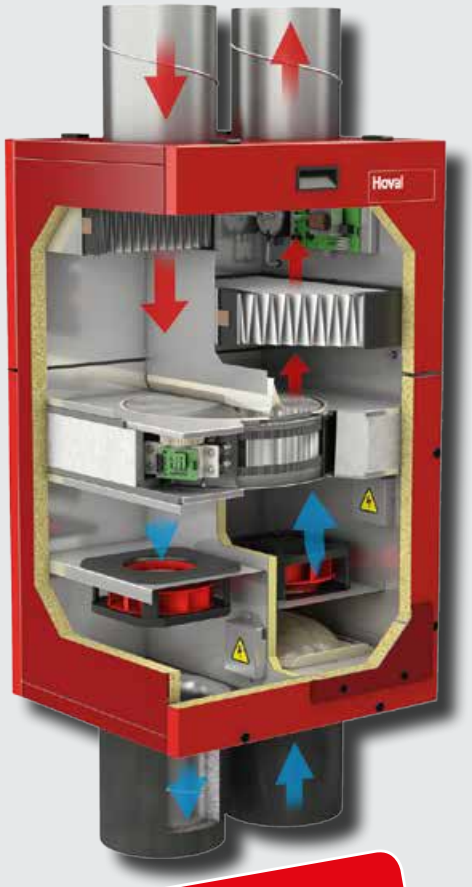
Persönliche Beratungstermine unter **www.triumph-adler.at/tausendsassa**

TA Triumph-Adler
The Document Business
A KYOCERA GROUP COMPANY

Sie wollen komfortables Raumklima?

Hoval

Verantwortung für Energie und Umwelt



Die ganze Welt
der Komfortlüftung
auf einen Klick:
www.homevent.com

Wir haben die optimale Lösung für Sie!

Saubere Luft in Ihren Räumen – wo immer Sie sich aufhalten: Vom Einfamilienhaus über die Wohnung, von der Schule bis hin zum Bürogebäude – das Hoval HomeVent® Wohnraumlüftungssystem sorgt für angenehmes Raumklima. Die Komfortlüftung übernimmt den Luftaustausch für Ihre Wohn- und Arbeitsräume kontrolliert, vollautomatisch rund um die Uhr und ohne Zugluft. Wertvolle Wärme und Feuchte, die beim Lüften über die Fenster verloren gehen würde, wird zurück gewonnen. Der Umwelt und dem Geldbeutel zuliebe – aber vor allem für Ihren Komfort.

Hoval Gesellschaft m.b.H. Hovalstraße 11, 4614 Marchtrenk, www.hoval.at

HEIZUNG UND KOMFORTLÜFTUNG IN EINER NIEDERÖSTERREICHISCHEN SCHULE

HOVAL SORGT FÜR EIN ANGENEHMES RAUMKLIMA

Ein optimales Zusammenspiel aus Heizung und Komfortlüftung ist in der Neuen Mittelschule Weissenbach in Niederösterreich gelungen. Mit dem Einbau eines Hoval Gas-Brennwertkessels UltraGas® und der Komfortlüftung Hoval HomeVent® für jedes Klassenzimmer wurde ein Vorzeigeprojekt in Sachen Energieeffizienz umgesetzt.

Installateur Michael Gadinger (links) und Bürgermeister Johann Miedl (rechts) mit dem Hoval UltraGas®.

Begonnen wurde die Sanierung mit der Erneuerung der Heizung. Der alte Ölkessel hatte ausgedient und wurde durch einen modernen Gas-Brennwertkessel UltraGas® ersetzt, der dank der patentierten aluFer®-Technologie seither für wohlige Wärme mit bester Brennstoffnutzung sorgt.

Die Luftqualität in den Klassenzimmern wurde kurz danach in Angriff genommen, denn ein angenehmes Raumklima macht das Lernen leichter. „Einige Lehrer standen einer kontrollierten Wohnraumlüftung anfangs noch sehr kritisch gegenüber. **Die Luftmessungen, die in allen Klassenzimmern durchgeführt wurden, haben uns aber die Augen geöffnet!“,** berichtet Direktorin Elisabeth Kral.

Die vom ortsansässigen Installationsunternehmen Gadinger durchgeführten Messungen zeigten, dass die CO_2-Belastung innerhalb von fünf Minuten über die Pettenkofer Grenze (1000 ppm CO_2) stieg und nach weiteren 13 Minuten die Hygienegrenze (1500 ppm CO_2) überschritten wurde. Frische Außenluft hat im Vergleich dazu ungefähr 500 ppm CO_2. Nachdem die Messergebnisse vorlagen, war alles klar. Die Gebäudesanierung inklusive Lüftungssystem wurde in den Sommerferien 2014 umgesetzt.

Neben neuen Fenstern und einer neuen Fassade wurden acht Komfortlüftungsgeräte Hoval HomeVent® comfort FR (500) sowie eine Gebäudeleittechnik eingebaut. „Im Zuge der Gebäudesanierung ist der Aufwand für den nachträglichen Einbau der Komfortlüftungen kaum aufwendiger ausgefallen als bei einem Neubau“, erinnert sich Bürgermeister Johann Miedl.

Ein optimal abgestimmtes System

Die Heizung ist heute kaum noch in Betrieb, da es auch so fast immer warm genug ist. Der Grund dafür liegt wohl nicht allein beim milden Herbst 2014.

In jedem der acht Klassenzimmer sorgt ein Hoval HomeVent® für ein angenehmes Raumklima. Somit können die Fenster geschlossen bleiben und die Raumwärme bleibt in den Klassenzimmern.

Die Hoval Komfortlüftung gewinnt die Raumwärme zurück und sorgt gleichzeitig für passende Luftfeuchtigkeit. Somit wirkt sie der oft zu trockenen Luft im Winter entgegen, für ein angenehmes Raumklima zu jeder Jahreszeit.

Ziel absolut erreicht

„Wir würden uns immer wieder für den Einbau der Hoval Komfortlüftungsgeräte entscheiden und empfehlen dieses System auch jeder anderen Schule: Denn jetzt haben wir ein gutes Klima – nicht nur zwischenmenschlich!“, freut sich Direktorin Kral.

MEHR INFOS
www.homevent.com

Sichern Sie sich Ihre kostenlosen Luftqualitätsmessungen:
klimatechnik@hoval.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DIE **WELT ZU GAST** IN ÖSTERREICH

„Heartbeat for the World" – unter diesem Motto finden vom 14. bis 25. März 2017 die Special Olympics World Winter Games für Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung statt. Rund 3000 Athleten aus über 100 Nationen werden dabei sein. Austragungsorte sind Graz, Schladming und Ramsau. Städte, Gemeinden und Regionen sind eingeladen, sich im Rahmen des Host-Town-Programms und beim Fackellauf zu engagieren und Teil der weltweit größten Sport- und Sozialveranstaltung zu werden.

Infos: www.austria2017.org

KRAMER UND WACKER NEUSON

FLEXIBILITÄT FÜR DEN KOMMUNALEN EINSATZ

Mit dem umfassenden Angebot von Wacker Neuson und Kramer setzen Kommunen auf eine äußerst flexible und zuverlässige Lösung. Schneeräumen mit Schneefrässchleuder, Salzstreuer und Räumschild im Winter, Böschungen und Grünflächen mähen, Straßenreinigung oder das Ausbessern von Belagschäden im Sommer – alles erfolgt mit nur einer Maschine, einem Radlader von Kramer mit dem passenden Anbauwerkzeug. Auch die Bagger von Wacker Neuson, wie die Mobilbagger EW100 und EW65 mit 10- und 6-t-Betriebsgewicht können dank einer Vielzahl an Anbauwerkzeugen für diverse Einsätze ausgestattet werden. Die wirtschaftliche Ergänzung jedes kommunalen Fuhrparks – ob zur Miete oder zum Kauf. Umfassende Services runden das vielseitige Angebot von Wacker Neuson ab.

KONTAKT
www.wackerneuson.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

IHR KOMPETENTER PARTNER ZUM THEMA ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE

CTX CONTAINEX

Der führende Anbieter für mobile Raumsysteme!

Kindergarten mit attraktiver Außenverkleidung

Asylbewerberunterkunft

Schule zweistöckig mit Sekundärdach

Ihre Vorteile:
- Spezielle Ausstattungen für Asylbewerberunterkünfte
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/Schulen
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Das Produktprogramm:
- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

1500 ZUSÄTZLICHE QUADRATMETER FÜR VERKEHRSZEICHEN, SCHRANKEN UND VIELES MEHR

NEUHAUSER VERKEHRSTECHNIK WÄCHST

Die Neuhauser Verkehrstechnik GmbH ist als besonders flexibler und zuverlässiger Partner für StVO-Verkehrszeichen, Baustellen- und Straßenausstattungen bekannt. Zu den vielfältigen Leistungen zählen auch Parkraumausstattung wie Schranken oder Ticketautomaten und Zutrittskontrollen. Kunden schätzen es vor allem, im Team von Neuhauser einen kompetenten Partner in Österreich zu haben. Nun hat das Unternehmen seinen Betriebsstandort im oberösterreichischen Pucking ausgebaut.

Seit August werden 1500 zusätzliche Quadratmeter als Produktionshalle für Verkehrszeichen und die Bereitstellung des umfassenden Sortiments genutzt. Dieses reicht von A wie Absturzsicherungen bis Z wie Zutrittskontrollen.

Die neu geschaffenen Produktions-, Lager- und Büroflächen sorgen für hervorragende Zukunftsperspektiven auf allen Ebenen.

Von der resultierenden Qualitätssteigerung der Produkte profitieren auch die Kunden der Neuhauser Verkehrstechnik GmbH. Das Unternehmen investiert zusätzlich in seinen Maschinenpark, welcher laufend erweitert und modernisiert wird.

KONTAKT
NEUHAUSER
Verkehrstechnik GmbH.
Untere Landstraße 40
4055 Pucking
Tel.: 07229/80 1 80-0
mail@neuhauser-vt.com

shop.neuhauser-vt.com
www.neuhauser-vt.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WWW.GRIS.AT

Relaunch der Website

Nützlich, userfreundlich, klar und serviceorientiert: Die neue Website des GRIS - Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau - ist online! Mit ein paar Klicks kommen Gemeinden und Planer sowie Rohrproduzenten, die sich um ein GRIS-Gütezeichen bewerben wollen, zu vielen wertvollen Informationen über das Leistungsangebot des GRIS.
So zeigt die neue Website unter anderem auf, wie die GRIS-Gütevorschriften sicherstellen, dass die im österreichischen Siedlungswasserbau eingesetzten Rohre und Formstücke den hohen Ansprüchen der Auftraggeber entsprechen.

KONTAKT
www.gris.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

RASTI AUSSENANLAGEN UND MÖBLIERUNG

HOHE AUFENTHALTSQUALITÄT AUF MODERNEM CITY-CAMPUS

Das Architekturbüro Kratochwil - Waldbauer - Zeinitzer lieferte die Planungsgrundlage für das Areal zwischen den Fakultäten Maschinenwesen und Betriebswissenschaften und technische Chemie der TU Wien. Die Auswahl und Beschaffung der Möbel und Ausstattungen erfolgte über die elektronische Bestellplattform (E-Shop) der Bundesbeschaffung GmbH (BBG). Sie ist der Einkaufsdienstleister der öffentlichen Hand. Über ihre Verträge stellt die BBG der Verwaltung rund 960.000 Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung. Zu den Kunden zählen nicht nur die Bundesdienststellen, sondern auch alle Bundesländer und jede dritte österreichische Gemeinde. Auch ein Großteil der ausgegliederten Unternehmen, Universitäten (bspw. TU Wien) und Gesundheitseinrichtungen greifen auf die Angebote der BBG zurück. Im Jahr 2014 wurden rund 1,2 Milliarden Euro über die Verträge der BBG abgewickelt.

BBG-Partner RASTI: Im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens konnte sich RASTI im Los „Außenanlagen und Möblierung" BBG GZ 2901.02058 als Bestbieter durchsetzen. Über diese neue Rahmenvereinbarung können aufgrund des umfangreichen Sortiments und Leistungsangebotes auch individuelle Kundenanforderungen berücksichtigt werden. „Bei dem Projekt der TU Wien konnte die Neugestaltung für den Standort am Getreidemarkt optimal umgesetzt werden", beschreibt RASTI-Geschäftsführer Klaus Bergmann die Zusammenarbeit.

Robuste Möbel mit klarer Designsprache: Die klare Designsprache und hohe Robustheit waren ausschlaggebend für die Auswahl der Außenmöbel. Die witterungsbeständigen Hartholzoberflächen strahlen Wärme aus. Auf den Rundbänken, die um Laubbäume gruppiert sind, finden die Studierenden im Sommer ein schattiges Plätzchen. Sitzbänke und Tische der Serie TICINO laden dazu ein, auf dem Platz die Freizeit zu verbringen. Für eine Erfrischung sorgen Trinkwasserbrunnen. Der Fahrrad-Anlehnständer GURUPI bietet sichere Anschließmöglichkeiten.

KONTAKT
RASTI GmbH
Niederlassung Österreich
Ort 56
4843 Ampflwang
Tel.: +43 (07675) 20111
E-Mail: **info@rasti.at**
Web: **www.rasti.eu**

Mandau
Servicestation

Sunday
Sitzmöbel

Valero
Fahrradständer

Weser
Überdachung

RASTI gehört zu den führenden Anbietern hochwertiger Außen- und Stadtmöbel. Das breite Sortiment reicht von Standardausführungen bis hin zu individuellen Einzelanfertigungen, inklusive ausführlicher Beratung bereits in der Planungs- und Projektierungsphase.

RASTI GmbH Niederlassung Österreich
Ort 56 | 4843 Ampflwang
T 07675 / 20111 | **E** info@rasti.at
www.rasti.eu | www.stadtmobiliar.eu

STUDIE: INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN

SCHULDEN GESUNKEN INVESTITIONEN GESTIE

Die Gesamtfinanzschuld der österreichischen Gemeinden (exklusive Wiens) ist auf elf Milliarden Euro gesunken. Seit 2010 ist das ein Rückgang um 2,9 Prozent. Gleichzeitig wurde mehr investitiert: Vor allem bei „Straßen und Wasserbau“, „Bildung“ und „öffentlicher Ordnung“ hatten die Gemeinden in den vergangenen Jahren hohe Anstiege der Netto-Ausgaben zu verzeichnen. Sie bleiben also allen Widrigkeiten zum Trotz ihrer Rolle als größter öffentlicher Investor gerecht.

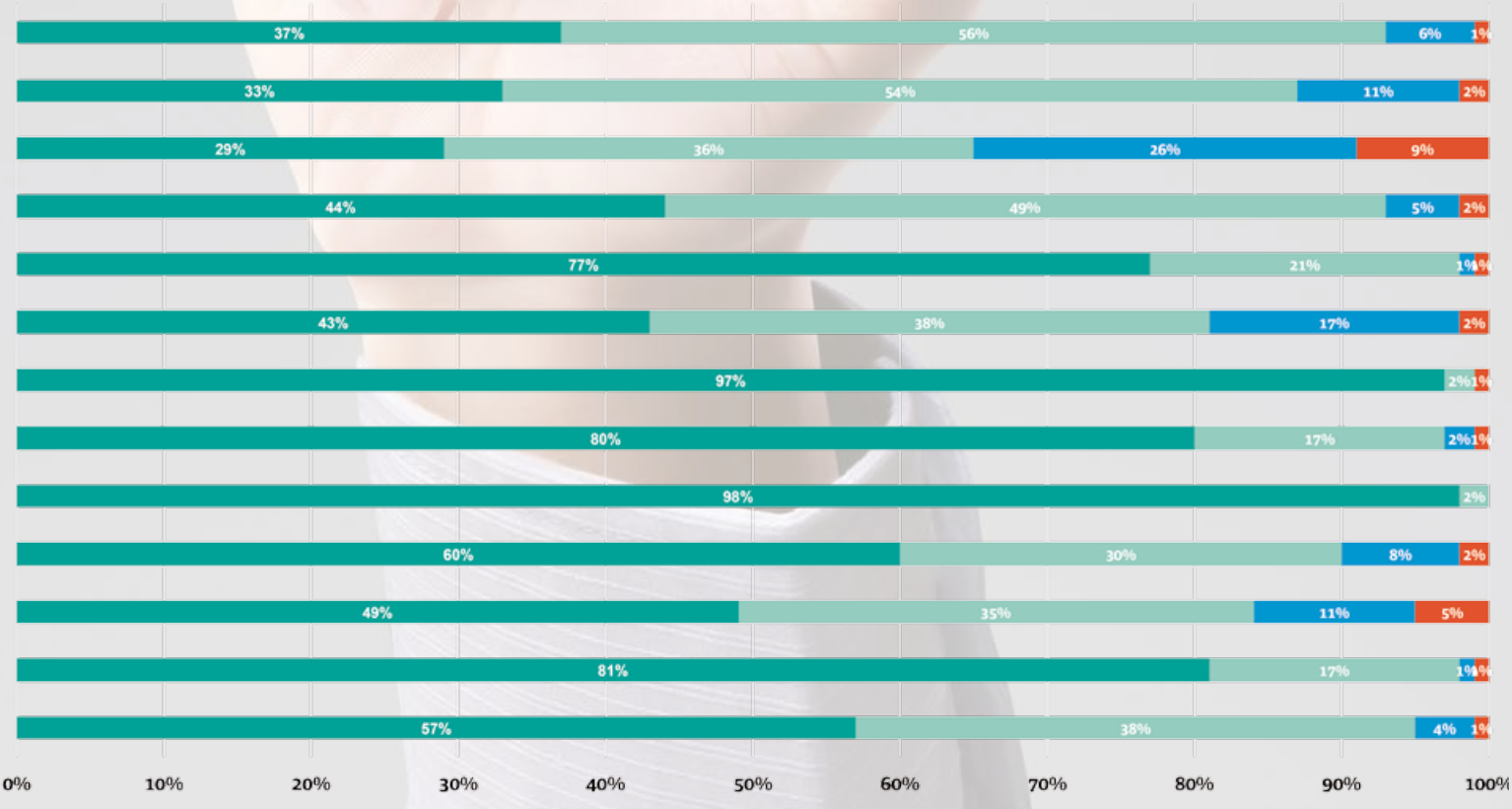
SO VIEL INVESTIEREN GEMEINDEN GESAMT
Auf Basis fester Erwartungswerte errechnete Gesamtinvestitionssummen in den Bereichen
■ in Millionen Euro.

GEN

SO VIEL WOLLEN GEMEINDEN INVESTIEREN

So hoch werden die Kosten für die geplanten oder beschlossenen Investitionen in den einzelnen Bereichen sein:

■ **< 100.000 €** ■ **< 1.000.000 €** ■ **< 5.000.000 €** ■ **> 5.000.000 €**



85 Prozent der Befragten glauben, dass die derzeitige Situation der öffentlichen Finanzen in Österreich neue Investitionen erschwere. Tatsächlich steigt das öffentliche Defizit im Bundessektor konstant an. Der steigende öffentliche Schuldenstand wird von den Entscheidungsträgern in den Gemeinden als Hindernis für die Finanzierung neuer Investitionen gesehen. Konstant zwei Drittel der Gemeinden sagen, dass ihre eigene finanzielle Situation neue Investitionen erschwere (66 Prozent). Auf Gemeindeebene verlief die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands im Vergleich zur Bundesebene stabiler: 2010 lag er bei 2,2 Prozent des BIP, 2011 ebenfalls, 2012 ist er auf 2,1 Prozent gesunken, 2013 jedoch wieder auf 2,2 Prozent und damit rund sieben Milliarden Euro gestiegen. Einen weiteren Aufschluss zur finanziellen Situation der Gemeinden liefern Daten der Statistik Austria zu den Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben: Im Jahr 2013 führten Gesamtausgaben in der Höhe von 18.394 Millionen Euro, denen Gesamteinnahmen von 18.391 Millionen gegenüberstanden, zu einem Abgang von drei Millionen Euro.

Angesichts der weiterhin angespannten finanziellen Lage schauen sich viele Gemeinden mittlerweile nach Partnerschaften für die Umsetzung neuer Projekte um. Rund drei Viertel der Gemeinden arbeiten laut der aktuellen Umfrage bei Infrastrukturprojekten mit anderen Gemeinden zusammen (74 Prozent). 43 Prozent der Gemeinden sind bzw. waren darüber hinaus Partner in Einkaufsgemeinschaften; der Anteil ist gegenüber 2014 um 6 Pp. zurückgegangen. Drei aus zehn Gemeinden sind Teil von Projekten mit privaten Partnern (30 Prozent). Ein Drittel der Gemeinden (33 Prozent) gibt an, dass die Ausgliederung von Aufgaben der Gemeinde helfen würde.

Neu abgefragt wurde die zunehmende Problematik von Leerstand: Das Leerstehen von Immobilien ist meist Merkmal von stattfindenden Schrumpfungsprozessen, die häufig durch Bevölkerungsrückgänge und demografisch bedingte Strukturveränderungen signalisiert werden. Von Leerstand betroffen sind vor allem strukturschwache Gemeinden und Regionen in peripheren Lagen. Österreichweit sagen 37 Prozent der Gemeinden, dass leer stehende Immobilien für sie ein zunehmendes Problem darstellen.

Aufgrund steigender Abwanderung müssen sich immer mehr Gemeinden in ruralen Gebieten mit leer stehenden Gebäuden und Schrumpfungsprozessen auseinandersetzen. Leer stehende und brachfallende Gebäude sind dabei wesentliche Auswirkungen und Indikatoren von Schrumpfungsprozessen im Zuge eines stattfindenden Strukturwandels. Vor allem strukturschwache Gemeinden und Regionen sind davon häufiger betroffen. Eine Studie der BOKU Wien identifizierte auf Basis zweier Analyseebenen (Bezirks- und Gemeindeebene) mit jeweils angepassten Indikatoren strukturschwache bzw. strukturstarke Regionen in Österreich.

Eine vollständige statistische Übersicht über aktuelle Leerstände in Österreich nach Regionen ist jedoch noch ausständig. Aus diesem Grund wurden in der diesjährigen Umfrage von Pitters® Trendexpert zum ersten Mal auch Schätzungen zum Leerstand in der Heimatgemeinde erhoben. Demnach schätzen jeweils rund vier von zehn Gemeinden den Leerstand an privaten

SO PLANEN GEMEINDEN IHRE INVESTITIONEN
Geplante und beschlossene Investitionen der Gemeinden

Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen, Verkehrssicherheit

Erhaltung und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft

Erhaltung und Bau von Bildungseinrichtungen

Katastrophen- und Naturschutz, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung

Fuhrpark & Geräte

Erhaltung und Bau kommunaler Bauten (Rathaus, Gemeindeamt, etc.)

EDV, Computer IT & E-Government, Hard- oder Software

Energie, Umweltschutz und Klima

Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildung

Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur

Gesundheit und Soziales, Alten- bzw. Pflegeeinrichtungen

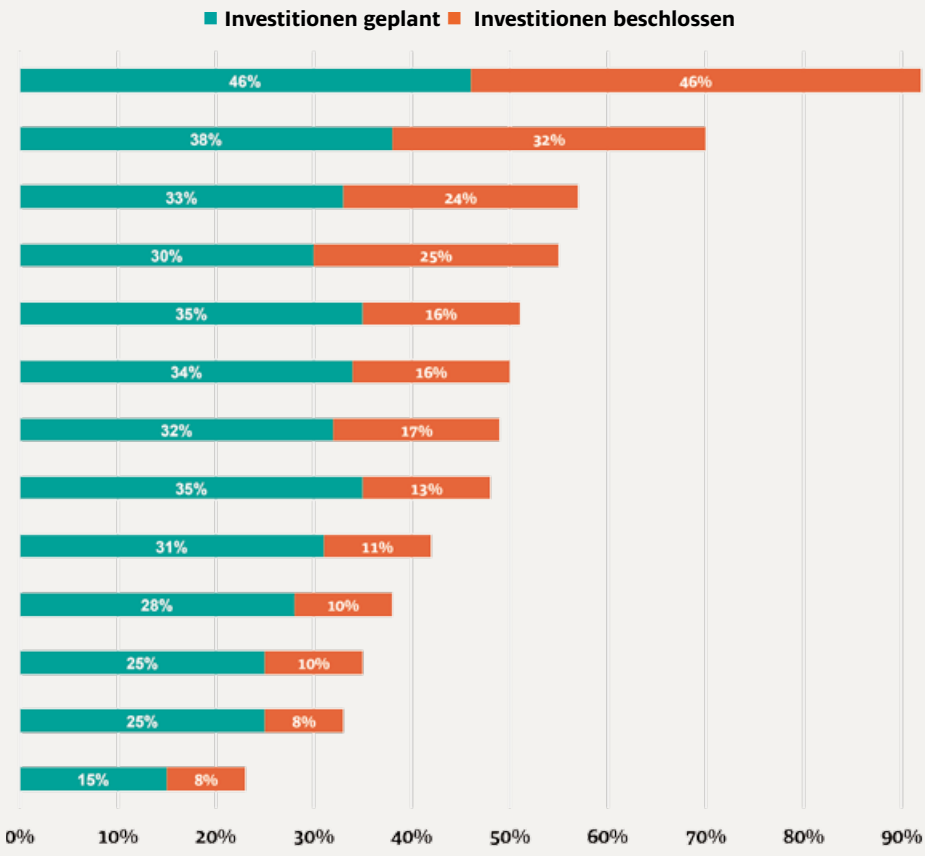
Gebäudetechnik

Erhaltung und Bau in der Abfallwirtschaft

ÜBER DIE STUDIE

„INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN“

Im Rahmen dieser Untersuchung führte Dr. Harald Pitters, Pitters® Trendexpert, zu Jahresbeginn 2015 insgesamt 546 Online-Interviews mit Verantwortlichen auf Gemeindeebene durch. Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei rund zwölf Minuten. Zentrale Fragen der Studie, die erstmals beim KWF 2015 präsentiert wurde, waren die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinden sowie Hindernisse und Möglichkeiten künftiger Investitionen. Insgesamt nahmen österreichweit 546 Entscheidungsträger in den einzelnen Gemeinden an der Umfrage teil, das entspricht einem Rücklauf von 26 Prozent sämtlicher Gemeinden Österreichs.



und gemeindeeigenen Immobilien bei sich auf weniger als zehn Prozent ein, 29 Prozent der Gemeinden schätzen den Leerstand bei privaten Immobilien auf zehn bis weniger als 20 Prozent, 16 Prozent auf 20 Prozent und mehr. Der Leerstand bei privaten Immobilien ist damit höher als bei gemeindeeigenen: Nur sieben Prozent der Gemeinden beziffern den Leerstand gemeindeeigener Immobilien auf zehn bis weniger als 20 Prozent, nur vier Prozent auf 20 Prozent oder mehr. Auffallend ist, dass fast die Hälfte der befragten Entscheidungsträger dazu keine Angaben machen konnte oder wollte.

Während konstant zwei Drittel der Gemeinden angeben, ihre derzeitige finanzielle Situation sei hinderlich für künftige Investitionen, hat sich die grundsätzliche Einschätzung der aktuellen finanziellen Situation etwas verbessert. Während 2012 nur 37 Prozent aller Befragten die finanzielle Situation als „sehr“ bzw. „eher gut“ bezeichneten, waren es in der letztjährigen Umfrage bereits 50 Prozent. Dieser Anteil ist auf fast 51 Prozent gestiegen. Demgegenüber sagen knapp 50 Prozent, die finanzielle Situation ihrer Gemeinde sei „schlecht“, ein Prozent konnte oder wollte keine Angabe dazu machen. Vor allem kleine Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern geben mehrheitlich an, ihre finanzielle Situation sei insgesamt schlecht, mittlere und größere Gemeinden schätzen ihre finanzielle Situation demgegenüber besser ein.

Nach wie vor geht die Mehrheit der Gemeinden (59 Prozent) von stabilen finanziellen Entwicklungen in den kommenden Jahren aus. Allerdings hat sich der Anteil an Gemeinden, die von einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation ausgehen, von 2014 auf 2015 halbiert (sechs Prozent), während mittlerweile wieder mehr als ein Drittel (35 Prozent) eine Verschlechterung befürchtet. Vor allem Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern gehen mehrheitlich (53 Prozent) von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage in den kommenden Jahren aus. Gemeinden, die ihre derzeitige finanzielle Lage bereits als schlecht bezeichnen, gehen zu 42 Prozent davon aus, dass sich die Lage auch in den kommenden Jahren verschlechtern wird, während Gemeinden, die ihre Finanzen positiv beurteilen, eher an stabile Entwicklungen 2015/16 glauben.

Die Sozialausgaben in Österreich sind weiter im Steigen. Nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels werden die Pflege und Betreu- »

ung älterer bzw. kranker Menschen zur immer stärkeren finanziellen Belastung für die kommunale Ebene. Die Gemeinden kommen dabei gemeinsam mit den Ländern primär für die Sachleistungen (z. B. in Form mobiler Dienste oder Seniorenheime) auf. Die Befragung bestätigt diesen Trend: 78 Prozent sagen, die Ausgaben seien in den letzten zehn Jahren vor allem im Bereich Gesundheit/Soziales bzw. bei Alten- und Pflegeeinrichtungen wesentlich stärker gestiegen als die durchschnittlichen Gemeindeausgaben. Abhilfe dabei sollte der „Pflegefonds" schaffen, der 2011 eingerichtet wurde, um Länder, Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der zu erwartenden Pflegedienstleistungen zu unterstützen.

67 Prozent der Befragten geben weiters an, die Ausgaben seien für den Erhalt und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sowie für die Verkehrssicherheit gestiegen. Mittlerweile mehr als die Hälfte der Befragten (56 Prozent) gibt an, die Kosten für den Erhalt und Bau von Bildungseinrichtungen seien gestiegen. In 46 Prozent der Fälle sagen die Befragten, die Kosten seien für den Erhalt und Bau in der Siedlungswasserwirtschaft gestiegen, bei 44 Prozent für EDV, Computer, IT & E-Government sowie Hard- und Software. Ebenfalls 44 Prozent der Befragten geben an, die Kosten für Katastrophen- und Umweltschutz sowie Rettungskräfte seien in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. 29 Prozent der Befragten geben ferner an, die Gemeindekosten für den Erhalt und Bau kommunaler Bauten seien gestiegen. Am seltensten geben die Befragten an, die Kosten seien für den Erhalt und Bau der Abfallwirtschaft (15 Prozent), die Gebäudetechnik (16 Prozent), Freizeit- und Tourismuseinrichtungen/Kunst & Kultur (18 Prozent) sowie die Personalwirtschaft und Weiterbildungen (19 Prozent) gestiegen. Am unteren Ende stehen „Freizeit- und Tourismuseinrichtungen, Kunst & Kultur" (18 Prozent), Personalwirtschaft, Aus- und Weiterbildungen (17 Prozent) sowie Gebäudetechnik (14 Prozent).

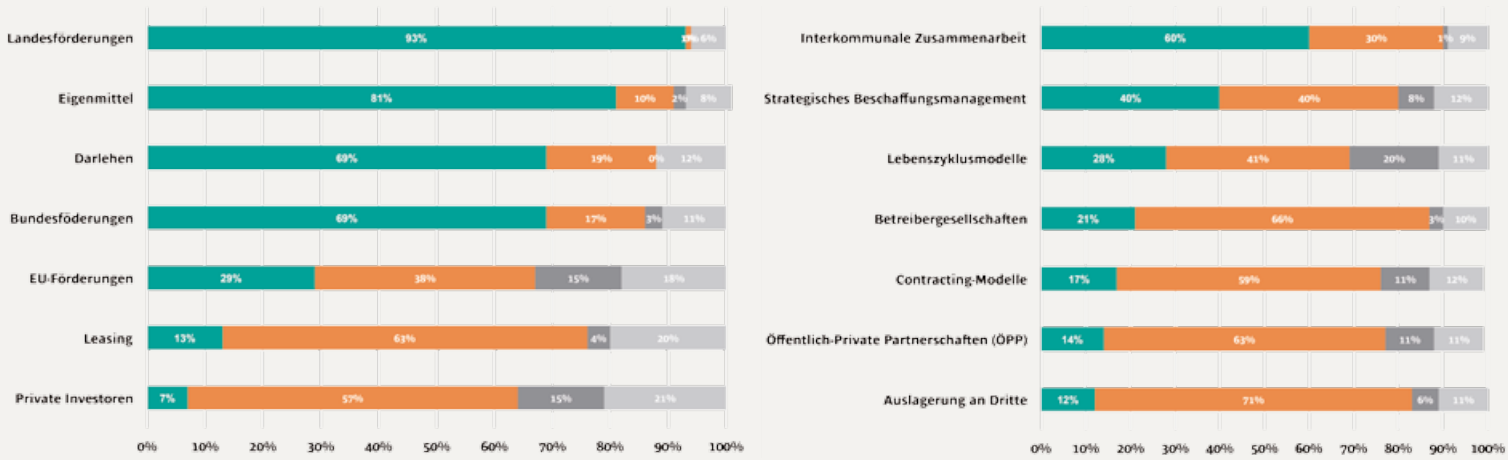
Mit Abstand am häufigsten werden wie in den Vorjahren Infrastrukturprojekte zum Erhalt bzw. Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen sowie zur Verkehrssicherheit geplant oder beschlossen (86 Prozent). Am zweithäufigsten werden Investitionen in den Erhalt und Bau der Siedlungswasserwirtschaft geplant oder beschlossen (70 Prozent).

SO FINANZIEREN GEMEINDEN IHRE INVESTITIONEN

Hochrechnung der erwarteten Investitionen: Jene Gemeinden, die Projekte geplant oder beschlossen haben, wurden gebeten, die Höhe der geschätzten Kosten dafür anzugeben. Die Reihung nach den unterschiedlichen Kategorien zeigt dabei bereits eine ungefähre Einschätzung, die sich mit jener aus den letzten Jahren weitestgehend deckt. Demnach wird für „Personalwirtschaft/Aus- und Weiterbildung" und „EDV, Computer, IT & E-Government, Hard- oder Software" vermutlich am wenigsten Geld nominal investiert, während insbesondere für den Erhalt bzw. Bau von

Finanzierungsarten nach Wichtigkeit

■ Eher wichtig ■ Eher nicht wichtig ■ kenne ich nicht ■ keine Angabe



neuen Bildungseinrichtungen hohe finanzielle Mittel veranschlagt werden.

Österreichs Gemeinden planen demnach, mit rund 1,6 Milliarden Euro in Projekte zu Erhaltung und Bau von Bildungseinrichtungen zu investieren. An zweiter Stelle stehen Projekte zum Erhalt und Bau in der Siedlungswirtschaft – hier sind Investitionen in der Höhe zwischen rund 950 Millionen und eine Milliarde Euro geplant.

Mit Investitionen in der Höhe von rund 793 bis 938 Millionen Euro liegen Projekte im Bereich „Erhaltung und Bau von Straßen und öffentlichen Plätzen, Verkehrssicherheit“ an dritter Stelle, gefolgt von Erhalt und Bau kommunaler Bauten mit 620 bis 714 Millionen Euro und dem Katastrophen- und Naturschutz mit geplanten Kosten von zwischen 476 und 569 Millionen Euro. Auffällig ist, dass die genannten Investitionssummen im Vergleich zum Vorjahr wieder gesunken sind, am deutlichsten bei Erhalt und Bau der Bildungseinrichtungen: hier wurden letztes Jahr noch Investitionen in der Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro geplant.

„DIE GEMEINDEN BLEIBEN EINE EBENE, AUF DER FÜR POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER **NOCH HANDLUNGSSPIELRAUM BESTEHT**.“

Dr. Harald Pitters,
Trendexperte und Kommunalforscher

Bei den Investitionen in kommunale Bauten sowie den Straßenbau überwiegen nach wie vor der Erhalt und die Renovierung von bestehenden Bauten (61 Prozent) im Vergleich zu Neubauten (13 Prozent). Die Absicht, in Neubauten zu investieren, ist im Vergleich zur Befragung letztes Jahr gleich geblieben. »

ERSTE BANK SPARKASSE
Was zählt, sind die Menschen.
www.erstebank.at www.sparkasse.at

Eine Gemeinde macht sich bereit für die Zukunft.

„Mit diesem Projekt unterstreicht die Stadtgemeinde ihre Vorbildfunktion bei der Energiewende.“
– Herbert Pfeffer, Bürgermeister von Traismauer, zum Projekt „KEM-Zentrum“

Traismauer spart die Energie von morgen – bei einem Gebäude mit Geschichte.

Die Stadtgemeinde Traismauer ist stolz auf das erste realisierte Projekt dieser Art in Österreich. Mit der thermisch-energetischen Sanierung des historischen KEM-Zentrums hat sie ein kleines Stück Geschichte geschrieben. Das Gebäude wurde teilweise entkernt und der Sockelbereich gegen eindringende Feuchtigkeit abgedichtet. Sämtliche Fenster wurden getauscht. Dann folgte das Dämmen der Kellerdecke und der obersten Geschossdecke. Wo eine Außendämmung nicht möglich war, wurde sie im Innenbereich vorgenommen. Die gesamte Gebäudehülle ist nun thermisch optimiert. Die Elektroinstallationen wurden vollständig erneuert und alle Heizungen zu einer Zentralheizung zusammengelegt. Auch der Innenhof und der Eingangsbereich wurde neu gestaltet. Den Abschluss bildete ein ganz besonderes Highlight: eine öffentliche Stromtankstelle am Vorplatz.

Das ELENA-Pionierprojekt im historischen Stadtkern von Traismauer

Bürgermeister Herbert Pfeffer bei der feierlichen Eröffnung des sanierten KEM-Zentrums

Das kann auch Ihre Gemeinde – mit ELENA.

KFW

ELENA steht für „European Local Energy Assistance“ und fördert kleine und mittlere Investitionsprojekte im Bereich Energieeffizienz oder erneuerbare Energien. Dabei übernimmt die EU bis zu 90 % der Beratungskosten für Umweltprojekte in Gemeinden. ELENA ist mit anderen nationalen Förderungen kompatibel. Solange das Zuschussbudget nicht ausgeschöpft ist, können Anträge eingereicht werden.
Für Traismauer ist das erste ELENA-Projekt Österreichs eine Erfolgsgeschichte – und Ihre Gemeinde kann das nächste Kapitel schreiben.

Die Hochrechnungen legen teilweise beträchtliche Investitionssummen der Gemeinden in die einzelnen Projekte offen, gleichzeitig stellt sich damit auch die Frage der Finanzierung der geplanten bzw. bereits beschlossenen Projekte, zumal die Hälfte der Gemeinden in Österreich ihre aktuelle finanzielle Situation als „schlecht" einschätzt. Wie bereits in den Jahren zuvor stehen Landesförderungen in der Wichtigkeit ganz oben: für 93 Prozent aller Gemeinden, die Projekte planen oder beschlossen haben, sind diese wichtig. An zweiter Stelle stehen Eigenmittel (81 Prozent), an dritter Stelle Bundes-Förderungen (69 Prozent) und Darlehen (69 Prozent). Die Bedeutung von EU-Förderungen ist im Vergleich zu 2014 deutlich gesunken: nur noch 29 Prozent der Gemeinden erwarten sich von der EU finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung anstehender Investitionen, 2014 waren es noch 41 Prozent.

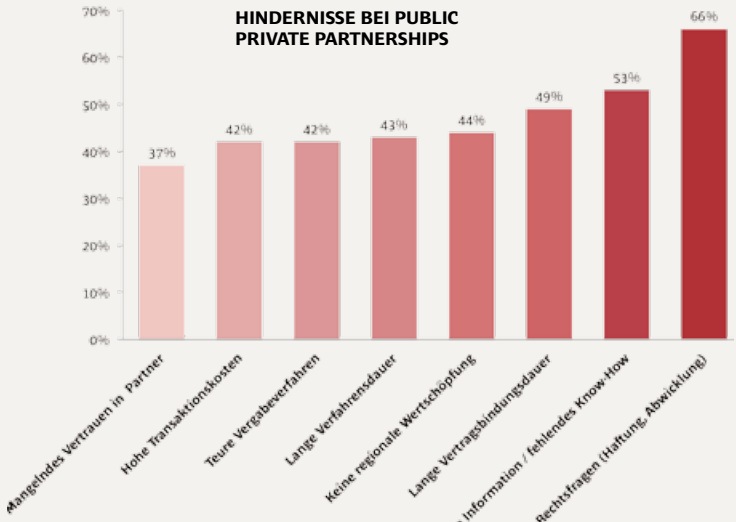
Die Bedeutung der spezifischen Kosten für die jeweiligen Investitionsentscheidungen wurde auch abgefragt, neu hinzugekommen ist die Einstufung der Relevanz sogenannter Lebenszykluskosten. Die Befragten wurden gebeten, die Kostenarten in eine Reihenfolge zu bringen; beginnend bei den wichtigsten. Investitionskosten stellen für 50 Prozent demnach den wichtigsten Kostenpunkt bei Investitionsentscheidungen dar, für 22 Prozent stehen diese auf dem zweiten Rang. Für ein Fünftel der Gemeinden stellen Finanzierungskosten die wichtigsten Kosten, nach denen sie ihre Investitionsentscheidungen treffen, dar. Lebenszykluskosten stehen für 15 Prozent der Gemeinden an erster Stelle, allerdings sagen 44 Prozent – und damit die relative Mehrheit –, dass diese für sie keine Bedeutung bei der Abwägung von Investitionsentscheidungen einnehmen. Betriebskosten stellen für zwölf Prozent die wichtigste Entscheidungsgrundlage dar, Energiekosten nur noch für drei Prozent.

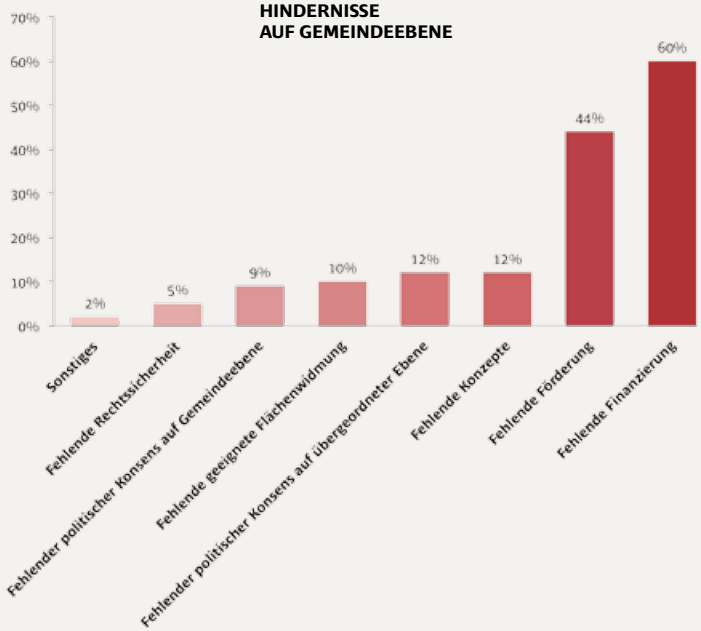
Die Realisierung der geplanten bzw. beschlossenen Projekte erfordert immer häufiger auch neue Formen der Finanzierung. Besonders häufig schätzen die Gemeinden Formen der interkommunalen Zusammenarbeit als wichtig ein (60 Prozent), gefolgt von strategischem Beschaffungsmanagement (40 Prozent). Beide Aspekte sind im Vergleich zu 2014 wieder gestiegen.

Als größtes Hindernis nannten die Befragten vergangenes Jahr offene Rechtsfragen. Die »

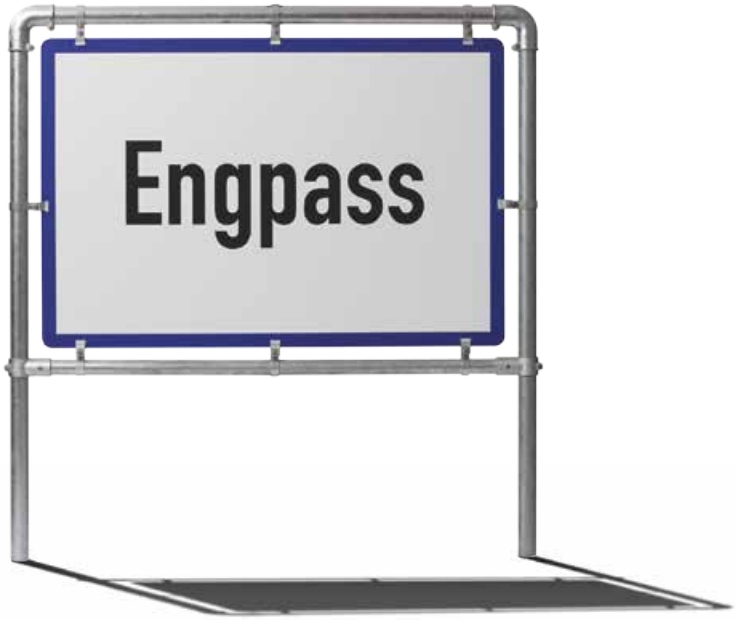
HINDERNISSE BEI INVESTITIONEN UND PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIPS

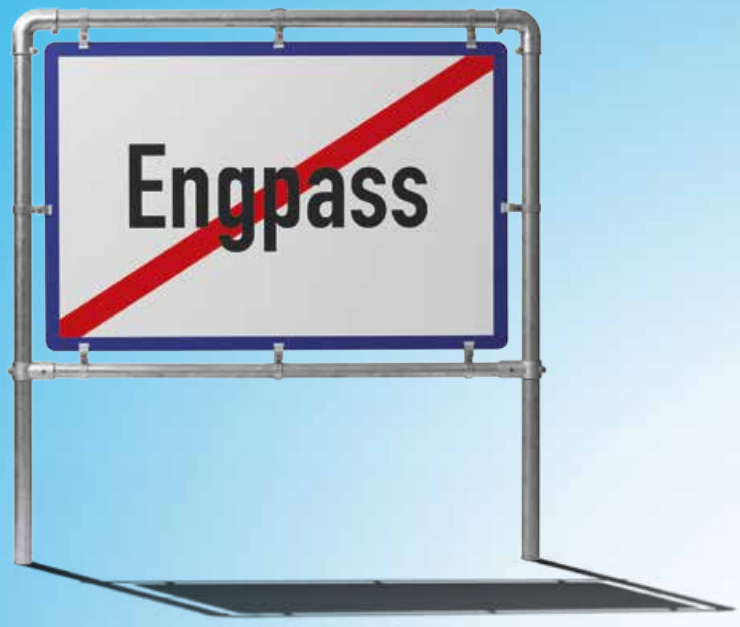
Die Studie untersuchte auch die größten Hindernisse bei der Realisierung geplanter öffentlich-privater Partnerschaften und bei Investitionen auf Gemeindeebene:





Viele Gemeinden haben ähnliche Probleme.





Wir helfen, sie zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.
publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of UniCredit

aktuelle Befragung zeigt, dass mittlerweile sogar schon für zwei Drittel der Gemeinden (66 Prozent) offene Rechtsfragen in Bezug auf Haftungen oder die Abwicklung ein Hindernis für künftige öffentlich-private Partnerschaften darstellen. An zweiter Stelle stehen fehlende Informationen (53 Prozent), gefolgt von langen Vertragsbindungsdauern (49 Prozent). Ähnlich hoch liegen die Hindernisse „keine regionale Wertschöpfung" (44 Prozent), „lange Verfahrensdauer" (43 Prozent), „teure Vergabeverfahren" (42 Prozent) und „hohe Transaktionskosten" (42 Prozent). Am seltensten stellt mangelndes Vertrauen in den/die Partner ein Hindernis für die befragten Entscheidungsträger dar (37 Prozent).

Wie auch schon in den Jahren zuvor ist die fehlende Finanzierung für 60 Prozent der Gemeinden das größte Hindernis für Investitionen auf kommunaler Ebene, wobei der Anteil merklich gesunken ist. An zweiter Stelle rangieren fehlende Förderungen. Sämtliche sonstige Hindernisse wie z. B. fehlende Konzepte oder fehlender politischer Konsens auf übergeordneter Ebene stellen nur noch für rund jede zehnte Gemeinde Hindernisse auf dem Weg zur Finanzierung ihrer geplanten Investitionsvorhaben dar.

DIE STUDIE
„INVESTITIONEN IN DEN GEMEINDEN"

ist als PDF auf der Website

www.kommunal.at

zu Download bereitgestellt.

Noch eine Aussage lässt sich anhand der Studie treffen: Die Gemeinden sind offen für den sogenannten „Feedback-Loop" mit den BürgerInnen und nutzen dazu zunehmend Soziale Medien, wie Facebook, Twitter etc. Als unumgänglicher Zukunftsbereich ist auch die Analyse und Nutzung bestehenden Datenmaterials (Stichwort: Big Data) in den Gemeinden angekommen. Gerade in den für die Gemeinden so zentralen Themenbereichen Infrastruktur, Gesundheit, Pflege und Bildung gilt es unter Berücksichtigung sämtlicher bestehender datenschutzrechtlicher Regelungen optimal mit den vorhandenen Daten und Informationen umzugehen. Dieser sorgfältige Umgang erscheint jedenfalls geboten, denn mehr als zwei Drittel der BürgerInnen vertrauen den lokalen und regionalen Entscheidungsträgern und – als europaweiter Spitzenwert – gar 92 Prozent fühlen sich mit ihrem Heimatort verbunden. Gerade hier tragen moderne und ästhetische Investitionen besonders zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Ein Markenzeichen Österreichs:

ÖVGW
GEPRÜFT

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER WASSERVERSORGUNG:

- Leitungs- und Rohrsysteme
- Armaturen
- UV Desinfektionsanlagen
- Messeinrichtungen
- Aufbereitungsgeräte

Sauberes Wasser.

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

DIE POST BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAG

INITIATIVEN DER POST FÜR IHRE GEMEINDE

Auch heuer war die Post beim 62. Österreichischen Gemeindetag am 10. und 11. September 2015 im Wiener Messezentrum zu Gast!

Das Team der Österreichischen Post rund um Vorstandsmitglied Walter Hitziger begrüßt seine Gäste auf der Kommunalmesse. V. l.: Paul Huber, Michael Ehrentraud, Wolfgang Gschwandtner, Alois Wühl, Walter Hitziger, Alois Mondschein, Anton Krautgartner, Frank Eckmaier und Ulrich Hülsmann.

Gemäß dem Motto „Gesunde Gemeinde – Lebenswerte Zukunft“ standen auch bei den Produkten und Lösungen der Post die Bürger und Gemeinden im Mittelpunkt. Mit ihren Dienstleistungen unterstützt die Österreichische Post Gemeinden dabei, Zeit und Aufwendungen zu sparen und Ressourcen noch effizienter einzusetzen. So ist ein kostenbewusster Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gewährleistet. Dabei stehen immer die Bürger und deren bestmögliche Versorgung im Fokus.

Am Stand der Österreichischen Post konnten sich die Gemeinden zu folgenden Themen und Leistungen informieren und beraten lassen:

- Versandmodul für Rückscheinbriefe
- Wahlservices
- Bürgerbefragung
- e-Brief
- Postauftrag
- Poststellenmanagement

Bewährte Partnerschaft

DI Walter Hitziger, Vorstand Brief, Werbepost & Filialen: „Zuverlässige Services und neue Leistungen der Österreichischen Post für Bürger und Gemeinden helfen nicht nur, Zeit und Kosten zu sparen, sondern verbessern auch die lokale Kommunikation mit den Gemeinden. Denn im Mittelpunkt stehen die Bürgerinnen und Bürger und deren Bedürfnisse. Als langjähriger Partner von Gemeinden nutzten wir daher auch diesmal die Gelegenheit, unsere Dienstleistungen einem interessierten Publikum zu präsentieren.

Denn mit den Lösungen der Post kann die Meinung der Bürger unkompliziert und zeitnah erhoben, Rückscheinbriefe physisch und digital zugestellt oder mittels Gemeindestreuung ohne Streuverluste an die Haushalte kommuniziert werden. Der Gemeindetag bietet alljährlich den idealen Rahmen dafür – wir danken den Veranstaltern. Ich freue mich schon auf den nächsten Gemeindetag!“

KONTAKT

Österreichische Post AG
Haidingergasse 1, 1030 Wien
Business Hotline: 0800 212 212
www.post.at/geschaeftlich

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

VIELE VORTEILE FÜR KOMMUNEN DURCH OUTSOURCING VON GEBÄUDEDIENSTLEISTUNGEN

WISAG ZEIGT EINSPARPOTENTIALE AUF

Die WISAG hat auf der Kommunalmesse 2015 über ihr breites Dienstleistungsportfolio sowie die Vorteile des Outsourcings von Gebäudereinigung und Facility Management beraten und dabei Einsparungs- und Optimierungspotentiale vorgestellt. Zahlreiche Gespräche und Diskussionen mit Bürgermeistern und Vertretern von Kommunen haben gezeigt, dass derzeit insbesondere die Gemeindefinanzen ein wichtiges Thema sind und auch Dienstleistungen im Bereich Gebäudetechnik sowie Sicherheit und Service für Kommunen zunehmend interessanter werden.

Gerhard Wildner, Geschäftsführer der WISAG Gebäudereinigung: „Wir haben die Vorteile des Outsourcings an einen externen Dienstleister aufgezeigt. Noch immer gibt es Bedenken, sich von einem Dienstleister abhängig zu machen. Doch gerade in der gebündelten Vergabe von Leistungen an einen Profi liegen die Vorteile für Kommunen und Behörden."

In der Praxis steht Kunden ein Ansprechpartner zur Verfügung, der gemeinsam mit der Kommune ein maßgeschneidertes und ganzheitliches Konzept entwirft. Er koordiniert im Bedarfsfall alle Leistungen und kann auf ein breites Netz an kompetenten Mitarbeitern zurückgreifen und rasch reagieren. So müssen die Gemeinden keine Urlaubs- und Krankenstands-Vertretungen oder Sicherheitspersonal für Veranstaltungen suchen und können sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, während die WISAG für ein sauberes, lebenswertes und sicheres Umfeld sorgt.

KONTAKT
www.wisag.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Nie mehr **Abfuhrtermine* vergessen!**

Daheim
Die Service-App von
Saubermacher

JETZT
kostenlos
downloaden.

iOS Android

*Die Abfuhrdaten von 140 steirischen Gemeinden sind bereits verfügbar. Ist Ihre Gemeinde auch schon online? Weitere Informationen unter www.saubermacher.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KÜCHEN-OUTSOURCING

ERFOLGSREZEPT FÜR PFLEGEHEIME

Pflegeeinrichtungen sehen sich vor ein wachsendes Problem gestellt: Die Verpflegung von Bewohnern wird immer komplexer. Diesen Herausforderungen, die den heterogenen Anforderungen der Pflegebedürftigen entspringen, steht die betriebliche Notwendigkeit der Kosten- und Aufwandseinsparung gegenüber. Individuelle Krankheitsbilder, Allergien und natürlich der persönliche Geschmack – das Küchenpersonal muss bei der Menüplanung alles beachten.

Diese Gratwanderung zwischen Ernährungswissenschaft und der Vorliebe für vertraute Mahlzeiten ist schwer zu meistern. Sie nimmt wertvolle Ressourcen von der Kernaufgabe weg. Hier bietet sich Outsourcing als eine sinnvolle Lösung an.

„Wir helfen unseren Partnern, ihre Gäste kulinarisch zu verwöhnen – und das zu einem wettbewerbsfähigen Preis", erklärt Peter Moser, Geschäftsführer von Contento, dem größten österreichischen Care-Catering-Unternehmen. Dafür werden mit jedem Kunden maßgeschneiderte Konzepte – von der Übernahme der Küche bis zur täglich frischen Lieferung – erarbeitet. Zentraler Einkauf regionaler Produkte, Know-how und strenges Qualitätsmanagement werden für eine Optimierung genutzt. „Wenn wir unsere Ziele erreicht haben, sehen unsere Partner eine merkbare Steigerung von Qualität und Effizienz."

Die Privatklinik Wehrle-Diakonissen in Salzburg-Stadt profitiert bereits von diesen Vorteilen. Beim Zusammenschluss der Traditionshäuser Wehrle und Diakonissen im Jänner 2015 übernahm Contento die Küche mitsamt den 20 Mitarbeitern. Die Privatklinik Wehrle arbeitete schon zuvor mit Contento und wollte den Service nach der Fusion weiter nutzen.

Nun werden auch das Pflegeheim „Haus für Senioren" mit 80 Plätzen, ein Tageszentrum und das „Café Dialog" am Standort Aigen von Contento bedient. „Wir hatten positive Erfahrungen mit Outsourcing und wollten die Beziehung weiter ausbauen", sagt Dr. Robert Schütz, einer der beiden Geschäftsführer der Privatklinik.
„Die Ersparnisse und die zufriedenen Bewohner haben uns überzeugt."

CARE-CATERING
DER EXTRAKLASSE

Es wird Ihnen schmecken! Egal ob Senioren- und Pflegeheime, Betriebsrestaurants, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser oder Spitäler - wir sind Ihr kompetenter Partner für individuelle und flexible Lösungen.

T +43 (0)463 340119
E office@contento.at
www.contento.at

CONTENTO®
CATERING MIT SYSTEM.

VIEW PROMOTION

NOTRUFSYSTEM FÜR AUFZÜGE OHNE BETRIEBSKOSTEN

Das multimediale Notrufsystem war eines der Highlights der Kommunalmesse. Mit dem barrierefreien, herstellerunabhängigen System ersparen sich Liftbetreiber rund 800 Euro pro Jahr und Anlage.

Johannes Schober, Gründer und Geschäftsführer der View Promotion GmbH.

View ist ein barrierefreies Notruf- und Informationssystem für Aufzüge, das dem Betreiber Kosten spart.

FOTOS/VIEW Promotion

Gemeinden profitieren von dem neuartigen Sicherheitssystem in dreierlei Hinsicht: mehr Barrierefreiheit, keine Betriebskosten und der Einsatz als multimediales Informationssystem", erläutert Johannes Schober. Genau mit diesen Argumenten sei sein Team bei allen Standbesuchern auf enormes Interesse gestoßen: „Unsere Besucher waren in der Regel für zahlreiche Liftanlagen verantwortlich, da spürt man die hohen jährlichen Kosten für das Notrufsystem", so Schober.

Mehr Barrierefreiheit: Das Sicherheitssystem wurde für die Bedienung von physisch beeinträchtigten Menschen optimiert. Die Tasten reagieren bereits auf minimalen Druck und unterstützen auf diese Weise Menschen mit eingeschränkter Feinmotorik. Durch das ergonomische Design ist eine weniger genaue Bewegungssteuerung möglich. Zudem wird damit die Wahrscheinlichkeit reduziert, dass Funktionen unabsichtlich gedrückt werden. Für Personen mit visueller Beeinträchtigung steht ein Sprachnotrufmodul zur Verfügung. Damit ist es möglich, das System mittels Sprache zu steuern. Die Tasten des VIEW-Sicherheitssystems sind in einer Höhe von maximal 120 Zentimeter eingebaut, sodass auch Menschen mit stark eingeschränktem Bewegungsradius problemlos darauf zugreifen können. Zudem erleichtern Ja-/Nein-Tasten die Bedienung.

Keine Betriebskosten: Das Notrufsystem finanziert sich rein durch die auf dem Bildschirm gezeigte Werbung, wodurch Betriebskosten entfallen. Werbetreibende können zielgruppenspezifische Werbung in den Aufzügen schalten. Man kann beispielsweise nach geografischen Parametern, nach Kategorien, nach Zielgruppen, nach Uhrzeit oder Wetter filtern. Die Werbung wird entweder in Form von Standbildern oder Videos ausgestrahlt – Untertitel sind möglich, Ton nicht. Gebucht wird die Werbung direkt über ein extra dafür vorgesehenes Webportal, die Planung und Einspeisung erfolgen über VIEW.

Multimediales Informationssystem: VIEW kann zudem als multimediales Informationssystem genutzt werden, das die Bürger über zukünftige Veranstaltungen oder wichtige Neuigkeiten informiert. Da die Aufzüge in kommunalen Gebäuden meist stark frequentiert sind und dort ein Großteil der Bevölkerung erreicht werden kann, bietet sich das System von VIEW optimal zur Verbreitung von Informationen an.

MEHR INFOS

www.view-elevator.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALBEDARF.AT

Die KOMMUNAL-Einkaufsplattform

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: Mit uns sicher unterwegs sein.

Sichern Sie sich 15% Rabatt auf unser komplettes Sortiment an Verkehrszeichen, wie zum Beispiel

- Achtung Kinder Tafeln
- Geschwindigkeitsbeschränkungen
- Vorrang geben Tafeln
- Stop Tafeln
- Baustellenverkehrszeichen
- Und vieles mehr

auf alle Verkehrszeichen bei Bestellung in unserem Onlineshop: www.kommunalbedarf.at

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.

www.kommunalbedarf.at

EWW GRUPPE – KOMMUNALE DIENSTLEISTUNGEN

EWW AG: IHR VERLÄSSLICHER PARTNER IN ALLEN BELANGEN

Ob nun LED-Beleuchtungen, ob als Generalunternehmer oder Generalübernehmer bei Gebäudesanierungen, Finanzierung und Contracting.

Was Ihnen vielleicht schon aufgefallen ist ...

Mit unserem neuen Auftritt und frischem Erscheinungsbild wird das komplette Angebot der Unternehmensgruppe eww greifbarer – von den daraus resultierenden Synergie-Effekten werden unsere Kunden und wir gleichermaßen profitieren.

Die eww ag ist ein österreichisches Unternehmen mit Sitz in Wels. Es sichert die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme und spielt auch als innovativer Anbieter von Energie- und Technologiedienstleistungen eine führende Rolle.

Der Messestand der EWW AG im neuen Design.

Das Leistungsportfolio der eww Gruppe im Bereich Kommunale Dienstleistungen:

Straßenbeleuchtungen, Sportstättenbeleuchtungen, Weihnachtsbeleuchtungen, Gebäudesanierungen, Wärmelieferungen, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Facility-Management, Gebäudethermografie, Energiebuchhaltung, Energieausweis, Neuerrichtungen Generalunternehmer / Generalübernehmer, Contracting, erneuerbare Energien.

KONTAKT
eww Gruppe
Kommunaltechnik
Knorrstraße 6
A-4600 Wels
Tel: +43 7242 493-0
E-Mail: **Info@eww.ag**
Web: **www.eww.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DER ISUZU D-MAX.
EIN STARKER ALLROUNDER FÜR JEDEN EINSATZ.

Maßgeschneiderte Lösungen für Ihre Kommune.
Der ISUZU D-MAX vereint das Beste aus Nutzfahrzeug und PKW und ist somit ein leistungsstarker und vielseitiger Partner für Ihren Kommunalbetrieb. Dank seines kraftvollen Antriebs und seiner äußerst robusten Karosserie bewältigt der zuverlässige Pick-up schweres Gelände und bietet mit seinen drei Kabinen-Varianten vielfältige Zuladungsmöglichkeiten und großzügigen Platz für Werkzeug, Material und Ihre Mitarbeiter. Die spezifischen Ausstattungsvarianten wie der 3-Seiten-Kipper oder die Winterdienst-Ausführung machen den flexiblen ISUZU D-MAX zu einem unverzichtbaren Helfer im täglichen Arbeitsalltag. **www.isuzu.at**

D-MAX Verbrauch (innerorts/außerorts/kombiniert): 8,9 – 10,1/6,4 – 7,3/7,3 – 8,4 l/100 km, CO_2-Emission (innerorts/außerorts/kombiniert): 233 – 267/167 – 193/192 – 220 g/km (nach RL 715/2007/EG)
Symbolfoto. Jetzt mit bis zu 3,5 t Anhängelast erhältlich. ISUZU Sales Österreich, Zweigniederlassung der ISUZU Sales Deutschland GmbH, Mayrwiesstr. 15, 5300 Hallwang bei Salzburg, Austria

ISUZU BEWEGT

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BAUERNFEIND: JUBILÄUMSFEIER AM 2. UND 3. OKTOBER 2015

VOM EIN-MANN-UNTERNEHMEN ZUM ÖSTERREICHISCHEN ROHRPRODUZENTEN

1990 gründete Erwin Bauernfeind das Ein-Mann-Unternehmen und begann mit dem Handel von Laufschienen für Schubtore und Befestigungstechnik.

1998 begann das Zwei-Personen-Unternehmen stark zu wachsen, indem zahlreiche Mitarbeiter in das Team aufgenommen wurden.

2004 wurde aufgrund der ständigen Erweiterung des Lieferprogramms mit dem Bau des neuen Firmensitzes begonnen, welcher 2006 eröffnet wurde.

In der 1. Aprilwoche 2008, 1 Jahr nachdem die Idee geboren war, selbst Rohre herzustellen, produzierte die Firma das erste PP-MEGA-Rohr auf der eigenen Anlage.

Die Jubiläumsfeier findet auf dem Gelände der Firma Bauernfeind statt.

2013 wurden die ersten Vollwandrohre auf der neuen Rohranlage produziert. Diese sind die qualitativ hochwertigsten Rohre.

Nützen Sie die Gelegenheit und besichtigen Sie am **2. Oktober 2015** nach Voranmeldung Bauernfeinds Produktion im Zuge einer exklusiven Führung. Dazu sind alle Vertreter von Gemeinden und Straßenmeistereien sowie Gewerbetreibende herzlich eingeladen.

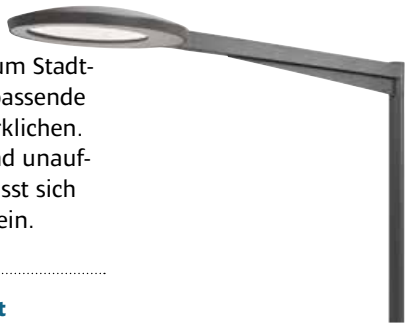
Am **3. Oktober 2015** findet die offizielle Jubiläumsfeier mit Tag der offenen Tür von 9:00 bis 17:00 Uhr statt (offizieller Festakt um 14:00 Uhr). Neben den zahlreichen Stationen wird ein umfangreiches Rahmenprogramm geboten. Auch Ehrengäste haben ihr Kommen zugesagt, wie zum Beispiel LH a. D. Dr. Josef Ratzenböck, LHStv. Franz Hiesl, LHStv. Ing. Reinhold Entholzer, LR Maga. Doris Hummer, LR Maximilian Hiegelsberger.

INFORMATIONEN
Nähere Informationen zur Jubiläumsfeier finden Sie unter **www.bauernfeind.at**

BAUKASTEN FÜR DIE STADTBELEUCHTUNG

Mit einer neuen Generation der erfolgreichen Leuchtenfamilie CitySoul gibt Philips Stadtplanern neue Möglichkeiten bei der Gestaltung urbaner Räume an die Hand. Unter dem Namen CitySoul gen2 sind Leuchten versammelt, die für eine breite Palette von Anwendungen geeignet sind, denen aber dennoch ein einheitliches Konzept zugrunde liegt.

Wie ein Baukasten lässt sich das modulare System nutzen, um in allen städtischen Anwendungsgebieten von den Außenbezirken bis zum Stadtzentrum die jeweils passende Lichtlösung zu verwirklichen. Ihr flaches, rundes und unaufdringliches Design passt sich perfekt ins Stadtbild ein.



Infos: www.philips.at

Foto: © Jürg Seiler

Ortsbild mit Auszeichnung

VELUX®

Sanierung eines bestehenden Bauernhauses im Ortskern von Willendorf (Wachau). Das Bauen im engen, historischen Bestand führte zu einem „Haus am Haus"-Konzept. Die moderne Interpretation des Steildaches fügt sich harmonisch in das gewachsene Ortsbild ein und ist als wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Neunutzung bestehender Siedlungskerne zu sehen. 2014 wurde das Haus am Venusgarten mit dem NÖ Holzbaupreis ausgezeichnet.

Mehr Infos auf **www.velux.at/venusgarten**

Flug über den Venusgarten:

DACHAUSBAU ALS MEHRFACHER GEWINN

EIN **DACHJUWEL** IM VENUSGARTEN

Eine Musterbaustelle zu besichtigen, kann manchmal ein echter Augenschmaus sein. Wann kommt man schon dazu, einen Dachausbau zu besichtigen, der eine geradezu atemberaubend gute Platznutzung aufzeigt? Eine Reportage.

TEXT / Hans Braun

Sehr groß ist das niederösterreichische Willendorf in der Wachau ja nicht, aber alt und weltberühmt. Und wie viele dieser lieblichen alten Dörfer hat es eine Eigenheit, die einen Besucher zur Verzweiflung treiben kann: keine Straßennamen, nur Nummern! Auf der Suche nach der Adresse „Venusgarten in Willendorf 35“ hat es mich nach 15 Minuten wieder an den Rand der Siedlung gebracht. Und als ich kurzentschlossen einen netten Herrn nach der Adresse gefragt habe, erhielt ich zur Antwort, „das müsste der Schauer sein. Do runter, unten links, dann rechts und do bist.“ Da war mir dann auch klar, dass ich dort schon zweimal vorbeigefahren bin, ohne was zu merken.

„Zum Schauer in den Venusgarten nach Willendorf 35“ wollte ich unter anderem, weil dort ein beeindruckender und preisgekrönter Dachausbau zu finden ist, der sich nicht nur in die althergebrachte Dachlandschaft Willendorfs fügt, sondern auch in die Landschaft passt. Verwendet wurden ausschließlich österreichische Materialien, wie Hausherr Stefan Schauer in vielen Berichten und Interviews schon erzählt hat.

Aber die Frage ist: Welche Vorteile bietet ein Steildach – oder auch Satteldach – dem Bauherrn oder einer Gemeinde, die selbst bauen will? Dazu nahmen Richard Rothböck, Holzbau-Bundesinnungsmeister, Michael Walter, Geschäftsführer von Velux-Fenster, und Michael Utvary von Bramac Stellung. „Der handgreiflichste Vorteil eines Steildaches in einem Land wie Österreich ist natürlich die schon durch die Konstruktion bedingte höhere Sicherheit bei Schnee. Das ist einer der Punkte, den die Initiative ‚Pro Steildach‘ promoten will“, wie Michael Walter, Geschäftsführer von Velux, ausführt. „Worum es uns mit unserer Initiative geht, ist nicht nur, die Vorzüge eines Steildachs zu betonen. Es geht uns auch um Fragen wie Ortsbildgestaltung in dem Sinn, dass aus Platznot viele Ortskerne veröden, weil die Menschen an den Rand der Gemeinden ziehen. Und mit einem Dachausbau, der allerdings nur mit einem Steildach möglich ist, könnte man eine Menge zusätzlicher Räume gewinnen. Man würde sich viele neue Flächenwidmungen sparen.“

„Man würde sich **viele neue Flächenwidmungen** sparen.“

Michael Walter, Vizepräsident Pro Steildach, über einen kommunalen Vorteil von Dachausbauten

LINKS ZUM HAUS AM VENUSGARTEN

Nö. Holzbaupreis 2014: **www.holzbaupreis-noe.at**

Videotipp: **http://vimeo.com/72721820**

Es würde nicht nur Platz gespart, es würden auch keine Aufträge an die regionale Wirtschaft wegfallen. Ein Punkt, auf den Bundesinnungsmeister und Obmann von Holzbau Austria, Richard Rothböck, vehement hinweist: „Dachstühle und Dachausbauten sind Grundpfeiler unseres Gewerbes. Ein geneigtes Dach ist auch wesentlich sicherer. Das müssen wir erhalten, nicht zuletzt im Sinne des Handwerks.“

Michael Utvary, Geschäftsführer von Bramac, bringt die eigentliche Dramatik der Entwicklung auf den Punkt: „Wir hatten 1997 ein Dachvolumen von 18 Millonen Quadratmeter – eineinhalb Millionen davon Flachdach und der Rest Steil-

Der Autor im Gespräch mit Stefan Schauer, Gastgeber und Bewohner des Hauses am Venusgarten, Kommerzialrat Richard Rothböck, Obmann holzbau Austria, Dipl.-Ing. Michael Walter, Geschäftsführer der Firma Velux, und Dr. Michael Utvary, Geschäftsführer von Bramac.

„Wir verlieren ein **immenses Volumen an Wertschöpfung,** das nicht in Österreich bleibt."

Michael Utvary,
Präsident Pro Steildach, über ein Manko des Rückgangs von Steildächern

dach. Heute sind es siebeneinhalb Millionen m² Flach- und achteinhalb Millionen m² Steildach. Wir verlieren hier ein immenses Volumen an Wertschöpfung, das nicht in Österreich bleibt. Im Gegensatz zu Steildächern werden nämlich die Materialien für Flachdächer meist im Ausland erzeugt. Was die Dachkonstruktionen betrifft, schadet dies der österreichischen Holzwirtschaft enorm. Und es gibt keine Chance auf einen zusätzlichen Platzgewinn."

„Es ist ja nicht nur die Mär, dass ein Flachdach ökologisch besser wäre", wirft Michael Walter ein. „Viele unserer Gesprächspartner, Architekten, Auftraggeber oder Bauherren, haben zugegeben, an ein Steildach gar nicht zu denken." Rothböck schlägt in diese Kerbe und gibt zu bedenken, dass die heutige Architektenausbildung eine zu große Lastigkeit für das Flachdach aufweist.

Es gibt viele handfeste Argumente zugunsten eines Steildachs, wie der weitere Gesprächsverlauf zeigt. Betrachtet man die Kosten für den Bauteil Dach, also die Dachhülle inklusive der Konstruktion, ist das Steildach sowohl in der Anschaffung als auch im Lebenszyklus (50 Jahre) günstiger. Auch in Hinblick auf die Gesamtkosten liegt das Haus mit Steildach vorne: Durch das größere Platzangebot eines ausgebauten Steildachs beträgt die Ersparnis gegenüber dem Flachdach innerhalb eines Lebenszyklus mehr als 400 Euro pro Quadratmeter.

TU-STUDIE „LEISTBARES WOHNEN UNTERM STEILDACH"

20 t

CO_2-Einsparung werden bei einer angenommenen Grundfläche von 200 m² durch eine Bauweise mit Steildächern erzielt.

83300

Euro Ersparnis. Auf den Lebenszyklus von 50 Jahren betrachteter Vorteil des Steildachs gegenüber einem Flachdach.

QUELLE / TU-Studie des Forschungsbereichs für Industriebau und interdisziplinäre Bauplanung der TU Wien, durchgeführt von Dr. Iva Kovacic, 2014

Einer Studie der TU Wien (auf der Website **www.meinsteildach.at** erhältlich) zufolge zeigt sogar das ausgebaute Steildach noch eine Kostenersparnis: Geht man von einem Einfamilienhaus mit einer Grundfläche von 200 m² aus, so wird der Unterschied zwischen den Dachtypen vollends deutlich: Auf den Lebenszyklus gesehen, liegt die Ersparnis des ausgebauten Steildachs gegenüber dem Flachdach bei 83.300 Euro und der Einsparung von 20 Tonnen CO_2.

Österreicher sehen Trend zum Steildach: Die in der Vergleichsrechnung der TU-Studie belegten wichtigsten Vorteile von Steildach-Konstruktionen decken sich exakt mit den modernen Anforderungen der Österreicher an das Dach über dem Kopf. Laut der im Sommer 2014 präsentierten Dach-Studie von meinungsraum.at bevorzugen weit mehr als zwei Drittel der Österreicher ein Steildach. „Mit den Ergebnissen der TU-Vergleichsstudie können viele Bauchentscheidungen von Bauherren nun durch Fakten belegt werden. Skeptiker sollten sich vom neuen Blickwinkel auf den Lebenszyklus einer Dachkonstruktion und in der damit verbundenen Kosten- und Aufwandsfrage dazu überzeugen lassen, den Fokus auf langfristige Planung zu legen", sehen die Studienautoren ihre Ergebnisse bestätigt.

www.meinsteildach.at
Initiative Pro Steildach

FOTOS: Gregor Nesvadba / Weinwurm

„300 Projekte zu je 5000 Euro können unterstützt werden. Das richtet sich an KMU, die für Investitionen Leistungen aus der Kreativwirtschaft brauchen."

Reinhold Mitterlehner, zum Kreativwirtschaftsscheck, der, mit 1,5 Millionen Euro dotiert, in eine neue Runde geht.

74%

der Gemeinden arbeiten bei Infrastrukturprojekten mit anderen Gemeinden zusammen.

QUELLE: Pitters Studiengutachten „Investitionen in den Gemeinden"

Das limitierte D-MAX-Sondermodell ist wahlweise in den edlen Außenfarben Cosmic Black Mica oder Silky White Pearl erhältlich.

ISUZU D-MAX-**SONDERMODELL** LIMITED EDITION

Seit September 2015 ist das neue Sondermodell Limited Edition des kraftvollen Pickups ISUZU D-MAX im Handel erhältlich. Die Basis des stylischen Sondermodells bildet der D-MAX in der Double Cab-Variante mit zuschaltbarem Allradantrieb, Automatikgetriebe, einem starken 2,5-Liter-Twin-Turbo-Dieselmotor mit 163 PS sowie einer luxuriösen Premium-Ausstattung.
Das limitierte D-MAX-Sondermodell ist serienmäßig mit folgenden Highlights ausgestattet: einer Dachreling in Schwarz, Einstiegsleisten aus Edelstahl, Anhängerkupplung, Klimaautomatik, Clarion-Navigationssystem, -Mediacenter und -Rückfahrkamera, schwarzen Design-Applikationen im Innenraum, Dachhimmel und A- und B-Säulen-Innenverkleidung in Schwarz, elektrisch verstellbarem Fahrersitz, schwarzen Ledersitzen mit Sitzheizung vorne, Tempomat sowie einem übersichtlichen Multi-Informationsdisplay. Die 17-Zoll-Leichtmetallfelgen, der Kühlergrill, die Haubenleiste und die seitlichen Trittbretter sind in schickem Dark Gray und die Türgriffe, der Außenspiegel und der Heckklappengriff in elegantem Cosmic Black Mica gehalten.
Der Preis des attraktiven Sondermodells „Limited Edition" liegt bei 37.550 Euro.

Infos auf www.isuzu.at

FOTOS: Isuzu/Verlag Pichler/TAWV

Breite Basis für Tirol: Die Obmänner der acht Tiroler Abfallverbände ziehen an einem Strang.

TIROL: **ABFALLVERBÄNDE** ZIEHEN AN EINEM STRANG

Acht Tiroler Abfallverbände und Kommunalbetriebe haben sich zu einer gemeinsamen Interessensvertretung, dem Tiroler Abfallwirtschaftsverein (kurz TAWV), zusammengeschlossen. Der neue Dachverband soll künftig durch den gemeinsamen Auftritt bei Bund und Land mehr bewegen.

„Unser vorrangigstes Ziel ist die Unterstützung der kommunalen Abfallwirtschaft mit einem verantwortungsvollen Wertstoffmanagement“, so der gewählte TAWV-Obmann Dr. Alfred Egger (Geschäftsführer ATM-Abfallwirtschaft Tirol-Mitte). Er verspricht eine effizientere Abfallwirtschaft durch eine Bündelung der Kräfte:

„Dort, wo es vergleichbare Dachverbände gibt, sind die Abfallgebühren am niedrigsten.“ Diesen Vorteil für die Bürger schätzt auch der für die Gemeinden zuständige Landesrat Johannes Tratter: „Kooperationen, die dazu dienen, Kräfte zu bündeln und Synergien zu nutzen, sind sehr positiv für Gemeinden und Bürger im Sinne der geforderten Sparsamkeit, Bürgernähe und Verwaltungsvereinfachung.“

Der neue Dachverband soll zudem dem Erfahrungsaustausch und der stärkeren Zusammenarbeit der einzelnen Mitglieder dienen.

QUERGESCHRIEBEN

50 Dinge, die ein Wiener getan haben muss

Dieses Buch ist anders – es richtet sich an Einheimische und an Besucher, die das Besondere suchen. So verraten die Autorinnen Alexandra Gruber und Marliese Mendel zum Beispiel, welche Bande sich in der Oper „herumtreibt“ oder warum man im Dunkeln durch die Kaiserappartements gehen sollte.

Pichler Verlag, ISBN: 978-3-85431-702-9, Erscheinungstermin: 21. 9. 2015
www.styriabooks.at

FQP FORUM QUALITÄTSPFLASTER

www.fqp.at

Lebensräume mit Tiefgang

Gemeinsame Qualitätssicherung für Ihr Projekt

Nutzen Sie unsere Kompetenz in einem starken Netzwerk – einheitliche Qualitätsstandards und kompetente Partner bieten das beste Ergebnis für Ihr Bauvorhaben

Expertise, Qualität und höchste fachliche Standards nach dem aktuellen Stand der Technik – dafür steht Weissenböck kompromisslos

»Das Forum Qualitätspflaster bietet uns die perfekte Plattform um gemeinsam mit unseren Kunden Großes zu schaffen: innovative, designorientierte Lebensräume.«

Ing. Stefan Weissenböck, Weissenböck Baustoffwerk GmbH.

NOCH MEHR FRAUENPOWER
In Bernstein trafen sich die Bürgermeisterinnen
Seite 116

DIE TÜCKEN DES HERBSTS
Gefahren durch veränderte Straßenverhältnisse
Seite 118

EINFACH ALLE **VERSTEHEN**

Per Videoschaltung dolmetschen ist ebenso einfach wie kostengünstig. Eine österreichische Firma hat diese Art der Verständigung optimiert und unterstützt Behörden dabei, effizient und serviceorientiert zu arbeiten.

TEXT / Andreas Hussak

Das Problem kennt jede Gemeinde: Bürger mit unzureichenden oder überhaupt keinen Deutschkenntnissen haben einen Amtsweg zu erledigen und hadern dabei mit der Kommunikation. Die Folge daraus: Missverständnisse, Ärger, mitunter Angst und sicher alles andere als eine optimale Gesprächssituation.

Die Rechtslage ist klar. In Österreich ist die Amtssprache Deutsch, und sollten die betreffenden Personen sich nicht verständlich machen können, so haben sie selbst dafür aufzukommen, um übersetzen bzw. sich dolmetschen zu lassen. In der Regel sieht das allerdings so aus, dass Verwandte, Bekannte oder oft sogar minderjährige Kinder für diese Aufgabe einspringen müssen und damit nicht selten völlig überfordert sind. Das betrifft den Volksschüler, dem es am Wissen über medizinische Fachbegriffe mangelt, wenn er seiner aufgelösten Mutter die Diagnose einer unheilbaren Krankheit klarmachen muss; das betrifft aber auch ratlose Hauptschüler, wenn ihnen juristische Fachausdrücke weder auf Deutsch noch in ihrer Muttersprache etwas sagen.

Kurz gesagt: Es ist für alle Beteiligten mühsam und belastend. Auch für die Gemeindebediensteten. Daher haben manche Kommunen die Initiative ergriffen und die Organisation von kompetenten und professionellen Dolmetschern selbst übernommen. Die Probleme, die sich dabei stellen, sind vor allem die Vielzahl der Sprachen und der daher breite Pool notwendiger Dolmetscher sowie deren hohe Kosten. Die Lösung dafür scheint mit der Möglichkeit des Videodolmetschens gefunden zu sein.

Doch was ist Videodolmetschen eigentlich? Grundsätzlich ist es das mündliche „Übersetzen“ per Videoschaltung. Das heißt, der sprachliche Vermittler befindet sich nicht am selben Ort wie die beiden zu dolmetschenden Parteien, ist aber von den beiden akkustisch und visuell wahrnehmbar. Die Vorteile liegen bei dieser Methode auf der Hand: Zuallererst fallen Fahrtkosten und Wartezeit auf die Dolmetscher weg. Die Auswahl an Sprachen und Personen ist wesentlich größer als bei physisch vor Ort verfügbaren Dolmetschern, und umso bedeutender, je seltener die Sprache: Die Situation, dass der Dolmetscher aus dem gleichen Umfeld des zu Dolmetschenden stammt, tritt de facto nicht mehr auf. Schließlich spricht noch ein wesentlicher Punkt für die Videokommunikation: Die Hemmung, selbst bei kurzen Gesprächen oder spontan auftretenden Verständigungsproblemen auf Profis zurückzugreifen, fällt weg. Und das ist erfreulich, denn dass Profis den Job besser erledigen als Laien, ist beim Dolmetschen nicht anders als bei jeder anderen Arbeit.

MEHR ALS

500

qualifizierte Dolmetscher stehen bei „Videodolmetschen“ zur Verfügung

MEHR ALS

50

Sprachen sind verfügbar, von Arabisch bis Vietnamesisch.

120

Sekunden dauert es maximal, bis sich ein Dolmetscher arbeitsbereit zuschaltet, nachdem er mit nur einem Klick angefordert wurde.

„Videodolmetschen“ ist aber auch der Name des marktdominierenden Anbieters der gleichlautenden Dienstleistungen. Die SAVD Videodolmetschen GmbH entstand aus einer Kooperation des Vereins „Plattform Patientensicherheit“ mit der Institut für Ethik und Recht in der Medizin, dem ServiceCenter ÖGS.barrierefrei und dem Zentrum für Translationswissenschaft der Universität Wien. Ziel des Projekts war ursprünglich die bessere Verständigung mit fremdsprachigen Patienten in Krankenhäusern. Mittlerweile fand das System auch in Justizanstalten Verwendung, wird in mehreren österreichischen Städten, wie Graz, Salzburg oder Innsbruck, im Magistrat eingesetzt, und dieser Tage startet es auch probeweise an drei Wiener Kundenzentren des AMS.

Die Probephase hat man in Innsbruck hingegen bereits hinter sich gelassen, und die gemachten Erfahrungen waren durchwegs positiv. So verwundert es nicht, dass das Projekt auf un-

Der Syrer konnten sich dank Arabisch-Dolmetscherin sofort verständlich machen (links). Die gewünschte Dolmetscherin ist binnen Sekunden zugegen (rechts).

bestimmte Zeit verlängert und die Zugriffsmöglichkeiten zum Videodolmetsch-Programm auf alle SachbearbeiterInnen ausgeweitet wurden.

Dr. Bernhard Holas, seines Zeichens Magistratsdirektor der Stadt Innsbruck, bestätigt die guten Erfahrungen: „Speziell für den Bereich Soziales (Mindestsicherung und Kinder- und Jugendhilfe) sowie für Wohnungsservicestellen (Wohnungsvermittlung; Mietzinsbeihilfe und Förderungsverwaltung) erscheint Videodolmetschen sehr empfehlenswert!“

Zwar bietet das Unternehmen eigene, standardisierte Cisco-Hardware an und sorgt auf Wunsch auch für die komoplette Infrastruktur, allerdings funktioniert das Videodolmetschen mit allen Plattformen. So wurden etwa auch in Innsbruck die bereits bestehenden Computer genutzt und keine Extra-Geräte angeschafft, und trotzdem versicherte man dort KOMMUNAL gegenüber die Qualität als alternativlos gut.

Die Möglichkeiten des Videolometschens sind aus Sicht der Gemeinden natürlich auch beim Thema Integration und Zuwanderung hochinteressant. Der Österreichische Gemeindebund hat daher für die Kommunen ein innovatives und kostengünstiges Lösungsangebot flächendeckend ausverhandelt. Und so sieht das Angebot aus: Mit nur einem Klick erhält man binnen maximal zwei Minuten eine Videoverbindung zum gewünschten Dolmetscher und kann sofort loslegen. Neben einer monatlichen Videolizenz fallen für das Dolmetschen minutengenau abgerechnete Kosten von 2 €/Min. für die ersten 15 Min. sowie 1 €/Min. für alle weiteren Minuten an. Die Videosoftware-Lösung entspricht dabei den Datenschutzvorgaben des jeweiligen Bundeslandes.

Als zusätzlichen Service können Gemeinden über kommunalnet.at jederzeit innerhalb kürzester Zeit mittels single-sign-on zu übersetzende Texte hochladen und diese übersetzt bekommen, bei Bedarf natürlich auch beglaubigt.

Die Firma SAVD Videodolmetschen GmbH ist die mit Abstand größte Anbieterin von Videodolmetschleistungen in Österreich, nicht aber die einzige. Beispielsweise gibt es die noch junge Tiroler Firma InterprAID (www.interpraid.org), die sich als Plattform für soziale Einrichtungen versteht, sowie einige weitere lokale Anbieter.

Die Initiative von Videodolmetschen zusammen mit Kommunal und dem Österreichischen Gemeindebund soll mit einem österreichweiten Dolmetscherpool für Qualität, Kostenersparnis und Mitarbeiterentlastung sorgen. Gemeinden werden im Bereich Asylwesen und Migration nicht alleinegelassen! Sie bietet Unterstützung in der dauerhaften, nachhaltigen gesellschaftlichen Aufgabe, Integration zu fördern und Integrationspotenziale zu erkennen. Ganz abgesehen von der gleichzeitgen Unterstüzung auf dem Weg zur gesetzlich vorgeschriebenen Barrierefreiheit.

ANDREAS HUSSAK
IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL

Weiterführende Informationen dazu:

videodolmetschen.at
kommunalnet.at

ÖSTERREICHISCHER KLIMASCHUTZPREIS 2015

NOMINIERT SIND ...

Hunderte vorbildliche Projekte und kreative Lösungen haben in den vergangenen sieben Jahren den Österreichischen Klimaschutzpreis mit Leben erfüllt.

„Einkaufen und Essen“ in der Energieregion Vorderwald.

„Klimaschutz“ in der Klima- und Energiemodellregion Sterngartl-Gusental.

Der einfache Gedanke hinter dem Klimaschutzpreis: Klimaschutz, Energiesparen, erneuerbare Energieträger sowie umweltfreundliche Mobilität stehen in keinem Widerspruch zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Im Gegenteil: sie schaffen und sichern wichtige Green Jobs. Wir stellen die Nominierten aus den Gemeinden vor.

IN DER KATEGORIE TÄGLICHES LEBEN

„GUT – GENUG: Einkaufen und essen, was uns und dem Klima gut tut“

Einreicher: Energieregion Vorderwald

Projektbeschreibung: Die acht Gemeinden der Klima- und Energiemodellregion Vorderwald haben schon viele technische Maßnahmen auf dem Weg zu einer energieautonomen Region umgesetzt. Mit dem Projekt „GUT – GENUG“ wurde ein weiteres Schlüsselthema für den Klimaschutz angepackt: Konsum und Ernährung. 34 Teilnehmerinnen haben sich in Workshops intensiv mit den Auswirkungen ihrer Alltagskaufentscheidungen auf die Umwelt und das Klima auseinandergesetzt. Ihre Erfahrungen haben sie in sehr individuellen und kreativen Projekten umgesetzt und noch weiter verbreitet. So hat etwa ein lokaler Nahversorger sein Bio- und Faitrade-Sortiment aufgestockt, bei Vereinsveranstaltungen werden auch vegetarische Gerichte wie der „Kicker-Burger“ angeboten und ein Tauschladen gibt Alltagsgegenständen ein zweites oder sogar drittes Leben. Die Teilnehmerinnen sind hoch motiviert, selber aktiv zu werden und dauerhaft den eigenen Lebensstil zu verändern.

„Ich verfolge eine klare Vision für unser Land: ein lebenswertes Österreich mit reiner Luft, sauberem Wasser und vielfältiger Natur. Davon profitieren wir alle.“

Andrä Rupprechter, Umweltminister

KATEGORIE GEMEINDEN UND REGIONEN

„BürgermeisterInnen engagiert für Klimaschutz“

Einreicher: Klima- und Energiemodellregion Sterngartl-Gusental (OÖ)

Projektbeschreibung: 18 Gemeinden aus dem Mühlviertel haben sich zusammengeschlossen, um ihre Visionen für eine klimafreundliche Region zu verwirklichen. Seit 2013 bilden sie die Klima- und Energiemodellregion Sterngartl-Gusental. Die politisch Verantwortlichen wollten mehr tun als nur Lippenbekenntnisse abzugeben. Sie stehen voll hinter dem Ziel der regionalen Energiewende und engagieren sich ehrenamtlich für die Umsetzung eines ehrgeizigen Arbeitsprogramms. Viele Projekte lassen sich gemeindeübergreifend leichter umsetzen, etwa Beschaffungsaktionen von E-Bikes für den Tourismusverband, eine regionale Biomassebörse oder der Ausbau des Radwegenetzes. Zwei Drittel der Gemeinden nutzen ein gemeinsames professionelles Onlinetool für die Energiebuchhaltung. Ebenfalls durch die enge Zusammenarbeit professionalisiert wurde die Nutzung von Beratungs- und Förderangeboten von Bund und Land.

„Klimaschutz zwischen Frutz und Frödisch“

Einreicher: Gemeinde Zwischenwasser

Projektbeschreibung: Die Vorarlberger Gemeinde Zwischenwasser ist eine der Pioniergemeinden im Energie- und Umweltbereich.

„Klimaschutz zwischen Frutz und Frödisch“ in Zwischenwasser.

„Ökologie und Nachhaltigkeit“ in der Pfarrgemeide Dechantskirchen.

Zertifiziertes Biodorf Seeham.

Wegweisend ist sie vor allem im Bereich der Raumordnungspolitik, der Mobilität und als Initiatorin von bewusstseinsbildenden Maßnahmen in der Bevölkerung. Zwischenwasser hat das e5-Programm für energieeffiziente Gemeinden mitbegründet. Mit einem aktuellen Umsetzungsstand von 87 Prozent aller möglichen Energiemaßnahmen ist sie derzeit österreichweit die beste e5-Gemeinde. Energetische Sanierungen von Gemeindegebäuden, der Ersatz aller fossilen Heizungen durch Pellets, eine Hackschnitzel-Nahwärmeanlage, eine Bürgerbeteiligungsgenossenschaft für Solarstrom und die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung gehören dazu. Doch damit gibt sich Zwischenwasser noch lange nicht zufrieden. Die Gemeinde hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2025 ganz energieautonom zu werden. Ein jährliches Energiecontrolling misst die Fortschritte auf dem Weg dahin.

„Ökologie und Nachhaltigkeit als pastoraler Schwerpunkt der Pfarre“

Einreicher: Pfarrgemeinde Dechantskirchen

Projektbeschreibung: Viele kleine Schritte in Richtung Ökologie und Nachhaltigkeit, konsequent und mit Begeisterung. Das ist das Motto der oststeirischen Pfarre Dechantskirchen. Die Erkenntnis, dass wir auf Kosten der kommenden Generationen und der wirtschaftlich weniger entwickelten Länder leben, hat Pfarrer Fank und seine Gemeindemitglieder aktiv für die Schöpfung werden lassen. Pfarrhof und Pfarrkindergarten wurden gedämmt, statt mit Öl wird mit regional erzeugten Hackschnitzeln geheizt, fünf Photovoltaikanlagen liefern doppelt so viel Strom wie die Pfarreinrichtungen und das Elektroauto verbrauchen. Durch eine EMAS-Zertifizierung der Pfarre wurden die Klimaschutzmaßnahmen auf eine professionelle Basis gestellt. Vorträge, Aktionen und Feste zeigen Wirkung: Neun Prozent der Haushalte in der Pfarre haben eigene PV-Anlagen errichtet, ein Fünftel der Haushalte bezieht Ökostrom. Mit vielen kleinen Schritten ist ein groß(artig)es Projekt entstanden.

LINKS ZUM THEMA

Von **5. bis 30. Oktober** werden die nominierten Projekte 2015 im ORF-Servicemagazin „heute konkret“ von Montag bis Freitag, 18.30 Uhr auf ORF 2 vorgestellt.
Die Gewinner-Projekte werden bei der **Preisverleihung am 9. November 2015** in der Siemens City ausgezeichnet.
Auf dieser Webseite können Sie die Beiträge „nachschauen“.

www.klimaschutzpreis.at

„Seeham auf dem Weg zum zertifizierten Biodorf“

Einreicher: Gemeinde Seeham

Projektbeschreibung: Die Salzburger Gemeinde Seeham hat sich einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung verschrieben. Mit einem 80prozentigen Biobauernanteil, einem Bio-Hotel, einer Bio-Getreidemühle, einem Bio-Laden, einer Bio-Käserei und vielen anderen Betrieben mit Bio-Bezügen ist die Ausrichtung zu einem Biodorf gelungen. Auch im Kindergarten und in der Volksschule werden die Kinder zu 100% mit biologischen Produkten verköstigt. Die Nutzung regionaler erneuerbarer Energie etwa durch ein Biomasseheizwerk oder die Warmwassersolaranlage im Bad tragen ebenso zum Klimaschutz bei wie Schnuppertickets für den öffentlichen Verkehr und das gemeindeeigene Elektroauto. Die jährlichen Seehamer Biotage unter dem Motto „Bewusst leben und genießen“ verbreiten auch unter Gästen die Ideen von sanftem Tourismus, Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und Nutzung von Alternativenergien.

FOTOS / alle BMLFUW / Dietmar Stiplovsek 2x / Philip Greindl / Fritz Jamnig / Franz Neumayr

BÜRGERMEISTERINNENTREFFEN

NOCH MEHR **FRAUENPOWER**

Rund ein Drittel aller Bürgermeisterinnen in Österreich traf sich in Bernstein zum jährlichen Gedankenaustausch. Diese drei Tage dienten nicht nur der Motivation.

TEXT / Carina Rumpold

Ich bekomme diese Woche 100 Asylwerber und kann meine Gemeinde in dieser Zeit nicht alleine lassen. Ich bedaure es sehr, denn das sind meine einzigen drei Tage, an denen ich mir für mich Zeit nehme.“ Mit diesen Worten sagte eine Bürgermeisterin ihr Kommen beim Bürgermeisterinnentreffen, das dieses Jahr im Burgenland vom 17. bis 19. August stattfand, ab.

Das zeigt, welch hohen Stellenwert dieses Treffen mittlerweile hat. „Im Zentrum stehen für uns der Austausch und das Kennenlernen abseits der eigenen Gemeinde. Das ist wichtig, um mit ausreichend Abstand auf die Probleme in der eigenen Gemeinde blicken zu können“, weiß die Organisatorin des heurigen Treffens, Bernsteins Bürgermeisterin Renate Habetler. Wie schwierig es ist, sich auch nur für diese drei Tage „freizuschaufeln“, zeigt nicht nur das oben genannte Beispiel. Auch für Elisabeth Rechberger aus der Gemeinde St. Veit im Mühlkreis ist die Teilnahme etwas Besonderes: „Ich bin Geschäftsführerin in einem Betrieb mit elf Mitarbeitern, habe eine große Familie und bin Bürgermeisterin. Für mich war es eine große Herausforderung, diese drei Tage so zu organisieren, dass ich weg kann. Zum Glück hat es heuer geklappt und ich genieße diese kleine Auszeit.“

Kein Weg zu weit: Frauen nehmen ihre Verantwortung in diesem Job sehr ernst. Umso höher anzurechnen ist der heurige Besucherrekord: Rund ein Drittel – 35 Bürgermeisterinnen aus Österreich und eine aus Slowenien – reisten zum Bürgermeisterinnentreffen an. Die seit zwei Monaten amtierende Anifer Bürgermeisterin Gabriella Gehmacher-Leitner nahm den 350 Kilometer langen Anreiseweg ins gemeinsame Hotel in Bad Tatzmannsdorf ebenso auf sich, wie die bereits seit elf Jahren tätige Bürgermeisterin Maria Zwölfer aus Lermoos (580 Kilometer Strecke). Ein Novum beim heurigen Treffen war, dass auch die Vizebürgermeisterinnen eingeladen wurden. Für Renate Habetler eine Selbstverständlichkeit: „Die Vizebürgermeisterinnen von heute sind die Bürgermeisterinnen von morgen. Für mich war es wichtig, auch sie einzubinden.“

> „Im Zentrum stehen für uns der **Austausch und das Kennenlernen** abseits der eigenen Gemeinde.“
>
> **Renate Habetler,** Bürgermeisterin von Bernstein und Organisatorin des Treffens 2015, über die Motivationen der Teilnehmerinnen

Die Mischung macht‘s: „Das Bürgermeisterinnentreffen ist kein Kurzurlaub, ganz im Gegenteil. Aber es ist eine Auszeit aus dem politischen Trott, um sich auszutauschen und sich mit Sachen zu beschäftigen, für die man sonst aufgrund des Alltagsstresses keine Zeit hat“, erklärt Ulrike Böker, Ortschefin in der Baukultur-Gemeinde Ottensheim. So stand ein ganzer Tag für Workshops zur Verfügung. Petra Gajar vom Fonds Gesundes Österreich zeigte auf, worauf es ankommt, um Politik, Beruf und Privatleben miteinander zu vereinbaren und lange gesund zu bleiben. Um dieses Wissen zu vertiefen, nahmen sich viele vor, die Bürgermeister-Gesundheitsseminare, die der Österreichische Gemeindebund mit dem Fonds Gesundes Österreich veranstaltet, zu besuchen. Der Nachmittag mit einem Führungs- und Konfliktmanagement-

Die Bürgermeisterinnen vor der Kulisse des Mittelburgenlands.

Bundesland	Gemeinden	Bürgermeisterinnen		Frauenanteil
		März 2014	März 2015	
Burgenland	171	7	**7**	4,1%
Kärnten	132	3	**7**	5,3%
NÖ	573	44	**56**	9,8%
OÖ	442 (2014: 444)	29	**34**	7,7%
Salzburg	119	3	**3**	2,5%
Steiermark	287 (2014: 539)	29	**16**	5,6%
Tirol	279	11	**11**	3,9%
Vorarlberg	96	6	**7**	7,3%
Wien	1	0	**0**	0,0%
SUMME	**2100**	132	**141**	6,7%
	(2014: 2354)			

Coaching von Nicole Mayr-König (dieesche) brachte zwei Themen aufs Tableau, die für viele keine leichte Kost waren. „Es geht nicht darum, zu erlernen, wie man Konflikte verdrängt, sondern sich so mit ihnen auseinanderzusetzen, sodass sie einen selbst nicht mehr emotional belasten. Ändert man seine eigene Einstellung zu einem Konflikt, ändert dies meist auch die Reaktionen der anderen“, erklärt Mayr-König.

Die restlichen zwei Tage, den 17. und den 19. August, nutzten Bürgermeisterin Renate Habetler, Klaudia Friedl, Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin von Steinberg-Dörfl, sowie Michaela Raber, Ortschefin der 400-Einwohner-Gemeinde Rauchwart, um ihre Gemeinden von ihrer besten Seite zu präsentieren. Sie zeigten dabei nicht nur, wie sie das kulturelle Leben erweitern, seltene Handwerksbetriebe in ihren Gemeinden halten, sondern auch, wie sich eine Verwaltungsgemeinschaft in der Praxis gestaltet. Unterstützt wurden sie vom Österreichischen Gemeindebund sowie dem GVV Burgenland und dem Burgenländischen Gemeindebund.

„Wir gehen gestärkt aus diesen drei Tagen wieder in unsere Gemeinden zurück. Wir wissen, dass die Probleme überall ähnlich sind. Durch den Austausch haben wir neue Ansätze, wie man an die Probleme herangehen kann“, resümiert Maria Skazel, Bürgermeisterin der steirischen Gemeinde St. Peter im Sulmtal.

Immer noch eine seltene Spezies: Es braucht eine große Portion Mut und das Quäntchen Idealismus, um dieses Amt trotz der immer enger werdenden rechtlichen Schranken anzustreben. „Wir wollen mit unserer Zusammenkunft auch darauf aufmerksam machen, dass es mit 141 Bürgermeisterinnen derzeit zwar österreichweit so viele Frauen an der Gemeindespitze gibt wie noch nie, aber es immer noch zu wenige sind“, betont Bürgermeisterin Michaela Walla aus Warth (NÖ), die bereits seit vielen Jahren zum Treffen kommt.

In den letzten zehn Jahren hat sich die Anzahl der Bürgermeisterinnen dennoch mehr als verdreifacht, verdeutlichte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bei seinem Besuch: „1999, das Jahr, in dem ich Gemeindebund-Präsident wurde, hatten wir zum Vergleich nur 41 Bürgermeisterinnen. Trotzdem sind die 141 Bürgermeisterinnen, die wir heute haben, immer noch nur 6,7 Prozent aller Bürgermeister in Österreich. Das muss sich weiter verbessern.“ Neben den sozialrechtlichen Aspekten, wie Arbeitslosengeld als Überbrückung für den beruflichen Wiedereinstieg nach einer Abwahl, brauche es aber immer noch den Gestaltungswillen für dieses Amt. „Ohne den geht es nicht“, so Mödlhammer. „Die Anforderungen an unsere Bürgermeister werden nicht weniger, wie sich in diesen Tagen zeigt.“

MAG. CARINA RUMPOLD ist Redakteurin bei Kommunalnet
carina.rumpold@gemeindebund.gv.at

SAVE THE DATE!
Das nächste Bürgermeisterinnentreffen findet von **8. bis 10. August 2016** in Stuhlfelden (Sbg.) statt!

HERBSTBEGINN

DIE TÜCKEN DES HERBST

Im Herbst müssen sich alle Verkehrsteilnehmer auf veränderte Straßenverhältnisse einstellen.

Laub auf der Straße, nasse Gehwege und schlechte Sichtverhältnisse für Autofahrer – im Herbst lauern im Straßenverkehr viele Gefahren. Zeit, das Verhalten im Straßenverkehr den geänderten Witterungsverhältnissen anzupassen.

Für Fußgänger sind im Herbst vor allem Regen, Nebel und nasses Laub häufige Gefahrenquellen auf öffentlichen Wegen, Straßen und in Parks. Durch starken Niederschlag und abgefallene Blätter wird der Gehweg rutschig, das Risiko eines Sturzes steigt. Jährlich verletzen sich tausende Menschen in Österreich durch Ausrutschen bei Regen, Nebel oder Laub auf öffentlichen Flächen so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten. Rund jeder zweite Verletzte war älter als 60 Jahre.

Unfälle, die aufgrund der herbstlichen Witterungsbedingungen passieren, sind vermeidbar, wenn einige Sicherheitstipps berücksichtigt werden. So sollte festes Schuhwerk mit griffigem Profil in der nasskalten Jahreszeit eine Selbstverständlichkeit sein. Auch wenn Schuhe mit hohem Absatz noch so schick sind, sollten sie bei Regen, Nebel und rutschigen Straßenverhältnissen lieber im heimischen Schuhschrank bleiben. Für ältere und gebrechliche Menschen ist es am besten, unnötige Wege bei starkem Niederschlag und glattem Boden zu vermeiden.

„**Im Herbst ist es Zeit,** das Verhalten im Straßenverkehr der geänderten Witterung anzupassen.“

Vorsicht bei schlechter Sicht: Bei Nebel und dadurch bedingter schlechter Sicht ist besondere Vorsicht geboten. Beim Überqueren von Schutzwegen oder am Straßenrand werden Fußgänger von Autofahrern nur sehr schlecht erkannt. Erhebungen des KFV zeigen, dass viele Verkehrsteilnehmer die Geschwindigkeit trotz großer Regenmengen oder bei Nebel nicht reduzieren. Sie passen ihr Fahrverhalten nicht an geänderte Wetter- und Sichtverhältnisse an. Ungeschützte Verkehrsteilnehmer müssen daher verstärkt auf ihre Sichtbarkeit achten. Ein einfaches Hilfsmittel, das zur Sicherheit beiträgt: Reflektormaterial in unterschiedlichen Formen auf Kleidung, Schuhen, Taschen, Rucksäcken und Schirmen erhöht die Sichtbarkeit deutlich. Mit Reflektoren an der Kleidung oder körpernahen Gegenständen ist die Wahrscheinlichkeit, auch bei schlechter Sicht gesehen zu werden, deutlich größer. Ein Fußgänger mit reflektierender Kleidung ist bei Abblendlicht vom Autofahrer bereits aus 150 Meter Entfernung deutlich zu erkennen. Dunkel gekleidete Personen werden hingegen erst aus 20 Meter erkannt. Besonders Kinder sind gefährdet, denn zusätzlich zur schlechten Sicht von Autofahrern werden sie auch bei Tageslicht aufgrund ihrer Größe oft nicht entdeckt. Durch die eingeschränkte Sicht können Autofahrer in der Nacht noch schlechter auf unvorhergesehenes Verhalten der Kleinen reagieren.

Herbst-Gefahr: Laub, aber auch Ackerschmutz können die Fahrbahn in eine Rutschbahn verwandeln. Hier hilft: vorausschauend fahren, frühzeitig und vor allem sanft bremsen – und ebenfalls möglichst „sanft“ fahren.

KFV-Tipps zur Erhöhung der Sicherheit:

- Die Geschwindigkeit der Sichtweite anpassen und mit zusätzlichem Sicherheitsabstand fahren. Das gilt nicht nur bei Nebel, sondern auch dann, wenn bei starkem Regen Gischtfontänen hinter den Fahrzeugen die Sicht versperren.
- Bei schlechter oder auch schon eingeschränkter Sicht das Fahrlicht einschalten. Die Nebelschlussleuchte jedoch darf nur bei Nebel und nur bei Sichtweiten unter 50 Meter eingesetzt werden.
- Bei starkem Regen mit Aquaplaning rechnen. Verlieren die Räder einmal den Kontakt zur Fahrbahn, versuchen, nicht abrupt zu bremsen, sondern auszukuppeln und das Lenkrad gut festzuhalten, bis man wieder sicheren Straßenkontakt spürt.
- Laub, aber auch Ackerschmutz können die Fahrbahn in eine Rutschbahn verwandeln. Hier hilft: vorausschauend fahren, frühzeitig und vor allem sanft bremsen – und ebenfalls möglichst „sanft“ fahren.
- Besonders in den frühen Morgenstunden kann sich in schattigen Waldschneisen, auf Brücken und in Senken unvermutet Glatteis bilden. Deshalb an solchen Stellen vorsorglich das Tempo reduzieren.

Mehr Infos auf www.kfv.at

GEPRÜFTE QUALITÄT • GÜTEZEICHEN • CERTIFIED QUALITY

AUSTRIA

Darauf können Sie vertrauen!

Die Austria Gütezeichen sind eine Orientierungshilfe für KundInnen und AuftraggeberInnen mit einem hohen Qualitätsanspruch – die Auswahl von Produkten und Dienstleistungen wird erleichtert. Umfrageergebnisse (2014, ausgenommen Lebensmittel) bestätigen: ein hohes Maß an **Vertrauen (1,8)** wird dem Austria Gütezeichen entgegen gebracht. Auf Basis einer bildlichen Stützung kann sich das Austria Gütezeichen mit **85%** als das präsenteste in der österreichischen Bevölkerung positionieren.

Die Prüfungen erfolgen regelmäßig, unabhängig und neutral.

Nur jene Produkte/Dienstleistungen, die alle Anforderungen erfüllen dürfen mit den Austria Gütezeichen gekennzeichnet werden.

Brandaktuell
Austria Gütezeichen
Brandschutzmanagement

FIRE PROTECTION MANAGEMENT

FPM

INTERNATIONALES BRANDSCHUTZ-GÜTEZEICHEN

Umfassend und systematisch mögliche Risken für das Gebäude, die MitarbeiterInnen und KundInnen minimieren – gehen Sie auf Nummer Sicher und gehen Sie über den herkömmlichen Betriebsbrandschutz hinaus!

ÖQA
Erfolg mit Qualität

Infos zur neu überarbeiteten Güterichtlinie: **ÖQA** Zertifizierungs-GmbH, Tel.: (+43 1) 535 37 48, E-Mail: oeqa@qualityaustria.com

www.qualityaustria.com
www.austriaguetezeichen.at

PETER STAUBER, PRÄSIDENT DES KÄRNTNER GEMEINDEBUNDES

MEINE PRIORITÄT IST GANZ KLAR DER **LÄNDLICHE RAUM**

Gemeindetag und KOMMUNALMESSE haben völlig überdeckt, dass in Kärnten ein Wechsel stattgefunden hat. Ferdinand Vouk hat das Zepter im Kärntner Gemeindebund an den Bürgermeister von St. Andrä, Peter Stauber, übergeben. Ein Porträt.

TEXT/ Hans Braun

Der Kärntner Gemeindebund hat sich bei der Landesversammlung im Juni fast völlig erneuert. Es wurden gleich neun von fünfzehn Mitgliedern im Landesvorstand neu gewählt. Peter Stauber, Bürgermeister von St. Andrä, wurde einstimmig zum neuen Präsidenten des Kärntner Gemeindebundes gewählt. Die Geschicke des Gemeindebundes werden mit dieser Wahl in erfahrene Hände gelegt.

Stauber, der als Bürgermeister 10.000 Einwohnern vorsteht, kennt die Probleme von Landgemeinden wie auch die von Städten sehr genau. Auf die Frage, wie es aus seiner Sicht mit der Infrastruktur-Förderaktion des BMVIT aussieht und ob es da nicht etwas zu viel Bürokratie gibt, antwortet Stauber: „Prinzipiell ist das Förderprogramm ja o.k. Es ist auf jeden Fall eine Chance. Nur ist die Umsetzung, wie sie sich derzeit darstellt, viel zu kompliziert. Es ist ein Wust an Verwaltungsunterlagen auszufüllen – das muss einfacher gehen. Viele Gemeinden können die Förderung nicht in Anspruch nehmen oder verzichten von selbst darauf, weil es so kompliziert ist.“

Seiner Meinung nach muss der erste Ansatz sein, dass man innerhalb des Finanzausgleichs verstärkt Mittel für die ländlichen Regionen einsetzt. „Deswegen bestehen wir auf einen Strukturfonds, der strukturschwache Gemeinden unterstützt. Sonst wird sich künftig die aufwendige Infrastruktur des ländlichen Raumes mit den Straßen, die Müllbeseitigung, die Leitungen für Wasser und Abwasser und so weiter nicht mehr aufrechterhalten lassen“, so Stauber.

> **„Prinzipiell ist das Förderprogramm ja o.k.** Nur ist die Umsetzung, wie sie sich derzeit darstellt, viel zu kompliziert.“

Peter Stauber, Präsident des Kärntner Gemeindebundes.

Auf den Einwand, dass die Mittel alleine nicht alles sind und wie die Gemeinden der bedenklichen demografischen Entwicklung begegnen können, erwidert Stauber: „Wir stellen seit einigen Jahren etwas Geld für die Studenten zur Verfügung, die nach Graz oder Wien gehen. Die bekommen einen Bonus, wenn sie die Hauptmeldung in der Stammgemeinde lassen – bei uns sind das 200 Euro. Sonst kann man nur versuchen, beispielsweise die Kinderbetreuung für junge Familien so gut wie möglich zu sichern; wir versuchen, günstige Wohnungen für Jungfamilien zu stellen. Aber das Um und Auf sind die Arbeitsplätze. Und der hohe Lebensstandard des ländlichen Raumes ist vermutlich die beste Option, um die Menschen am Land zu halten. Aber da muss wiederum die gesamte Infrastruktur stimmen.“

Wo er den Kärntner Gemeindebund in fünf Jahren sieht? „Die Ziele im Kärntner Gemeindebund sind auf jeden Fall, dass wir an die Standards anderer Bundesländer angeglichen werden. Es gibt ja noch immer ein gewisses Ost-West-Gefälle bei Förderungen und Ertragsanteilen. Für uns in Kärnten ist die Lage momentan auch schwer abschätzbar, weil wir nicht wissen, wie sich das Hypo-Desaster im Endeffekt auswirkt. Wir vom Gemeindebund kämpfen mit allen Mitteln, damit wir die schlimmsten Auswirkungen abfedern können.“

familienfreundlichegemeinde

Familienfreundlichkeit bringt allen was: Mit mehr Lebensqualität punkten

Je attraktiver das Lebensumfeld einer Gemeinde ist, desto interessanter ist es für Familien sich dort anzusiedeln und auch zu bleiben - mit dem Audit *familienfreundlichegemeinde* schaffen Sie das!

Durch den demographischen Wandel und seine Auswirkungen stehen viele Gemeinden vor einer Reihe an Herausforderungen. Die Altersstruktur ändert sich, finanzielle Ressourcen sinken und Handlungsspielräume werden damit stetig geringer.

Eine Verbesserung des Lebensraumes und ein stärkerer Zusammenhalt der Gemeinschaft können diesen Entwicklungen entgegen wirken. Denn je attraktiver das Lebensumfeld einer Gemeinde ist, desto interessanter ist es für Familien sich dort anzusiedeln und auch zu bleiben. Dadurch steigt die Kauf- und Arbeitskraft in der Region und die Gemeinde gewinnt auch als Wirtschaftsstandort.

© Fotolia.com

Familienfreundlicher Lebensraum - immer mehr Gemeinden erkennen die Vorteile!

Nachhaltiger Erfolg durch aktive Bürgerbeteiligung

Doch wie weiß eine Gemeinde, ob die vorhandenen Maßnahmen auch wirklich den Bedürfnissen entsprechen oder wo vielleicht noch Bedarf besteht? Im Rahmen des **Audit *familienfreundlichegemeinde*** werden die Gemeindebürgerinnen und -bürger aller Generationen bei der Entwicklung und Verbesserung familienfreundlicher Maßnahmen mit einbezogen.

Das vom Familienministerium geförderte Audit *familienfreundlichegemeinde* bringt daher Kindern, Familien, Singles und älteren Menschen in der Gemeinde mehr Lebensqualität. Denn durch die aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger werden die Identifikation mit der Gemeinschaft und die Bindung an die Gemeinde gestärkt. Mit dem Mitwirken der Bevölkerung können Maßnahmen nicht nur bedarfsgerecht entwickelt, sondern auch finanzielle Mittel gezielter eingesetzt werden. Denn mit dem Audit wird nur umgesetzt, was wirklich benötigt wird.

Ihr Weg zum Audit

Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte. Bisher haben österreichweit bereits knapp 350 Gemeinden am Audit teilgenommen. Somit profitieren schon über zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger von den familienfreundlichen Maßnahmen.

Gemeinden, die sich erfolgreich dem Thema der Familienfreundlichkeit im Rahmen des Auditprozesses gewidmet haben und familienfreundliche Maßnahmen nachhaltig umsetzen, werden mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Heuer findet die Zertifikatsverleihung am 21. Oktober in Innsbruck statt.

Alle Informationen zur Verleihung, der Teilnahme am Audit sowie viele gute Beispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at

Setzen auch Sie auf Familienfreundlichkeit!

Familie & Beruf Management GmbH

E-Mail: office@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Sind Sie schon dabei?

UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

www.unternehmen-fuer-familien.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

BURGENLAND

Landesrätin Verena Dunst und Bgm. Erich Goldenitsch mit Kindern sowie Gemeindevertretern der Gemeinde St. Andrä am Zicksee.

Der beliebteste **Kinderspielplatz**

Im Rahmen einer Initiative des Vereins „Unser Dorf“ wurde der beliebteste öffentlich zugängliche Kinderspielplatz im Burgenland gesucht. Bewertet wurden naturnahe Gestaltung mit vielen unterschiedlichen Bewegungsflächen, natürlichen Hindernissen statt „herkömmlichen“ Spielgeräten und Kommunikationsplätzen für Generationen. „Ich halte nichts von Kinderspielplätzen, die keiner benutzt, mit unnötig teuren Spielgeräten ohne pädagogischen Wert. Es geht um naturnahe Planung, und die Kinder sollen zur Bewegung animiert werden. Der Kinderspielplatz im Strandbad in St. Andrä am Zicksee erfüllt alle diese Kriterien und wurde mit Abstand Sieger“, gratulierte die für Dorferneuerung zuständige Landesrätin Verena Dunst. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Spielplätze in Trausdorf und Königsdorf.

Preis für Sammeltaxi-Initiative

Der Gemeindeverband Personennahverkehr Pinka- und Stremtal wurde mit dem diesjährigen VCÖ-Mobilitätspreis, der unter dem Motto „Mobilität im Wandel“ stand, ausgezeichnet. Vergeben wurde der Preis vom VCÖ in Kooperation mit dem Land Burgenland und den ÖBB. Seit April 2014 ist das Mikro-ÖV System Pinka- und Stremtal mit den regionalen Ruftaxis „Ökotrip 1, 2 und 3“ in Betrieb. Seither wurden 3700 Fahrten mit mehr als 5000 Fahrgästen durchgeführt. In das System wurden bestehende öffentliche Verkehrsleistungen sowie regionale Anbieter (z. B. Taxis) integriert. Gefahren wird nach einem Anruf bis eine halbe Stunde vor der Fahrt.

KÄRNTEN

Geld für **Leader-Regionen**

Sechs Regionen aus Kärnten wurden in der aktuellen EU-Programmperiode 2014–2020 neuerlich als LEADER-Region anerkannt. Insgesamt stehen für diese sechs Regionen bis zum Jahr 2020 nun 23,5 Millionen an EU-Geldern für Projekte zur Verfügung.
Die sechs Kärntner LEADER-Regionen sind: Villach Umland, Großglockner/Mölltal-Oberdrautal, Nockregion-Oberkärnten, die Regionalkooperation Unterkärnten bzw. die Regionen Hermagor und kärnten:mitte.
Die EU-Mittel sollen vor allem dazu eingesetzt werden, um die peripheren Regionen mit Leben zu erfüllen. Landeshauptmann Peter Kaiser betont aber, dass man mit dem Geld auch gegen das „Triple A“ (Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Armut) vorgehen will.
Bürgermeister und Regionalmanager sind sich einig, dass es speziell im Bereich der Widmungen zu einem Bürokratieabbau kommen muss. Größte Herausforderung für alle Regionen in den nächsten Jahren werden die demografischen Veränderungen, die Abwanderung und die Überalterung sein.

Landeshauptmann Peter Kaiser, Bürgermeister und Beamte der Landesverwaltung präsentierten die Kärntner Leader-Regionen.

Kooperation mit Italien

Der Bezirk Hermagor und die Gemeinden Weissensee und Feistritz an der Gail haben sich von Villach getrennt und eine eigene LEADER-Region gegründet. Die LAG-Region Hermagor (Leader-Aktionsgruppe) will nun verstärkt mit Gemeinden im benachbarten Italien zusammenarbeiten. In dieser grenzübergreifenden Leader-Kooperation arbeitet die Region Hermagor mit den italienischen Gemeinden Tolmezzo und Pontebba zusammen. Allein in Italien sind über 50 Gemeinden mit knapp 100.000 Einwohnern Teil des Programms.

NIEDERÖSTERREICH

Bei der Naturbestattung übernimmt die Natur die Grabpflege.

Bestattung in der freien Natur in Purkersdorf

Das Salzburger Naturbestattungsunternehmen Paxnatura hat in Kooperation mit der Gemeinde Purkersdorf und den Österreichischen Bundesforsten eine Naturbestattungsfläche eröffnet. Die Bestattungsfläche liegt oberhalb der Stadt auf dem Aussichtspunkt Feihlerhöh und bietet Baumbestattungsplätze an den Wurzeln verschiedenster Baumarten.
Viele Menschen suchen Alternativen zu den herkömmlichen Friedhöfen. Bei der Naturbestattung übernimmt die Natur die Grabpflege. Blumenschmuck, Kerzen oder Grabdenkmäler gibt es nicht. Karl Schlögl, Bürgermeister von Purkersdorf: „Vielfach wurde der Wunsch aus der Bevölkerung an uns herangetragen, Alternativen zur Erdbestattung und Grabpflege zu schaffen. Mit dem Angebot der Naturbestattung wird unser Stadtimage weiter verstärkt.“

AMS-Aktion hat sich bewährt

Im Juni vergangenen Jahres starteten das Land Niederösterreich und das Arbeitsmarktservice das Überlassungsprojekt „gemA 50+“ mit dem Ziel, Langzeitarbeitslose im Alter ab 50 Jahren berufliche Wiedereinstiegsmöglichkeiten in Gemeinden oder gemeinnützigen Einrichtungen zu bieten. Bisher konnten 244 Personen vermittelt werden, 131 Partnerorganisationen wurden gefunden. In Traisen und Lilienfeld konnte ein gemeinsames Wanderwege-Projekt realisiert werden, das über die Naturfreunde abgewickelt wurde.

OBERÖSTERREICH

Ortsbildmesse zeigte Ideen zur Belebung der Ortskerne

In Gmunden fand die 24. oberösterreichische Ortsbildmesse statt. Rund 150 Aussteller präsentierten eine Leistungsschau ihrer Projekte zur Belebung und Verschönerung der Ortskerne. Die Geschäftsstelle für Dorf- & Stadtentwicklung (DOSTE) des Landes fördert diese Projekte in ganz Oberösterreich. Dazu zählen zum Beispiel Initiativen zur Erhaltung der Nahversorgung oder Aktionen für mehr Grünraum in den Gemeinden. Neu in die Familie der DOSTE-Gemeinden aufgenommen wurden die Gemeinde Inzersdorf im Kremstal, Wartberg an der Krems, Palting, St. Peter am Hart, Oepping und Gschwandt.

Wirtschaftslandesrat Michael Strugl mit den Vertretern der sechs neuen Dorf- und Stadtentwicklungs-Gemeinden.

„Mahlzeit miteinand'“

Die Gemeinden waren eingeladen, sich im Zeitraum vom 1. April bis 15. August 2015 mit einer Aktion an der Initiative „Mahlzeit miteinand'“ zu beteiligen. Fünfzig Gemeinden entschieden sich, eine gemeinsame Mahlzeit für die Bevölkerung zu gestalten und reichten im Anschluss ihre Ideen, Rezepte und Bilder der Veranstaltung beim Wettbewerb „Mahlzeit miteinand'“ ein. Daraus wurden bei einer Festveranstaltung die innovativsten Einreichungen prämiert. Sie stammen aus den Gemeinden Geretsberg, Höhnhart, Laakirchen, Bad Ischl, Bruck-Waasen, Peuerbach und Steegen, Rosenau am Hengstpass, Hohenzell, Schwarzenberg, St. Veit im Mühlkreis, Rohr im Kremstal, Gallneukirchen, Schenkenfelden, Seewalchen, Eberstalzell und Scharten.

FOTOS: Landesmedienservice Burgenland, Fotoservice Land Kärnten, paxnatura, Land OÖ

SALZBURG

Radboxen sollen helfen, den öffentlichen Verkehr zu forcieren.

Gratis-Radboxen für Gemeinden

Das Land und die Stadt Salzburg forcieren die Aufstellung von Radboxen im Umfeld von Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Das Land Salzburg hat für die Radboxen bei öffentlichen Haltestellen eine Bundesförderung (klima+energie fonds) erhalten: Gemeinden, die Interesse haben, Radboxen bei Haltestellen aufzustellen, können sich an die Geschützten Werkstätten wenden, die im Auftrag des Landes die Radboxen aufstellen, verwalten und vermieten. Die Aufstellung ist für die Gemeinden kostenfrei. Ansprechpartner sind die Geschützten Werkstätten (Tel.: 0662/80910-0, E-Mail: **office@gws.at**).

www.radbox.at

Gesundheit für Benachteiligte

2014 startete das Projekt „Gesundheit für alle“. Es handelt sich um ein niederschwelliges Gesundheitsförderungsprojekt für sozioökonomisch benachteiligte Menschen, das vom Land Salzburg und vom Fonds Gesundes Österreich finanziert und von AVOS Prävention und Gesundheitsförderung umgesetzt wird. Im April 2015 begann dazu der erste Ausbildungslehrgang der Gesundheitsmentoren, um die Schwerpunkte „Ernährung“, „Bewegung“, „Psychische Gesundheit“ und „Gesundheitssystem“ zu vermitteln. Die Mentoren, die sich entschieden haben, den Lehrgang zu besuchen, kommen aus zahlreichen Ländern. Ziel ist es, Zugang zu den jeweiligen Lebenswelten zu bekommen und in den eigenen Communities Gesundheitsinformationen weiterzugeben.

STEIERMARK

Steirer sind **Vereinsmeier**

In der Steiermark waren zum Ende des Vorjahres 17.608 Vereine gemeldet. „Eine exakte Erfassung des Vereinswesens ist aber schwierig, da mit der Einführung des Vereinsgesetzes 2002 keine Sammelabfragemöglichkeiten des Vereinsregisters mehr bestehen“, erklärt der Leiter der Landesstatistik Steiermark, Martin Mayer, auf www.meinbezirk.at. „Viele Gemeinden wissen daher selbst nicht über die genaue Anzahl ihrer Vereine Bescheid.“

Die Bandbreite der Vereine ist enorm vielfältig und reicht von Einsatz- und Hilfsorganisationen über Sport- und Tanzvereine bis zu Vogelschutzvereinen und Vereinen, die sich um die Erhaltung alter Burgen und Schlösser kümmern.
Die meisten Vereine gibt es in Graz. Dort sind 3988 gemeldet. Auf Platz zwei liegt der Bezirk Bruck-Mürzzuschlag mit 1592 Vereinen. An dritter Stelle kommt der Bezirk Hartberg-Fürstenfeld mit 1476.

Vereinssport Fußball

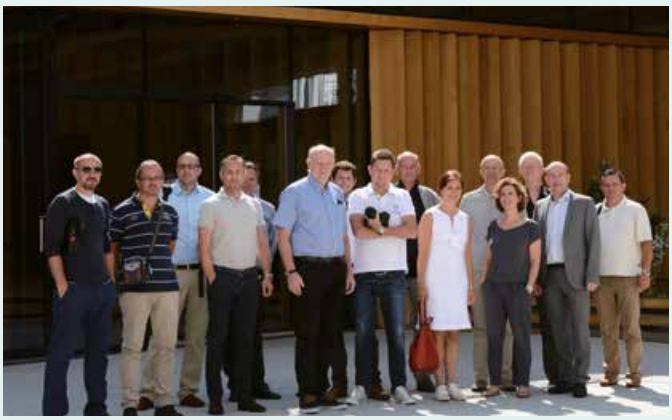
Eisenerz auf dem Weg zurück

Vor zehn Jahren startete das Projekt „redesign Eisenerz 2021“ zur Gesundschrumpfung der obersteirischen Stadt. Ziel ist die Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenprogramms, um Eisenerz wieder lebenswerter zu machen.

Der Architekt Werner Nussmüller erläuterte in der „Kleinen Zeitung“ die drei großen Angelpunkte:

- Die Forschungseinrichtung „Zentrum am Berg“ der Montanuniversität Leoben,
- der Ausbau des Nordischen Ausbildungszentrums und
- die Etablierung der Feriensiedlung Münichtal.

TIROL



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Exkursion besuchten unter anderem das neue Kulturzentrum in Ischgl.

Oberösterreich begutachtete Tiroler **Dorferneuerung**

Der oberösterreichische Gemeindereferent Agrarlandesrat Max Hiegelsberger besuchte mit Experten des Landes und interessierten Architekten Tirol. Ziel der Exkursion war, Informationen über Aufgabengebiete und Arbeitsweise der Dorferneuerung des Landes Tirol zu gewinnen. Weiters wollte die Delegation vor Ort Einblicke in erfolgreiche Projekte nehmen sowie im Rahmen dieses „Dialogforums Oberösterreich & Tirol“ persönliche Kontakte und fachlichen Austausch pflegen.
Unter Führung eines Teams der Tiroler Dorferneuerung besuchte die elfköpfige Delegation das neue Kulturzentrum in Ischgl, das vor Kurzem offiziell eröffnete Dorfzentrum Fließ sowie das Kinderbetreuungszentrum in Inzing.

Erfolgreiche Verkehrsberuhigung

Die Gemeinde Serfaus ist der diesjährige Gewinner des VCÖ-Mobilitätspreis Tirol. In Serfaus gab es bereits im Winter Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Unter dem Motto „Serfaus z’liab“ erfolgte nun der Startschuss zur Ausdehnung der Verkehrsberuhigung auf die Sommermonate. Es gilt Tempolimit 20, Fußgängerinnen und Fußgänger können die Straße überall queren, es sind alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt, Parken ist nur auf gekennzeichneten Flächen möglich und nebeneinander Radfahren ist erlaubt.
Serfaus ist heute einer der größten Begegnungszonen Österreichs. Im Ortskern wurden Bänke und Rastplätze geschaffen, die zum Verweilen einladen.

VORARLBERG

Bilanz über **Spielraumgesetz**

Auf der Grundlage des Vorarlberger Spielraumgesetzes haben bereits 45 Gemeinden im Land ein Spiel- und Freiraumkonzept beschlossen. Die Erarbeitung eines solchen kommunalen Konzepts wird von Landesseite mit 70 Prozent gefördert. Konkrete Investitionen in Spiel- und Freiräume erhalten eine Unterstützung zwischen 30 und 70 Prozent. In Gaschurn ist nun geplant, den in die Jahre gekommenen Spielplatz an der Schulstraße umfassend zu erneuern sowie um ein multifunktionales Sport- und Spielfeld zu erweitern. In Mäder sollen attraktive Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsangebote geschaffen werden.

In vielen Vorarlberger Gemeinden wurde bereits der öffentliche Raum zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen umgestaltet.

Neue „familieplus“-Gemeinden

Brand und Bürserberg sind dem Vorarlberger Programm für familienfreundliche Gemeinden „familieplus“ beigetreten. Damit sind nun bereits 13 Vorarlberger Gemeinden im familieplus-Programm. „Es geht darum, dass in allen Bereichen – von Wirtschaft, Mobilität und Wohnen bis Bildung und Integration – die Entwicklungen und Entscheidungen auf Gemeindeebene nicht isoliert betrachtet, sondern stets im Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Familien abgestimmt werden“, erläutert Landeshauptmann Wallner das Ziel von familieplus. Das 2011 vom Land Vorarlberg gestartete Beispiel ist österreichweit einzigartig für mehr Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit. Das Land unterstützt die Gemeinden mit einem Servicepaket.

FOTOS: Land Salzburg/Hemetsberger, Shutterstock/makieni, Gemeinde Ischgl/Schmid

BLICK ÜBER DIE GRENZE

Initiative für die **Organspende**

Spende LEBEN – dona VITA“ nennt sich die Informations- und Sensibilisierungskampagne zur Organspende, welche die Landesabteilung Gesundheitswesen der Autonomen Provinz Bozen in Zusammenarbeit mit dem Südtiroler Sanitätsbetrieb, den Südtiroler Gemeinden und der Vereinigung für Organspende AIDO vor Kurzem ins Leben gerufen hat.

Die große Kluft zwischen der Bereitschaft zur Organspende und dem Bedarf an Spenderorganen war ausschlaggebend für den Start der Kampagne. Die Zahlen sprechen leider eine eindeutige Sprache: 80 Südtiroler Patienten schienen im Jahr 2014 auf den Wartelisten für eine Organspende auf, aber lediglich zwanzig Organe von Spendern aus Südtirol konnten transplantiert werden. Die schwerkranken Patienten warten oft jahrelang auf ein Organ und nicht selten versterben die Betroffenen, weil zu wenig Organe verfügbar sind.

Ziel der Initiative ist es, auf das Thema aufmerksam zu machen und zu informieren. Mit einer Plakataktion sowie einer neuen Informationsbroschüre soll in den nächsten Wochen und Monaten auf die Organspende aufmerksam gemacht werden. Schwerpunkt der Kampagne sind eine Reihe von Informationsveranstaltungen zu verschiedenen Themen rund um die Spende, von der Notfallmedizin und dem medizinischen Fortschritt über die ethischen Gesichtspunkte bis hin zum Leben nach einer Transplantation.

> „Ab dem Herbst wird es möglich sein, **die Willenserklärung in der Gemeinde abzugeben**.“
>
> **Andreas Schatzer,**
> Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

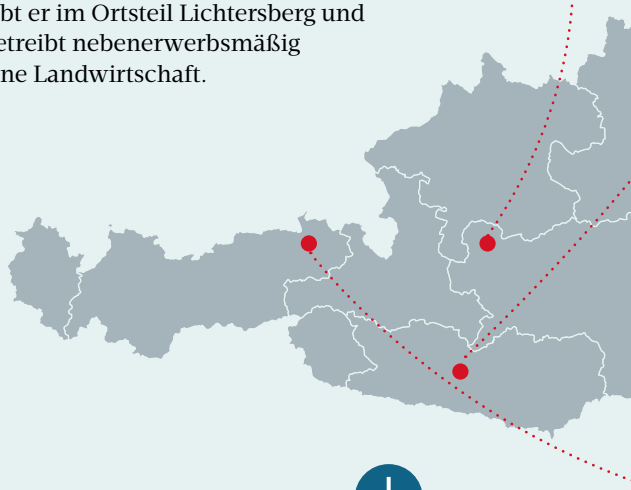
„Ab dem Herbst wird es möglich sein, eine Willenserklärung in der Gemeinde abzugeben“, erklärt der Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer. „Mit dem Hinweis zur Fälligkeit des Personalausweises erhalten die Bürger künftig auch Informationen zur Organspende. Im Zuge der Ausstellung bzw. Erneuerung des Personalausweises kann dann jeder Bürger seine Bereitschaft zur Organspende schriftlich erklären. Falls gewünscht, kann der Wille zur Organspende auch auf dem Personalausweis vermerkt werden.“

INFORMATIONEN:
Südtiroler Gemeindenverband
presse@gvcc.net
Tel. +39 0471 304655

PERSONALIA

Gerhard Loitzl einstimmig neuer Bürgermeister

ALTAUSSEE// Nach dem tragischen Tod des Altbürgermeisters Herbert Pichler im Juni wurde in der Gemeinde Altaussee in der Gemeinderatssitzung vom 28. August 2015 ein neuer Bürgermeister sowie Vizebürgermeister gewählt. Gerald Loitzl (ÖVP), der ehemalige Vizebürgermeister, gewann die Wahl einstimmig und darf somit als neuer Ortschef sein Amt bekleiden.
Gerald Loitzl, der bereits seit 2010 dem Gemeinderat angehört, ist hauptberuflich bei der hiesigen Polizei angestellt. Nicht nur im Bereich seiner Polizeitätigkeit liegt ihm das Wohl seiner Gemeindemitglieder am Herzen, auch als Brandmeister sowie Feuerwehr-Einsatztaucher der Freiwilligen Feuerwehr Altaussee, deren Oberhaupt er durch die Bürgermeisterwahl darstellt, bemüht er sich um die Sicherheit der Einwohner von Altaussee. Privat liebt es der 46-jährige weniger aufregend, gemeinsam mit seiner Ehefrau und zwei Kindern lebt er im Ortsteil Lichtersberg und betreibt nebenerwerbsmäßig eine Landwirtschaft.



LINKS ZUM THEMA

Mehr Personalia auf **www.gemeindebund.at**

Maria Lagger-Pöllinger mit 2/3-Mehrheit Bürgermeisterin

LENDORF// In der Kärntner Gemeinde Lendorf kam es zu einem Machtwechsel. In einer Stichwahl siegte Maria Lagger-Pöllinger, die ehemalige Vizebürgermeisterin der Gemeinde, mit einer Zustimmung von 65,2 Prozent. Ihr erster Schritt im neuen Amt war, sich einen Überblick über die Themen zu verschaffen, mit denen sich unsere Gemeinde befasst. „Mir war es von Anfang an wichtig, eine gute Kommunikation im Gemeinderat herzustellen," so die Bürgermeisterin. Aktuell widmet sich die 1750-köpfige Gemeinde dem Straßenausbau. „Heuer sind die finanziellen Mittel gegeben, deshalb können wir uns dem ländlichen Wegenetz widmen", erzählt Lagger-Pöllinger. „Für 2016 ist allerdings noch nichts Großes geplant, da wir zurzeit noch nicht wissen, wie es in Kärtnen nächstes Jahr um die finanziellen Mittel stehen wird."
Die 46-Jährige plant Projekte für Jugendliche und Jugendfamilien. „Vor allem der Ausbau von Kinderspielplätzen ist notwendig", so die Bürgermeisterin. Als ernsthaftes Problem betrachtet sie die aktuelle Arbeitsplatzsituation in Lendorf: „Wir versuchen zwar, etwas zu unternehmen. Wir haben jetzt eine 50-jährige Frau im Gemeindeamt für sieben Monate eingestellt, um ihr den Einstieg in den Arbeitsalltag zu erleichtern. Aber leider sind die Mittel die Gemeinde in diesem Punkt sehr eingeschränkt."

Schlechter folgt Mühlberger

KÖSSEN// Die im Tiroler Kaiserwinkl gelegene Gemeinde Kössen bekommt nach über 17 Jahren einen neuen Ortschef. Langzeitbürgermeister Stefan Mühlberger verkündete bereits vor einigen Monaten aus Gesundheitsgründen seinen Rückzug aus der Kommunalpolitik. Im Zuge der Gemeinderatswahl am 11. August 2015 wurde das Amt an Vinzenz Schlechter übergeben. Schlechter galt bereits im Vorhinein als Wunschkandidat von Mühlberger.

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 1. JUNI 2015 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Das **Goldene Verdienstzeichen** der Republik an

Franz Steinbichler, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Berg im Attergau, Oberösterreich, und an **Franz Wampl**, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Gschwandt, Oberösterreich.

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 16. JULI 2015

Das **Goldene Verdienstzeichen** der Republik an

Johann Auer, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Steinerkirchen an der Traun, Oberösterreich, sowie

Das **Silberne Verdienstzeichen** der Republik an

Georg Eckmair ehem. Vizebürgermeister der der Marktgemeinde Steinerkirchen an der Traun, Oberösterreich.

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 24. JULI 2015

Das **Goldene Verdienstzeichen** der Republik an

Martin Seeleithner, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Bürmoos, Salzburg.

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 31. JULI 2015

Das **Silberne Verdienstzeichen** der Republik an

Norbert Peham, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Heiligenberg, Oberösterreich, sowie

Das **Goldene Verdienstzeichen** der Republik an

Karl Roiter ehem. Bürgermeister der Gemeinde Heiligenberg, Oberösterreich.

TERMINE IM HERBST

06/ Oktober

7. PUBLIC MANAGEMENT IMPULSE

Gemeinden brauchen Strategien

Weiterbildungsveranstaltung für Führungskräfte und Interessierte aus Politik, Verwaltung und öffentlichkeitsnahem Umfeld. Vorträge behandeln unter anderem Themen wie „Strategie – Notwendigkeit für zukunftsfähige, innovative und nachhaltige Gebietskörperschaften“ oder „Strategie und meine Gemeinde: Erfahrungen und nächste Schritte für die Praxis“.

Anmeldungen unter
dominika.amsz@fh-linz.at
Ort: FH Oberösterreich, Campus Linz

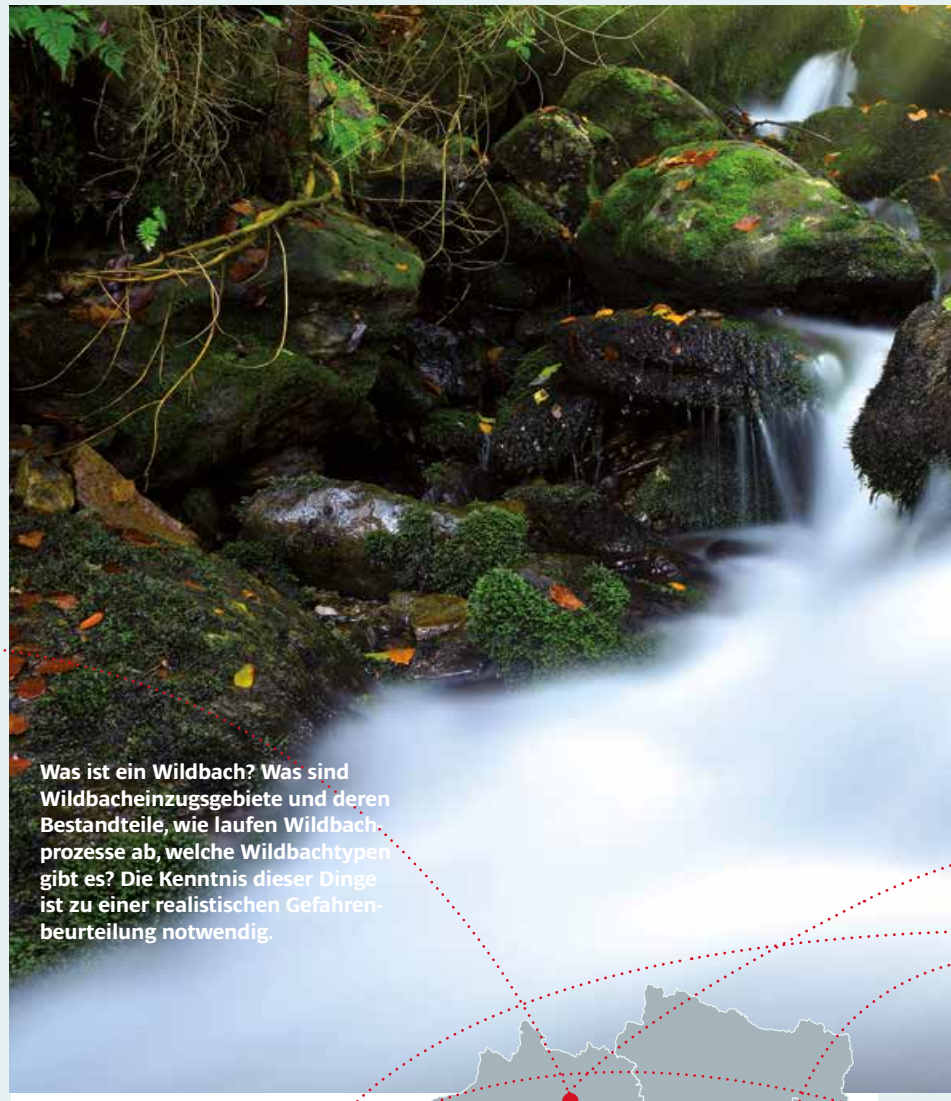
05-07/ Oktober

13. ÖSTERR. PHOTOVOLTAIK-TAGUNG

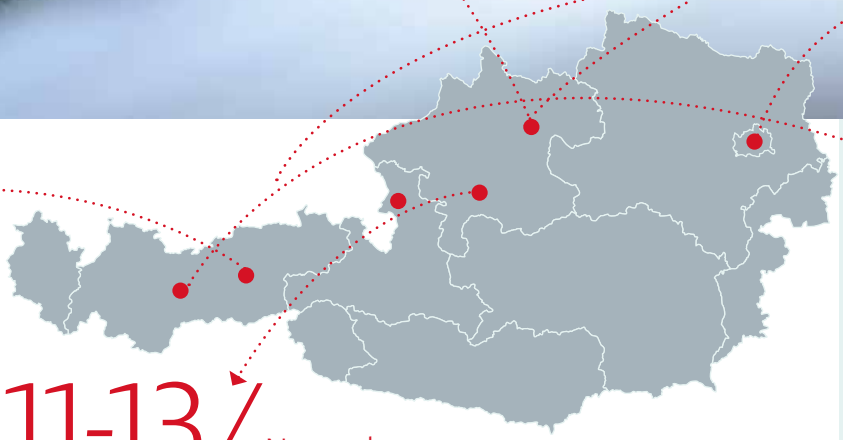
Photovoltaische Trends – Perspektiven für die Wirtschaft

Die Österreichische Photovoltaik-Fachtagung, die zum dreizehnten Mal veranstaltet wird, – diesmal eine Kooperation mit dem Land und dem Cluster Erneuerbare Energien der Standortagentur Tirol –, hat sich als DER Treffpunkt der heimischen Photovoltaikwirtschaft und -forschung etabliert und soll auch heuer wieder für Impulse, Innovationen und neue Ideen sorgen.

http://www.pvaustria.at/wp-content/uploads/2015-06-25-PV-Tagung-A4-Einladung-.pdf
Ort: SZentrum, Schwaz



Was ist ein Wildbach? Was sind Wildbacheinzugsgebiete und deren Bestandteile, wie laufen Wildbachprozesse ab, welche Wildbachtypen gibt es? Die Kenntnis dieser Dinge ist zu einer realistischen Gefahrenbeurteilung notwendig.



11-13/ November

Ausbildungskurs zum/zur „ÖWAV-Wildbachaufseher/in“

Ziel des ÖWAV-Kurses „Ausbildungskurs zur/zum WildbachaufseherIn“, der in Kooperation mit der WLV (Wildbach- und Lawinenverbauung) entwickelt wurde, ist die Schulung von Wildbachaufsichtsorganen, um die Aufgaben im Bereich der Wildbachaufsicht und laufenden Überwachung von Schutzbauwerken gem. § 101 Forstgesetz zu erfüllen. Die Ausbildung ist umfassend und interdisziplinär ausgerichtet und deckt alle relevanten Inhalte in rechtlicher, technischer, ökologischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht ab, wobei das Wissen praxisnahe mit ausreichend Zeit im Gelände vermittelt wird.

www.oewav.at Ort: Gmunden

FOTO/Shutterstock / Kichigin

17/ November

CMG-AE FIBERDAY 2015

Strategien für den Breitbandausbau in Österreichs Gemeinden. Achtung: Sonderpreis für Gemeinden

Anmeldungen und Infos:
www.cmg-ae.at
Ort: Linz

CMG-AE

17-18/ Oktober

Professionalität und Effizienz

Mit hochkarätigen Referenten kann die Bundesfachtagung des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten im Oktober in Telfs aufwarten.
„Miteinander zum Erfolg" ist die Devise, die auch ein topaktuelles und zugleich hochsensibles Thema aufnimmt: Gemeindekooperation versus -fusion.

http://bundesfachtagung.flgt.at
Ort: Telfs

23-24/ November

Urban Green Infrastructure Conference in Wien

Die vom 23. bis 24. November 2015 stattfindende Konferenz bringt führende europäische Politiker, Stadt- und Landschaftsplaner, Bauträger, Bauunternehmer, Architekten, Landschaftsarchitekten, Bauherren, Produkthersteller, Gemeinschaften, Unternehmen und NGOs zusammen, um offene Fragen bezüglich urbaner grüner Infrastruktur zu diskutieren und Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

www.urbangreeninfrastructure.org
Ort: Wien

20-21/ Oktober

Kongressmesse b.mobile – smart city

Mit der Kongressmesse b.mobile–smart city dreht sich von Dienstag, 20. bis Mittwoch, 21. 10. 2015 im Messezentrum Salzburg alles um das Thema Smart City mit dem Schwerpunkt zukunftsorientierte Mobilität. Ziel der b.mobile – smart city ist es, Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen und einen erfolgreichen Ideenaustausch anzuregen. Weiters werden im Rahmen der Kongressmesse die Wirtschaftlichkeit von Smart-mobility-Maßnahmen unter Beweis gestellt und die neuesten Konzepte in diesem Bereich aufgezeigt. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen hierbei nicht nur Städte und Metropolen, sondern auch Gemeinden und Regionen.

www.bmobile-smartcity.at
Ort: Salzburg

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE
WISSEN WOLLTEN

Deutschland hat **zwei Zeitzonen!**

Als Deutschland im Jahr 1980 die Sommerzeit wieder einführte, zog nur eine Gemeinde nicht mit. Büsingen, eine Gemeinde des Bundeslandes Baden-Württemberg, die gänzlich von Schweizer Staatsgebiet umgeben ist, orientierte sich an der Zeitzonenregelung des Nachbarlandes und führte die Sommerzeit erst im Jahr 1981 wieder ein. Somit galt in Büsingen im Sommer 1980 die Mitteleuropäische Zeit, während im Rest Deutschlands die Mitteleuropäische Sommerzeit galt.

Büsingen wird unter anderem in der Zeitzonendatenbank des Common Local Data Repository bis heute separat aufgeführt. Würde Deutschland die Sommerzeitregelung wieder abschaffen, würden die zwei unterschiedlichen Zeitzonen wieder zur Geltung kommen.

http://www.hna.de/
http://de.wikipedia.org

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

Finanzen

In der kommenden Ausgabe widmen wir uns dem Thema „Einbindung von Banken bei der Finanzierung von Projekten“.

KOMMUNAL 11/2015 erscheint am 30. 10. 2015

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Amra Ducis (BM für Europa, Integration und Äußeres), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Johannes Pasqual (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.854 (rollierender Jahresdurchschnitt 2013/2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

3 JAHRE GARANTIE
serienmäßig

Von der Kehrmaschine zum Schneepflug in nur 40 Minuten.

365 Tage im Jahr das Nonplusultra in Sachen Flexibilität und Wirtschaftlichkeit. Neben einem schnellen Wechsel des Aufbaus kann im Unimog auch die Variopilot®-Lenkung binnen weniger Sekunden von links nach rechts versetzt werden. So hat der Fahrer immer die beste Übersicht. Der innovative EasyDrive-Antrieb sorgt währenddessen für einen fliegenden Wechsel zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe.

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Pappas
Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Georg Pappas Automobil GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727
Pappas Auto GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog, 2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727

St.Stephen's

DIE WAHRHEIT SCHWARZ AUF WEISS:

NUR EIN SYSTEM TRENNT ROT-WEISS-ROT!

Rot-weiß-rot zu Ihrem Vorteil: Durch Sammlung und Recycling von mehr als 830.000 t Verpackungen sichern wir heimischen Unternehmen wertvolle Rohstoffe. Das entlastet die Umwelt von 670.000 t CO_2 und hält die Wertschöpfung in Österreich.

Die ARA – ein Non-Profit-Unternehmen im Eigentum der österreichischen Wirtschaft.

ARA.recycling **www.ara.at**

SO MACHT RECYCLING SINN.

RECYCLING FÜR ÖSTERREICH ARA Altstoff Recycling Austria

EIN UNTERNEHMEN DER ARA GRUPPE

ARA Altstoff Recycling Austria · ARAplus · ARES Advanced Recycling Solutions · austria glasrecycling · ERA Elektro Recycling Austria · NEUMAN · BOKOR BOX · REINWERFEN STATT WEGWERFEN · ARA 4 KIDS